

# Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm



## Unter Strom ab Seite 14

**Kampagne:**  
**Modell für mehr Steuergerechtigkeit**

Präsidenten Foglar und Kaska über die extreme Schieflage zu Lasten von Arbeit **8**

**Schwerpunkt:**  
**Europa und das russische Gas**

Russland-Forscher Gerhard Mangott über Asymmetrien und Abhängigkeiten **16**

**Schwerpunkt:**  
**Übertriebene Energiepreise**

Die Klagen der Wirtschaft über zu hohe Belastungen kritisch hinterfragt **14**



## Kampagne:

**„Fair und machbar“** **8**  
 ÖGB-Präsident Erich Foglar und AK-Präsident Rudi Kaske im Interview über Lohnsteuern auf Rekordniveau und ihre Pläne zur Entlastung der ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen.

**Steuerreform ohne VerliererInnen** **12**  
 „Lohnsteuer runter!“, Eckpunkte des Modells von ÖGB und AK zur Entlastung aller ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen.

## Schwerpunkt:

**Energiepolitischer Rahmen** **14**  
 Die Bedeutung von Energie hat exponentiell zugenommen. Über veränderte Prioritäten und aktuelle Herausforderungen.

**Europa und das russische Gas** **16**  
 Russland-Forscher Gerhard Mangott über wechselseitige Abhängigkeiten und befürchtete Auswirkungen der Ukraine-Krise.

**Die USA geben Gas** **18**  
 Die einen sehen in Fracking eine vielversprechende Zukunftstechnologie, die anderen bekämpfen es heftig.

**Vertreibt Klimaschutz die Industrie?** **20**  
 Was ist dran an der Befürchtung, dass die Verringerung von Treihausgasemissionen Unternehmen vertreibt?

**Energieutopie** **22**  
 Von selbststeuernden Autos, Plusenergiehäusern und der dritten industriellen Revolution.

**Mehr privat als Staat im Strom** **26**  
 Eine Übersicht über EigentümerInnenstrukturen in der Energiewirtschaft und die Auswirkungen des Ökostrom-Ausbaus.

**Auszeit für die Steckdose** **28**  
 Mit Muskelkraft und Sonnenstrahlen werden Gegenstände bewegt, geladen oder zum Leuchten gebracht.

**Mit Sicherheit energievorsorgt** **30**  
 Investitionen in die Energie machen sowohl für KonsumentInnen als auch für die österreichische Wirtschaft Sinn.

**Smarte KonsumentInnen** **32**  
 Die Politik dreht nun an vielen Schrauben für mehr Energiebewusstsein unter KonsumentInnen.



**Essen oder heizen? 34**

Um Energiearmut wirklich zu verhindern, sind gezielte Maßnahmen von Politik und Energieversorgern nötig.

**Energiewende in den Kinderschuhen 36**

Der gute Wille ist da, doch in der Praxis braucht es noch viel, um die Energiewende zum Erfolg zu führen.

**Übertriebene Energiepreise 38**

Europaweit klagt die Industrie über hohe Energiepreise und droht mit Abwanderung. Was steckt hinter den Behauptungen?

**Arbeit versus Umwelt? 40**

Über den engen Zusammenhang zwischen „Sozial“ und „Ökologisch“ und warum es dabei kein „Entweder-Oder“ gibt.

**[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)**

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.



Dieser Code kann mit einem internet-fähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein „Reader“ entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: [www.beetagg.com/downloadreader](http://www.beetagg.com/downloadreader)

**Standards:**

**Standpunkt: Öko und Sozial gehören zusammen 4**

**Veranstaltung: Geballte Kraft für Steuersenkung 5**

**Aus AK und Gewerkschaften 6/7**

**Historie: Einmischen – Mitmischen 11**

**Zahlen, Daten, Fakten 24**

**Wir sind Europa 42**

**Frisch gebloggt 44**

**Nicht zuletzt – von Silvia Angelo 45**

**Man kann nicht alles wissen 46**

**Erklärungen aller grün-markierten Worte.**


**Mehr Fairness bei Steuern und Energie****Redaktion intern**

Mit weit mehr als einer halben Million Unterschriften haben ArbeitnehmerInnen Schwung in die überfällige Diskussion über die Lohnsteuer gebracht. Anlässlich dieses Erfolges stehen die Präsidenten Erich Foglar und Rudolf Kaske im A&W-Interview selbst Rede und Antwort zur Kampagne (S. 8). In einem Hintergrundbericht beleuchten wir das Modell (S. 12). Mit Energiepolitik wir uns im Schwerpunkt einem Thema, das in der Tagespolitik mehr Beachtung verdient. Wir freuen uns sehr über den Beitrag des Russland-Experten Gerhard Mangott, der sich mit den Interessen von EU, Russland und der

Ukraine beschäftigt (S. 16). Weitere Fragestellungen: Wo stehen wir (S. 14)? Welche Gefahren stecken hinter „Fracking“ (S. 18)? Wie begründet ist die Befürchtung, dass Klimaschutz (S. 20) oder hohe Energiepreise (S. 38) die Industrie vertreiben? Wie viel Staat oder Privat steckt im Energiemarkt (S. 26)? Welche Chancen und Risiken haben KonsumentInnen (S. 32)? Wo liegen die Probleme und Herausforderungen der Energie-Förderpolitik (S. 36)? Gibt es zwischen Öko und Sozial wirklich einen Widerspruch (S. 40)? Muss Energie wirklich immer aus der Steckdose kommen (S. 28)? Wie könnte

die Energiezukunft aussehen (S. 22)? Kann es wirklich sein, dass es mitten in Europa so etwas wie Energiearmut gibt (S. 34)? Die Kolumne „Nicht zuletzt“ kommt diesmal von Silvia Angelo, AK Wien Abteilung Wirtschaftspolitik. Im „Rück-Blog“ lesen Sie Interessantes aus unserem Expertenblog [blog.arbeit-wirtschaft.at](http://blog.arbeit-wirtschaft.at). Auch in Zukunft finden Sie uns auf unserer Homepage [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at) sowie auf [www.facebook.com/arbeit.wirtschaft](http://www.facebook.com/arbeit.wirtschaft) und [twitter.com/AundW](http://twitter.com/AundW). Wir freuen uns stets über Kritik und Anregungen: [aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at).

*Für das Redaktionskomitee  
Sonja Fercher*



Sonja Fercher  
Chefin vom Dienst

© ÖCB-Verlag/Paul Sturm

## Standpunkt

# Öko und sozial gehören zusammen

**A**uf einmal saßen wir im Finstern. Es war ein gemütlicher Winterabend in Kärnten, meine Familie und ich saßen gemütlich vor dem Fernseher. In der Gegend kommen Stromausfälle durchaus vor, zum Beispiel wenn ein Gewitter die Sicherung springen lässt oder wenn, wie in diesem Fall, ein Baum durch die schweren Schneemassen zum Umstürzen gebracht wurde und dabei eine Stromleitung mitgenommen hatte. Dabei hatten wir noch Glück, denn während bei uns nach ein paar Stunden das Licht wieder leuchtete und die Heizung wieder heizte, mussten die BewohnerInnen des Lesachtals einen ganzen Tag ohne Strom auskommen. Dabei hatten wir dieses Jahr Glück im Unglück: Es war kein bitterkalter Winter, sodass der Ausfall der Heizung nicht allzu schwer wog.

### Österreich stärker betroffen

An diesem kleinen Beispiel offenbart sich ein Zusammenhang, der inzwischen unumgänglich ist, nämlich jener zwischen Energieverbrauch und Klimawandel. Ein aktueller Bericht von KlimaforscherInnen bestätigt einmal mehr, dass dieser nicht gelehnet werden kann. Nicht nur das: Der Klimawandel schreitet in Österreich schneller voran, als man vielleicht denken würde. Um es zu illustrieren: Seit 1880 ist die Temperatur hierzu-

lande um fast zwei Grad Celsius gestiegen – global waren es „nur“ 0,85 Grad. Wie sehr sich diese Entwicklung beschleunigt hat, beweist die Tatsache, dass es seit den 1980ern in Österreich um ein Grad wärmer wurde.

### Verteilungsfrage

Dabei leben wir in einer sehr spannenden Zeit, die uns viele nützliche oder unterhaltsame neue Technologien beschert. Von der Wohnzimmercouch aus kann man an der Welt teilhaben wie noch nie zuvor. Zugleich steigt auch das allgemeine Bewusstsein für Energieeffizienz. Besser gesagt: Angesichts der zur Neige gehenden Reserven an fossilen Brennstoffen ist dies auch bitter nötig. Energie ist auch eine Verteilungsfrage. So dringt immer stärker ins öffentliche Bewusstsein, dass es Menschen gibt, die von all diesen neuen Technologien nur träumen können, denn sie können sich nicht einmal das Heizen leisten. Das Schlagwort lautet „Energiearmut“, davon betroffen sind in Österreich immerhin mehr als eine Viertelmillion Menschen. Auch global betrachtet gibt es ein grobes Ungleichgewicht. So ist laut Internationaler Energieagentur ein Fünftel der Weltbevölkerung nicht mit elektrischer Energie versorgt, 95 Prozent dieser Menschen leben in Asien und in den südlich der Sahara gelegenen afrikanischen Ländern. Zugleich

nimmt der Energiebedarf enorm zu, die höchsten Zuwächse gab es in den letzten Jahrzehnten – wenig überraschend – in den Ländern des Mittleren Ostens, China und Indien. Immer noch führen die Liste der größten Energieverbraucher aber die USA und Europa an: Sie verbrauchen mehr als die Hälfte der Energie weltweit. Nachhaltigkeit ist also angesagt, nicht nur im Sinne der Umwelt. So manches alte Stromsparrezept mag schon etwas ausgeleiert klingen, aber nach wie vor kann man mit einfachen Maßnahmen einiges erreichen, und zwar nicht nur im privaten Umfeld: Auch für Unternehmen schlummert hier noch einiges an Potenzial.

### „Öko“ und „Sozial“ gehören zusammen

Es ist fast genau ein Jahr her, dass ich mit einem spannenden Wirtschaftsberater ein Interview führen durfte, der unter anderem für einen großen deutschen Autokonzern arbeitet. Die häufigsten Sparmaßnahmen, die dieser etwas andere „Rationalisierer“ empfiehlt, gehen nicht zulasten der ArbeitnehmerInnen oder gar der Arbeitsplätze. Vielmehr sind es Energiesparmaßnahmen, von denen einige in der Tat sehr einfach sind. So lassen sich Energie und Geld sparen. Damit schließt sich ein weiterer Kreis: „Öko“ und „Sozial“ lassen sich nicht voneinander trennen, vielmehr hängen die beiden Themen eng miteinander zusammen.

# Geballte Kraft für Steuersenkung

**Mehr als 5.000 BetriebsrätInnen, JugendvertrauensrätInnen und PersonalvertreterInnen aus ganz Österreich kamen zur Präsentation des „Lohnsteuer-runter!“-Modells in Wien.**

**Großer Andrang** herrschte am 18. September bei der Konferenz der BelegschaftsvertreterInnen zur ÖGB-Kampagne „Lohnsteuer runter!“ im Austria Center Vienna (ACV). Vor mehr als 5.000 BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen und JugendvertrauensrätInnen aus ganz Österreich wurde das GB/AK-Entlastungsmodell präsentiert. Somit startete die ÖGB-Kampagne „Lohnsteuer runter!“ in die nächste Phase. „Jetzt liegt es an der Bundesregierung, unser Modell auch umzusetzen und die Lohnsteuer spürbar zu senken“, sagte AK-Präsident Rudi Kaske im bis auf den

letzten Platz gefüllten ACV. Noch am Tag der Konferenz selbst trudelten in der Poststelle des ÖGB Unterschriften ein, 3.000 aus der Wiener und Steiermärkischen Gebietskrankenkasse, 1.500 von der Post sowie mehr als 3.000 von der voest in Linz. Seit Beginn der Kampagne Anfang Juli haben also rund 700.000 Menschen im ganzen Land die Forderung nach niedrigeren Lohnsteuern unterstützt. „Diese beeindruckende Unterstützung haben tausende BelegschaftsvertreterInnen ermöglicht, die über den Sommer für unsere Kampagne in Betrieben und an Dienst-

stellen sowie im privaten Umfeld geworben haben. Dafür gebührt euch allen unser ganz besonderer Dank“, sagte ÖGB-Präsident Erich Foglar. „Vor allem aber auch jenen, die unsere Forderung bisher unterschrieben haben. Und eines ist auch klar: Eine Reform, bei der den ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen das Geld aus der linken Tasche gezogen wird, nur um es ihnen in die rechte wieder hineinzustecken, werden wir vehement ablehnen“, hielt Foglar fest.

Jetzt eigenen Vorteil ausrechnen: [www.mehrnitto.arbeiterkammer.at](http://www.mehrnitto.arbeiterkammer.at)



ÖGB-Präsident Erich Foglar, ÖGB-Vizepräsident Norbert Schnedl, gf. ÖGB-Vizepräsidentin Renate Anderl und AK-Präsident Rudi Kaske (v.l.n.r.) präsentierten den Online-Rechner zum ÖGB/AK-Steuermodell.



Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB, präsentierte gemeinsam mit AK-Direktor Werner Muhm die Details des ÖGB/AK-Entlastungsmodells für ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen.



Mit dem Zug, mit Bussen oder dem eigenen Auto: Mehr als 5.000 GewerkschafterInnen aus ganz Österreich kamen zur BelegschaftsvertreterInnen-Konferenz nach Wien.



ÖGB-Präsident Erich Foglar bedankt sich bei den anwesenden GewerkschafterInnen für ihre Unterstützung, aber auch bei denjenigen, die die ÖGB-Forderung bisher unterschrieben haben.

## IMPRESSUM

**Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:**

Johann-Böhm-Platz 1, 020 Wien, Tel.: (01) 534 44-39263 Dw.,  
Fax: (01) 534 44-100222 Dw., Sonja Fercher (CvD),  
Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw.

**E-Mail:** sonja.adler@oegb.at

**Internet:** [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

**Abonnementverwaltung und Adressänderung:**

Jasmin Fichtinger, Philipp Starlinger,  
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 662 32 96-0  
**E-Mail:** aboservice@oegbverlag.at

**Redaktionskomitee:**

Markus Marterbauer (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender  
Vorsitz), Sonja Fercher (CvD), Thomas Angerer, Gerhard  
Bröthaler, Adi Buxbaum, Lucia Bauer, Georg Feigl, Andreas  
Gjecaj, Richard Halwax, Karin Hinteregger, Georg Kovarik,  
Florian Kräftner, Sabine Letz, Pia Lichtblau, Klaus-Dieter Mulley,  
Ruth Naderer, Brigitte Pellar, Cornelia Breuß, Elke Radhuber,  
Charlotte Reiff, Alexander Schneider, Georg Sever, Barbara  
Stöger, Paul Sturm, Erik Türk, Christina Wieser, Gabriele Zgubic,  
Karin Zimmermann, Josef Zuckerstätter

**Redaktionsmitglieder:**

Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler (Sekretariat), Thomas Jarmer  
(Grafik und Layout)

**MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:**

Sonja Fercher (CvD), Nina Abraham, Silvia Angelo, Sonja Adler,  
Astrid Fadler, Sophia Fielhauer-Resei, Harald Kolerus, Gerhard  
Mangott, Gabriele Müller, Maja Nizamov, Brigitte Pellar, Dominik  
Pezenka, Georg Sever, Stefan Schleicher, Michaela Schmidt, Irene  
Steindl, Christoph Streissler, Paul Sturm, Norman Wagner,  
Susanne Wixforth

**Herausgeber:**

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße  
20–22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien,  
Johann-Böhm-Platz 1

**Medieninhaber:**

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,  
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39744  
Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw., E-Mail: zeitschriften@  
oegbverlag.at, Internet: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

**Hersteller:** Verlag des ÖGB GmbH

**Verlagsort:** Wien

**Herstellungsort:** Wien

**Preise (inkl. MwSt.):**

Einzelnummer: € 2,50; Jahresabonnement Inland € 20,-;  
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten  
und Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.  
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien,  
Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0,  
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Offenlegung gemäß Mediengesetz, §25:

[www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung](http://www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung)

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen  
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung  
von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt  
die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die  
Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung  
aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer  
Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren  
geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-  
sandte Manuskripte.

Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der  
Redaktion und mit Quellenangabe.

**GPA-djp:**

# Betriebsrat bei Lidl gegründet

## ArbeitnehmerInnenvertretung für rund 4.500 Beschäftigte

**Rund 4.500 Beschäftigte** von Lidl Österreich haben jetzt einen neuen, zusätzlichen Ansprechpartner: Beim Lebensmittelhändler mit Sitz in Salzburg wurde ein Betriebsrat gegründet. Lidl Österreich hat das Angebot der Gewerkschaften, einen Betriebsrat zu gründen, aktiv mitgetragen, berichtet Gerald Forcher von der GPA-djp Salzburg: „Nach ersten konstruktiven Gesprächen gab es ein gemeinsames Schreiben von Lidl Österreich, der Gewerkschaft vida und der GPA-djp, in dem die Belegschaft über die geplante Betriebsratswahl informiert wurde. Die Resonanz war sehr erfreulich, es haben sich viele Interessierte mit der Bereitschaft gemeldet, die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen als Mitglied im Betriebsrat zu vertreten. Das Ergebnis der Betriebsratswahl sind zwei gut aufgestellte Teams, die alle Regionen abdecken.“

„Ich bin sehr kommunikativ und kenne das Unternehmen auch von mehreren verschiedenen Seiten“, beschreibt Betriebsrat Michael Wörthner seine Ambitionen. Er ist gelernter Tapezierer,

musste diesen Beruf aber aus gesundheitlichen Gründen aufgeben. Inzwischen hat er eine Abendschule absolviert und die Matura nachgeholt. Ende 2007 wurde er Lidl-Filialleiter und wechselte danach in die Unternehmenszentrale.

Eine besondere Herausforderung für die frisch gewählten BetriebsrätInnen: Sie waren allesamt bis dato noch nicht in einem Betriebsrat tätig. „Wir sind alle neu. Deshalb wollen wir den Betriebsrat aufbauen und sattelfest machen“, erklärt Doris Migsch, ebenfalls Mitglied des Betriebsrats. Ihre Tätigkeit bei Lidl startete Migsch 1999 als Kassiererin im 21. Bezirk in Wien, 2008 wurde sie Filialleiterin. „Ich bin schon sehr lange im Unternehmen und habe viel Auf- und Umbau miterlebt.“ Migsch hat eine Lehre als Schuhverkäuferin hinter sich und war danach einige Jahre bei Hofer tätig. Wir wünschen dem Team viel Erfolg.

Weitere Infos finden Sie unter:  
[www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)

**Arbeiterkammer:**

# Keine Arbeit, zu wenig Geld

## Situation der Menschen ohne Arbeit immer schwieriger

**Menschen ohne Berufsausbildung**, Personen mit gesundheitlichen Problemen oder Menschen ab einem bestimmten Alter finden seltener eine Erwerbsarbeit, von der sie leben können. Zudem sind sie länger von Arbeitslosigkeit bedroht. „Viele müssen sich also auf eine länger dauernde Arbeitslosigkeit einstellen“, befürchtet Josef Wallner, Leiter der Abteilung Arbeitsmarktpolitik in der Arbeiterkammer Wien.

Besonders schwierig für die Betroffenen ist es, mit dem Einkommen während der Arbeitslosigkeit auszukommen, wie eine Studie von IFES und Sora zeigt. Bereits nach einer zweimonatigen Arbeitslosigkeit sagen 36 Prozent der Be-

troffenen, dass sie ein sehr großes Problem haben, mit den Einkommenseinbußen zurande zu kommen, nach sechs Monaten geht es bereits beinahe jedem Zweiten so.

Für drei Viertel der Betroffenen bedeutet Arbeitslosigkeit jedenfalls ein finanzielles Problem. Oft reichen die Mittel zur Abdeckung der Lebenshaltungskosten nicht mehr aus. Zwölf Prozent der Befragten gaben an, häufig bzw. manchmal bei der Bezahlung der Miete in Verzug zu geraten. Besonders betroffen sind AlleinerzieherInnen.

Die Studie zum Download:  
[tinyurl.com/lc6oaxh](http://tinyurl.com/lc6oaxh)

AK Wien:

# Wirtschaftlicher Erfolg dank Zuwanderung

## 50 Jahre Anwerbeabkommen: AK-Präsident Kaske dankt Wiener MigrantInnen für ihre Leistungen.

„Ohne Zuwanderung wäre der wirtschaftliche Erfolg Österreichs seit den Sechzigerjahren nicht möglich gewesen“, sagt heute AK-Präsident Rudi Kaske aus Anlass des Abschlusses der ersten Anwerbeabkommen vor 50 Jahren. Das gelte gerade in Wien: „Ohne Zugewanderte würde in unserer Stadt vieles nicht funktionieren – nicht in den Spitälern, nicht auf den Baustellen, nicht in Dienstleistungsunternehmen wie den Banken, die zunehmend von der Mehrsprachigkeit ihrer Beschäftigten profitieren.“ Kaske dankt den Zugewanderten für ihre Leistungen in Österreich: „Davon haben wir alle profitiert.“

Vor 50 Jahren hätten wohl die wenigsten daran gedacht, dass aus den sogenannten Gastarbeitern – und es waren eigentlich nur Männer – Zuwanderer würden, die ihre Familien nachgeholt haben – auch sie selbst nicht. „Inzwischen leben in unserer Stadt Menschen mit Migrationshintergrund bereits in der zweiten und dritten Generation. Dem müssen wir gerecht werden: Nach 1945 haben wir aus der gewalttätigen Geschichte unseres Landes in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zumindest die Lehre gezogen, dass der soziale Zusammenhalt ein unverzichtbares Kapital einer Gesellschaft darstellt.“

Als AK-Präsident sieht es Kaske als seinen persönlichen Auftrag, „dafür einzutreten, dass der soziale Zusammenhalt und der Dialog weiterhin zur tragenden Kultur in Österreich gehören“. Ein Schritt zu einer Kultur des Miteinanders sei „die bewusste Auseinandersetzung auch mit der Zuwanderungsgeschichte und dem Wandel Österreichs zum Einwanderungsland“. Diskriminierungen müssten abgebaut werden: „Als Vertreter aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht es mir darum, dass alle gerecht behandelt werden, egal, wo sie herkommen.“

## Unser Unternehmen ist gesund, weil wir es wieder sind.



Beratung ist  
 ✓ freiwillig  
 ✓ vertraulich  
 ✓ kostenfrei

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG


**fit2work.at**

### fit2work Ihre Beratung für ein gesundes Arbeitsleben.

Körperliche und psychische Belastungen der MitarbeiterInnen führen zu Krankenständen und Abwesenheitszeiten. **fit2work** berät Unternehmen bei der Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit ihrer MitarbeiterInnen. Frühzeitiges Ausscheiden des Personals wird dadurch verhindert und entsprechendes Knowhow bleibt im Unternehmen. **fit2work** führt zu einer nachhaltigen Verbesserung der Arbeitsfähigkeit und somit zur Steigerung der Produktivität. Denn ein Unternehmen ist so gesund wie seine MitarbeiterInnen.

### Sprechen Sie mit uns. Wir kommen in Ihr Unternehmen.

**Mag.a Renate Czeskleba**
**Telefon:** +43 664 7356 65 46

**E-Mail:** renate.czeskleba@betriebsberatung-fit2work.at

**Dr.in Irene Kloimüller, MBA**
**Telefon:** +43 699 104 00 755

**E-Mail:** irene.kloimueller@betriebsberatung-fit2work.at

**fit2work** berät übrigens auch Privatpersonen.

 Alle Informationen zur Personenberatung unter [www.fit2work.at](http://www.fit2work.at)

# „Fair und machbar“

*Lohnsteuern auf Rekordniveau: Die Präsidenten Erich Foglar und Rudi Kaske im Interview über das Modell von AK und ÖGB zur Entlastung der ArbeitnehmerInnen.*

**Arbeit & Wirtschaft: Schon länger machen AK und Gewerkschaften Druck für die Einführung von Vermögenssteuern. Warum dann eine Lohnsteuerkampagne?**

**AK-Präsident Rudi Kaske:** In Österreich gibt es eine extreme Schieflage bei den Steuern. Der Faktor Arbeit ist hoch besteuert, Vermögen kaum. Das sagen nicht nur wir, das zeigen auch Studien und Berechnungen der EU-Kommission und der OECD. Österreich zählt zudem auch europaweit zu den Ländern mit der höchsten Steuerbelastung auf Arbeit. Damit muss nun endlich Schluss sein. Deshalb braucht es eine Steuerreform, die eine spürbare Erleichterung für die arbeitende Bevölkerung in diesem Land bringt. Es geht uns um mehr Gerechtigkeit und nicht darum, das Steueraufkommen für den Staat zu kürzen. Denn schließlich sind Steuern notwendig und sinnvoll, weil mit ihnen wichtige Sozialleistungen finanziert werden. Ich sage nur einige Stichwörter wie Kinderbetreuung, sozialer Wohnbau, Pflege. Am Ende muss den arbeitenden Menschen in diesem Land mehr Netto von ihrem Einkommen im Börsel bleiben. Und unser Entlastungsmodell bringt genau das.

**Warum gerade jetzt eine solche Kampagne? Die Forderung nach einer Entlastung des Faktors Arbeit ist ja nicht neu.**

**ÖGB-Präsident Erich Foglar:** Ja, Sie haben recht, das Thema ist nicht neu. Auf Drängen der Gewerkschaften gab es bereits 2009 eine Lohnsteuerreform,

die die ArbeitnehmerInnen entlastete und die Kaufkraft unterstützte. Jedoch wurden damals an der Struktur nur geringe Korrekturen vorgenommen.

Nun ist die Situation wieder an einem Punkt, an dem wir seitens der Gewerkschaft einen Ausgleich für die kalte Progression und eine Kurskorrektur verlangen. Trotz der guten Lohn- und Gehaltserhöhungen, die die Gewerkschaften Jahr für Jahr erkämpfen, bleibt den Beschäftigten netto viel zu wenig übrig. Die hohen Steuern und Lebenshaltungskosten in Verbindung mit der kalten Progression fressen die Lohnerhöhungen auf, oft wird nicht einmal die Inflation abgedeckt, woraus ein Netto-Reallohnverlust resultiert.

Viele ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen können sich neben den steigenden Preisen – von der Miete bis zum täglichen Einkauf – immer weniger leisten. Aus diesem Grund haben wir Anfang Juli die Kampagne „Lohnsteuer runter!“ gestartet, und mehr als eine halbe Million UnterstützerInnen in den ersten zwei Monaten bestätigen, dass den Menschen in Österreich die hohe Belastung unter den Nägeln brennt.

**Welche Erwartungen setzen Sie in den neuen Finanzminister: Wird es nun leichter oder noch schwerer, mit Ihrem Anliegen durchzukommen?**

**AK-Präsident Rudi Kaske:** Ich hoffe sehr, dass er ein offenes Ohr für die Anliegen der ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer hat. Schließlich sind es genau diese, die mit ihren Steuern den

Staatshaushalt stützen. Österreich hat sich ja mittlerweile zum Lohnsteuerland entwickelt. Im heurigen Jahr überholen die Einnahmen aus der Lohnsteuer zum ersten Mal in der Geschichte Österreichs die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer. Auch im Vergleich zur Körperschaftsteuer steigen die Einnahmen aus der Lohnsteuer rasant an.

Die Politik ist gefordert, etwas gegen diese ungerechte Verteilung des Steueraufkommens zu tun. Wir haben jetzt ein entsprechendes Modell präsentiert. Der neue Finanzminister kann also gleich unter Beweis stellen, dass er für die hart arbeitende Bevölkerung in diesem Land etwas tut. Wir werden ihn – so wie jeden anderen Politiker auch – an seinen Taten und nicht an seinen Worten messen.

**Die ÖVP wehrt sich schon lange mit Händen und Füßen gegen Vermögenssteuern. Warum sollte sie nun einlenken?**

**ÖGB-Präsident Erich Foglar:** In Österreich gibt es 297 Haushalte, die ein Vermögen von jeweils mehr als 82 Millionen Euro haben – das entspricht mehr als 100 Millionen Dollar. Insgesamt besitzen diese Haushalte 450 Milliarden Euro in Form von Wertpapieren, Immobilien, Firmenbeteiligungen usw. Wir dürfen nicht vergessen, dass gerade diese Vermögenswerte durch die Krisenrettungsinstrumente vom Staat und also von den SteuerzahlerInnen mit gesichert wurden. Es ist also höchste Zeit für einen fairen Steuerbeitrag der reichsten Haushalte – von denen übrigens viele





Österreich ist ein Steuerparadies für die wirklich Reichen. Das muss sich ändern, und zwar rasch, fordern die Präsidenten Foglar und Kaske.

sogar bereit wären, über Steuern einen Anteil zuzuführen. Hinzu kommt, dass das Jahr 2014 ein historisches Jahr ist – allerdings im negativen Sinn.

Wie bereits AK-Präsident Rudi Kaske erwähnt hat, erreicht die Lohnsteuer einen neuen Rekordwert und wird zum ersten Mal in der Geschichte Österreichs dem Staat mehr Geld einbringen als die Mehrwertsteuer. Das bedeutet, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Pensionistinnen und Pensionisten den größten Teil der Staatseinnahmen bezahlen. Diese Schieflage ist nicht nur unfair, sondern schadet auch der Wirtschaft: Wenn den Menschen immer weniger Geld für ihre Ausgaben bleibt, wenn ihre Kaufkraft geschwächt wird, dann gibt es auch zu wenig Wachstum für die Wirtschaft und auch immer mehr Arbeitslose.

### **Wie soll das angesichts leerer Kassen finanziert werden?**

**AK-Präsident Rudi Kaske:** Eine finanzielle Entlastung der arbeitenden Menschen in diesem Land ist ohne Gegenfinanzierung nicht möglich. Diese muss aber ausgewogen sein und darf weder das Wirtschaftswachstum gefährden noch das Budgetdefizit erhöhen.

Wofür wir sicher nicht zu haben sind, ist, dass sich die Menschen die Entlastung am Ende des Tages selbst finanzieren. In unserem Modell bleiben Steuerbegünstigungen wie etwa Urlaubs- und Weihnachtsgeld unangestastet. Zu einem Teil finanziert sich die Lohnsteuersenkung selbst, da durch die Erhöhung der verfügbaren Einkommen

der Konsum steigt. Im unteren Einkommensdrittel wird fast der gesamte Einkommenszuwachs wieder ausgegeben. Der Rest muss über wirksame Maßnahmen gegen den Steuerbetrug, über Reformen, etwa die Beseitigung von Ausnahmen im Steuersystem, oder durch Effizienzsteigerungen hereinkommen. Und ein großer Teil wird durch mehr Verteilungsgerechtigkeit finanziert. Hier spreche ich von der Einführung von vermögensbezogenen Steuern wie eine Erbschafts- und Schenkungssteuer und eine Millionärssteuer mit entsprechenden Freibeträgen.

Zur Erbschafts- und Schenkungssteuer möchte ich sagen: Wer erbt oder etwas geschenkt bekommt, hat dafür keine eigene Leistung erbracht. Erbschaftssteuern sind ein bewährtes Mittel, um die Startchancen für alle Menschen in einer Gesellschaft anzugleichen. Und bei unserem Vorschlag einer Millionärssteuer sind nur fünf Prozent der Haushalte in Österreich betroffen. Damit kann von der Belastung des Mittelstandes – wie es Kritiker immer wieder gerne formulieren – nun wahrlich keine Rede sein.

### **Ein beliebtes Argument gegen Vermögenssteuern lautet, dass Leistung doppelt belastet werde. Was sagen Sie dazu?**

**ÖGB-Präsident Erich Foglar:** Wenn von einer Doppelbelastung die Rede ist, dann muss auch erwähnt werden, dass das auf alle österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Pensionistinnen und Pensionisten zutrifft – nicht nur auf Vermögende. Für jeden

Euro, der beim Einkauf ausgegeben wird, wurde zum Beispiel bereits Lohnsteuer bezahlt. Trotzdem muss auch beim Konsumieren die Umsatzsteuer bezahlt werden, an der Tankstelle kommt für den Treibstoff noch die Mineralölsteuer vor der Umsatzsteuer hinzu. Das schmerzt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit niedrigeren und mittleren Einkommen mehr als Top-VerdienenInnen.

Ich möchte noch einmal betonen, dass wir keinen Klassenkampf führen. Aber die Schieflage im österreichischen Steuersystem muss endlich beseitigt werden, dafür braucht es höhere vermögensbezogene Steuern – zumindest ein Anheben auf internationales Niveau. Jenen, die niedrige Einkommen haben, mehr Geld in die Hand zu geben, ist die beste Möglichkeit, um das Wirtschaftswachstum zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Denn diese Einkommensgruppe gibt den größten Teil ihres Einkommens für die alltäglichen Ausgaben sofort wieder aus. Und jeder Euro, der mehr ausgegeben wird, fließt unmittelbar wieder in die Realwirtschaft zurück.

### **Ein ebenso beliebtes Argument insbesondere gegen Erbschaftssteuern heißt: Die Eltern haben etwas für ihre Kinder erwirtschaftet, warum sollte man ihnen davon wieder etwas abziehen?**

**AK-Präsident Rudi Kaske:** Nochmals: Belohnt werden soll in Österreich die Leistung. Wer arbeitet, bringt Leistung. Und diese soll und muss entlastet werden. Denn der Faktor Arbeit ist in Ös-

terreich hoch besteuert. Wer etwas vererbt oder geschenkt bekommt, hat dafür nicht arbeiten müssen, also keine Leistung erbracht. Und dafür wird er auch noch belohnt, indem er keine Steuern dafür zahlt. Ich frage Sie: Ist das gerecht? Nein! Denn Kinder mit wohlhabenden Eltern haben sowieso von Haus aus einen Startvorteil. Hier müssen wir dringend für mehr Chancengleichheit sorgen. Und Österreich würde damit bei Weitem nicht alleine dastehen beziehungsweise geht das Argument, Österreich würde hier vorpreschen, ins Leere. Denn wir haben in insgesamt 18 Ländern Europas Erbschaftssteuern, darunter Staaten wie Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien.

**Abgesehen von dem „Mehr im Geldbörse“ für die ArbeitnehmerInnen: Welche Hoffnungen verbinden Sie mit der Lohnsteuersenkung?**

**ÖGB-Präsident Erich Foglar:** Seit Beginn der Krise kommt die Wirtschaft trotz diverser Entlastungen und Förderprogramme nur schwer in Gang – und das weltweit. Wir wollen, dass sich die

Menschen wieder mehr leisten können. Das schafft mehr Kaufkraft, mehr Wachstum und mehr Beschäftigung. Würde gleichzeitig Steuerbetrug verschärft bekämpft und würden vermögensbezogene Steuern auf internationales Niveau angepasst, hätte Österreich die besten Chancen auf eine positive Entwicklung.

**Mit welcher Entlastung können ArbeitnehmerInnen rechnen?**

**AK-Präsident Rudi Kaske:** Das AK/ÖGB-Entlastungsmodell ist fair und gerecht und bringt eine spürbare Entlastung für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Auch jene Menschen, die – etwa aufgrund von Teilzeit – so wenig verdienen, dass sie keine Lohnsteuer zahlen, sollen mittels einer Erhöhung der Negativsteuer von 110 auf 450 Euro entlastet werden. Und eine solche Negativsteuer in Höhe von 110 Euro wollen wir erstmals auch für Pensionistinnen und Pensionisten als Ausgleich für die Teuerung. Unser Modell sieht auch wirksame Maßnahmen gegen die kalte Progression vor. Die Entlastungsmaßnahmen sehen einen von 36,5 auf

25 Prozent gesenkten Eingangssteuersatz vor. Um einen harmonisch gerechteren Tarifverlauf zu erreichen, soll die Zahl der Steuerstufen von bisher drei auf sechs erhöht werden. Die Grenze für den Spitzensteuersatz wird von bisher 60.000 auf 80.000 Euro erhöht. Gleichzeitig bleibt der Höchststeuersatz in unserem Modell unangetastet. Zusammengefasst bringt unser Entlastungsmodell eine spürbare Erleichterung für alle ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen. Und durch den dadurch erhöhten Konsum wird auch die Konjunktur angekurbelt – und unser Steuersystem würde ein großes Stück gerechter gemacht.

**Wir danken Ihnen für das Gespräch.**

**Das Interview führte Sonja Fercher für Arbeit&Wirtschaft.**

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[mail@sonja-fercher.at](mailto:mail@sonja-fercher.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

## LOHNSTEUER RUNTER!

DAS ÖGB/AK-MODELL IST DA:  
**JETZT LIEGT'S AN DER REGIERUNG!**

**1.480 EURO MEHR  
FÜR ANDREA.  
NETTO. IM JAHR.**

Geld, das die Forscherin aus Wien gut gebrauchen könnte.  
„Um meinen kleinen Garten endlich nach meinen Wünschen zu gestalten.“



**Jetzt eigenen Vorteil ausrechnen!**  
[www.lohnsteuer-runter.at](http://www.lohnsteuer-runter.at)

# Einmischen – Mitmischen

*Fritz Klenner, ÖGB-Medienchef und Gewerkschaftshistoriker, erklärte 1953, warum Einmischen in die Wirtschaftspolitik Teil des Lohnkampfes sein muss.*

Zu Kaisers Zeiten verdienten die allermeisten ArbeitnehmerInnen so wenig, dass sie (fast) keine Steuern zahlten. Das wichtigste wirtschaftspolitische Thema der ArbeitnehmerInnenvertretung war die Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs, damit Lohnerhöhungen nicht wieder aufgefressen wurden. Steuerpolitik hingegen war kaum Thema. In der Ersten Republik hatte der Kampf gegen die hohe Arbeitslosigkeit und gegen den Sozialabbau absoluten Vorrang. Vollbeschäftigung, Preisstabilität und Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen sollten dann die wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziele des Österreichischen Gewerkschaftsbunds nach 1945 werden. Erstmals wurde jetzt die Verteilungswirkung der Lohnsteuer ein wichtiger Kennwert, und die Kritik an einer Steuerpolitik, die von unten nach oben verteilt, blieb in der Zweiten Republik durchgehend ein gewerkschaftliches Kernthema. Fritz Klenner, Banker und Kommunikationschef des ÖGB, schrieb 1953 in seiner Gewerkschaftsgeschichte:

*... das Verhältnis zwischen der Entwicklung der Einkommen- und Körperschaftsteuer einerseits und der Lohnsteuer andererseits lässt den Schluss zu, dass die Praxis der öffentlichen Finanzwirtschaft einen immer weniger sozialen Charakter annimmt. Trotz der gegenüber 1950 weitaus verstärkten Arbeitslosigkeit ist das Lohnsteueraufkommen um 88 Prozent gestiegen, während die Beträge aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer nur um 28 Prozent gestiegen sind.*



Klenner schließt daraus:

*Die wirtschaftliche Einflussnahme, die Durchsetzung von Wirtschaftsgesetzen ist heute ebenso Interessenkampf, wie es früher der Kampf um das Wahlrecht, die Anerkennung der Gewerkschaften und die Einrichtung der Betriebsräte und die Erreichung des Achtstundentags waren. ... Der Reallohn ist sicher heute noch niedriger, aber die Lebensverhältnisse waren auch in der Ersten Republik für die Arbeiterschaft nicht zufriedenstellend. Ja, die Entlohnung der Frauen und der Hilfsarbeiter war weit schlechter als heute. Durch die Stärke des Gewerkschaftsbundes sind die organisato-*

**ÖGB-Comic aus den 1950er-Jahren: Pagat jedoch, der widerspricht: / „Merk dir, du Opti-Mister, / die Steuersenkung dankst du nicht / dem Herrn Finanzminister. / „Reform“, die Kamitz hat gemeint, / hätt' unsern Lohn vermindert. / Gewerkschafter im Parlament / die haben das verhindert.“**

*rischen Voraussetzungen dafür gegeben, durch die Steigerung der Produktivität und durch die Beeinflussung der Politik die Hebung des Lebensstandards der Arbeiter und Angestellten zu erreichen.*

Ausgewählt und kommentiert  
von Brigitte Pellar  
brigitte.pellar@aon.at

# Steuerreform ohne VerliererInnen

*„Lohnsteuer runter!“, ÖGB und AK legen konkretes Modell für alle ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen vor. Die Eckdaten.*

Florian Kräftner

ÖGB-Kommunikation

**M**it unserer Kampagne haben wir ‚Lohnsteuer runter!‘ zum Thema Nummer eins in Österreich gemacht, sagte ÖGB-Präsident Erich Foglar, „und mehr als 700.000 Unterschriften für eine Lohnsteuersenkung geben uns recht. Diese hohe Unterstützung haben Tausende BelegschaftsvertreterInnen möglich gemacht. Mich freut besonders, wie sich die Diskussion entwickelt hat – viele Skeptiker haben dank der Überzeugungsarbeit des ÖGB, der Gewerkschaften und der FunktionärInnen in den vergangenen Wochen und Monaten ihre Meinung geändert: Eine Steuerreform ist genau jetzt nötig und machbar!“

AK-Präsident Rudi Kaske betont, dass „das ÖGB/AK-Modell eine wesentliche Entlastung für alle ArbeitnehmerInnen-Gruppen“ bringen wird. „Den Menschen wird spürbar mehr Geld im Börsel bleiben, das sie dringend für das tägliche Leben brauchen. Denn schließlich werden Lebensmittel, Energie und Wohnen immer teurer.“ Es ist an der Zeit, dass jetzt die arbeitenden Menschen in diesem Land an der Reihe sind. Kaske: „Im heurigen Jahr überholen die Einnahmen aus der Lohnsteuer sogar die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer.“

Über den Sommer haben ÖGB- und AK-ExpertInnen ein Entlastungsmodell für ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen ausgearbeitet – ohne VerliererInnen. Das Modell sieht niedrigere Steuersätze für alle vor, die Lohnsteuer

zahlen, und eine Negativsteuer für diejenigen, die zu wenig verdienen, um lohnsteuerpflichtig zu sein. Außerdem notwendig ist: eine dauerhafte Absicherung der Entlastung, ohne dass die kalte Progression den Vorteil gleich wieder auffrisst. Und eines muss klar sein: Die ArbeitnehmerInnen sollen sich die Entlastung nicht selbst bezahlen: Streichungen der Steuerbegünstigungen – etwa bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld oder Nachtzulagen – kommen daher nicht in Frage.

## Neuer Steuertarif als Kernstück

Kernstück der Lohnsteuersenkung soll ein neuer Steuertarif sein, mit sechs Progressionsstufen statt derzeit nur drei. Der Eingangssteuersatz soll von derzeit 36,5 Prozent auf 25 Prozent gesenkt werden. Davon profitieren alle lohnsteuerpflichtigen ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen, denn mit diesem Steuersatz werden Jahreseinkommen zwischen 11.000 und 20.000 Euro besteuert. Und auch der entsprechende Teil höherer Einkommen fällt unter den Eingangssteuersatz, demgemäß würde sich die Entlastung im unteren Bereich auch auf Menschen mit höheren Löhnen oder Gehältern positiv auswirken. Ein niedriger Eingangssteuersatz hätte einen weiteren Vorteil: Für Teilzeitbeschäftigte mit geringerem Verdienst ist er ein Anreiz, die Arbeitszeit zu erhöhen. Sie kommen zwar durch das dadurch höhere Einkommen ebenfalls in die Steuerpflicht, werden aber nicht mehr gleich mit 36,5 Prozent besteuert.

Die weiteren Steuerstufen im ÖGB/AK-Modell sind 34 Prozent auf steuer-

pflichtige Jahreseinkommen zwischen 20.000 und 30.000 Euro, 38 Prozent auf Einkommen zwischen 30.000 und 45.000 Euro, 43 Prozent auf Einkommen zwischen 45.000 und 60.000 Euro und 47 Prozent auf Einkommen zwischen 60.000 und 80.000 Euro. Der Höchststeuersatz bleibt unverändert bei 50 Prozent, wäre aber erst ab einem Jahreseinkommen von 80.000 fällig. Derzeit liegt die Grenze bei 60.000 Euro. Jemand, der 1.500 Euro brutto verdient, würde somit nur mehr die Hälfte der bisherigen Lohnsteuer zahlen, genauer: um 47,21 Prozent weniger und somit 597,72 Euro im Jahr statt 1.132,29 Euro. Wer 2.600 Euro brutto im Monat verdient, würde um ein Viertel weniger Lohnsteuer als bisher zahlen. Entlastung im Jahr: 1.299,11 Euro.

## Höhere Absetzbeträge

Auch Absetzbeträge (die direkt von der Steuer abgezogen werden) sollen erhöht werden – von derzeit 345 auf 450 Euro (Arbeitnehmerabsetzbetrag und Verkehrsabsetzbetrag). Und sie sollen mit Negativsteuerwirkung ausgestattet werden, das heißt, Menschen, die zu wenig verdienen, um überhaupt Lohnsteuer zahlen zu müssen, würden den entsprechenden Betrag automatisch als Steuergutschrift am Jahresende ausbezahlt bekommen. Derzeit gibt es so eine Negativsteuer nur in Höhe von 110 Euro. Dadurch wäre gewährleistet, dass auch die ArbeitnehmerInnen mit den niedrigsten Einkommen etwas von der Reform haben. Und auch die Negativsteuer wäre ein Aktivierungsimpuls, also ein Anreiz,



AK und ÖGB haben ein Steuermodell ohne VerliererInnen vorgelegt. Dieses sieht niedrigere Steuersätze für alle vor, die Lohnsteuer zahlen.

durch mehr Arbeit mehr zu verdienen. Denn es würde sich eher auszahlen, statt geringfügig zu arbeiten, die Arbeitszeit auszuweiten. Bei der Geringfügigkeitsgrenze beginnt zwar die Sozialversicherungspflicht, doch die Beiträge würden den Betroffenen zum Teil durch die Negativsteuer quasi zurückgezahlt.

Eine Negativsteuer soll es erstmals auch für PensionistInnen geben, und zwar in Höhe von 110 Euro. Dieser Satz ist deswegen niedriger als bei den ArbeitnehmerInnen, weil PensionistInnen niedrigere Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen haben (keine Pensions- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge).

### Auf Dauer absichern

Damit die Lohnsteuersenkung für die ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen nachhaltig wirkt und nicht nach ein paar Jahren wieder aufgefressen wird, sind Maßnahmen zur Begrenzung der kalten Progression notwendig. Denn durch die Erhöhung des kollektivvertraglichen bzw. tatsächlichen Lohns oder Gehalts gleiten ArbeitnehmerInnen oft in die nächsthöhere Steuerstufe. Sie zahlen für das zusätzliche Einkommen also einen höheren Steuersatz, auch wenn sich die Kaufkraft ihres Einkommens nicht erhöht hat. Das betrifft Menschen mit hohem Einkommen nicht so stark, weil deren Einkommen durch die Erhöhung in keine höhere Steuerstufe mehr hineinwachsen.

Auch die Wirkung der Steuersenkung im Jahr 2009 ist durch die kalte Progression sehr schnell wieder verblasst. Die Unternehmen haben bei den vergangenen Steuerreformen hin-

gegen eine dauerhaft wirkende Entlastung bekommen: Sie zahlen fix nur mehr 25 Prozent Körperschaftsteuer (KSt), und weil es keine Progressionsstufen gibt, gibt es auch keine kalte Progression.

Das ÖGB/AK-Modell sieht daher vor, dass die Regierung regelmäßig etwas tun muss, um die Einkommen der ArbeitnehmerInnen vor den Auswirkungen der kalten Progression zu beschützen. Konkret soll sie tätig werden müssen, sobald die Teuerung seit der letzten Steuertarifänderung fünf Prozent erreicht hat.

Das ÖGB/AK-Modell sieht Entlastungen von insgesamt knapp unter sechs Milliarden Euro vor. Diese Lohnsteuersenkung ist auch wirtschaftlich sinnvoll: Den Menschen bleibt mehr Geld im Börsel. Gerade die Erhöhungen kleinerer Einkommen fließen zum größten Teil direkt in den Konsum. Das stärkt die Kaufkraft, kurbelt die Wirtschaft an, stützt die Konjunktur und schafft Arbeitsplätze. Das alles ist mit zusätzlichen Einnahmen für den Staat verbunden. Bei einem Volumen von knapp unter sechs Milliarden Euro fließt fast eine Milliarde Euro wieder an den Staat zurück.

Abgesehen von dieser teilweisen Selbstfinanzierung gehen ÖGB und AK davon aus, dass Maßnahmen zur Gegenfinanzierung notwendig sein werden. Das könnte zum Beispiel so funktionieren: eine Milliarde durch Konsum- und Konjunkturbelebung (Selbstfinanzierung); eine Milliarde Euro mit wirksamen Maßnahmen gegen Steuerbetrug; zwei Milliarden Euro mit mehr Vertei-

lungsgerechtigkeit – große Vermögen, Erbschaften, Schenkungen und Stiftungen usw. besteuern – und zwei Milliarden Euro durch Reformen – wie Ausnahmen im Steuersystem beseitigen, Effizienzsteigerungen, Kompetenzbereinigungen, Beteiligung der Länder, Doppelförderungen vermeiden.

### Schwerpunkt der Entlastung

Der Schwerpunkt des ÖGB/AK-Entlastungsmodells liegt aber, wie der Name schon sagt, auf der Entlastung der ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen. Ihnen darf die Lohnsteuerentlastung daher nicht über die Gegenfinanzierung wieder weggenommen werden. Die Steuerbegünstigung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie Aufwandsentschädigungen, Zulagen, Zuschläge etc. müssen unverändert bleiben. Rudi Kaske bekräftigt: „Die ArbeitnehmerInnen sind nicht die Lastesel der Nation. Sie haben sich eine Entlastung mehr als redlich verdient. Die Politik ist gefordert, unser Modell in die Tat umzusetzen.“

Internet:

Wenn auch Sie für die Senkung der Lohnsteuer unterschreiben möchten:  
[www.lohnsteuer-runter.at](http://www.lohnsteuer-runter.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor  
[florian.kraeftner@oegb.at](mailto:florian.kraeftner@oegb.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Energiepolitischer Rahmen

*Die Bedeutung von Energie hat in den letzten 200 Jahren exponentiell zugenommen. Über veränderte Prioritäten und aktuelle Herausforderungen.*

Dorothea Herzele

Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien

**D**as energiepolitische Handeln wird vor allem durch die Zielsetzung einer sicheren, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Versorgung mit Energie geprägt. Dieses energiepolitische Zieldreieck hat sich im Laufe der Zeit nicht wesentlich geändert, die Gewichtung der einzelnen Ziele hingegen schon und damit auch die politischen Rahmenbedingungen und Herausforderungen. Immer noch hängt unsere Versorgung mit Energie in hohem Maße von fossilen Energieträgern ab, also Erdöl und Erdgas. Die größten Vorkommen befinden sich weiterhin in geopolitisch sensiblen Regionen. Die Folge des „Arabischen Frühlings“ oder der Konflikt in der Ukraine führen uns die Problemlagen, die mit der Energieversorgung einhergehen, deutlich vor Augen.

## Abhängigkeit

Lösungen sind mittelfristig und wohl auch langfristig nicht in Sicht: Die Importabhängigkeit der EU und Österreichs von Erdöl und Erdgas wird hoch bleiben. Eng verbunden mit der Frage der Versorgungssicherheit ist die Frage der Leistbarkeit von Energie, sowohl für die Wirtschaft als auch für die KonsumentInnen. Aber nicht nur hohe Importpreise – wie derzeit vor allem für Erdgas –, sondern auch die Gewährleistung von sicheren und ausreichenden Erzeugungs- und Verteilungskapazitäten erhöhen die Kosten des Energiesystems.

Energiearmut ist nicht nur ein Phänomen in wirtschaftlich unterentwickelten Ländern, sie findet sich auch in der EU (siehe „Essen oder heizen?“, S. 34–35). Die Zahl der Betroffenen nimmt dramatisch zu. Allein in Österreich können sich rund 200.000 Menschen den ausreichenden Bezug von Strom, Gas oder Fernwärme nicht leisten. Auf der anderen Seite stehen die Wirtschaft und vor allem die energieintensive Industrie, die die Höhe der Energiekosten als Messlatte für ihre Wettbewerbsfähigkeit heranzieht (siehe „Übertriebene Energiepreise“, S. 38–39). In den letzten Jahren hat das Interesse an einer umweltfreundlichen Erzeugung und Nutzung von Energie zugenommen. In klimapolitischen Fragen nimmt die Europäische Union schon seit der **Klimakonferenz 1997** in Kyoto eine Vorreiterrolle ein. Unabhängig von anderen Staaten hat sich die EU auch zur Weiterführung ihrer ambitionierten Ziele im Rahmen der Energie- und Klimapolitik bis 2020 und darüber hinaus entschlossen. Im Mittelpunkt stehen die Verringerung der klimaschädigenden Treibhausgasemissionen, der Ausbau erneuerbarer Energien und die Steigerung der Energieeffizienz und damit die Reduktion des Energieverbrauchs.

Die Rahmenbedingungen für die Energiepolitik haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten massiv verändert, und zwar sowohl durch energie- und klimapolitische als auch durch gesamtwirtschaftliche Entwicklungen. Die wohl nachhaltigste Veränderung erfuhren die Energieversorgungsunternehmen durch die Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte, die mit dem EU-Beitritt auch in

## BUCHTIPP

Thomas Kästner,  
Andreas Kiebling:  
**Energie in 60 Minuten**  
Ein Reiseführer durch die  
Stromwirtschaft  
VS Verlag für Sozialwissen-  
schaften, 2009  
120 Seiten, € 19,99  
ISBN-13: 978-3531170589



Bestellung:  
[www.besserewelt.at](http://www.besserewelt.at)

Österreich ihren Anfang nahm. Ursprünglich wiesen die Energieunternehmen einfache vertikal integrierte Strukturen auf: Erzeugung, Verteilung und Vertrieb waren unter einem Dach vereint. Zugleich standen sie mehrheitlich im Eigentum der öffentlichen Hand. Sowohl die Organisationsstrukturen als auch die Eigentumsverhältnisse mit den EU-Wettbewerbsbelebungsprogrammen haben sich wesentlich geändert. Energieerzeugung und Energiehandel unterliegen nun den Regeln des freien Wettbewerbs. Gesellschaftsrechtlich bzw. eigentumsrechtlich sind diese Bereiche vom Netzbereich, der als „natürliches Monopol“ einer staatlichen Regulierung unterliegt, getrennt. Der Anteil der öffentlichen Hand an den Energieversorgungsunternehmen geht sukzessive zurück, die Befriedigung von Aktionärsinteressen rückt bei Unternehmensentscheidungen in den Vordergrund (siehe auch „Mehr privat als Staat im Strom“, S. 26–27). Gerade die Stromversorgung ist immer weniger eine öffentliche Dienstleistung,

**Unterstützt durch hohe öffentliche Förderungen wird die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Quellen wie Wind- und Sonnenkraft EU-weit massiv ausgebaut.**

sondern folgt zunehmend den Regeln des Marktes: Strom wird nicht mehr vom Produzenten an die VerbraucherInnen verkauft, sondern wird mit diesem – analog zu den Finanzmärkten – zwischen Brokern gehandelt und spekuliert. Eingriffe bzw. Marktlenkung durch Regulierungs- bzw. Aufsichtsbehörden gestalten sich angesichts der immer komplexeren Ausgestaltung der Energiemärkte und Preisbildungsmechanismen zunehmend schwierig. Gleichzeitig fehlen bislang ausreichende Analysen zu den volkswirtschaftlichen Kosten für Regulierungsarbitrage, Insiderhandel und Marktmissbrauch im Energiebereich.

## Fehlentwicklungen

Neben den neuen Vorschriften im Gefolge der Liberalisierung der europäischen Strom- und Gasmärkte ändert auch die ambitionierte Energie- und Klimapolitik der Europäischen Union die Strukturen der Energiewirtschaft: Mit den drei „20-20-20“-Kernzielen (siehe „Vertreibt Klimaschutz die Industrie?“, S.20) sollen die schädlichen Folgen des Klimawandels bekämpft werden. Auf europäischer Ebene werden bereits die EU-Ziele bis 2030 und darüber hinaus vorbereitet. Während die Energie- und Klimaziele notwendig und zu unterstützen sind, führen die derzeitigen Maßnahmen und Politiken zur Umsetzung dieser Ziele zu Fehlentwicklungen. Eine der wesentlichen Ursachen dürfte darin bestehen, dass bei der Umsetzung gesamtwirtschaftliche Auswirkungen, Kosteneffizienz und Verteilungsgerechtigkeit kaum oder nur mangelhaft berücksichtigt werden.

Zu wenig beachtet werden auch die Folgen der EU-weiten Liberalisierung der Energiemärkte, ebenso wie die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Konsequenzen zeigen sich auf dem Strommarkt am deutlichsten: Unterstützt durch hohe öffentliche Förderungen wird die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Quellen wie Wind- und Sonnenkraft EU-weit massiv ausgebaut, vor allem in Deutschland. Flankierende Maßnahmen zur kosteneffizienten Integration der erneuerbaren Elektrizität in das konventionelle Energiesystem wie der parallele Ausbau von Netzen fehlen oder werden nur mangelhaft umgesetzt. Konventionelle Kraftwerke kämpfen aufgrund massiv gefallener Stromerlöse mit sinkenden Renditen. Gleichzeitig stehen die Interessen von Aktionären und Eigentümern in der Energiewirtschaft immer stärker vor dem Allgemeininteresse der Versorgungssicherheit.

Fehlentwicklungen treten aber auch bei der Politik zur Senkung der Treibhausgasemissionen auf, wo auf marktwirtschaftliche Instrumente gesetzt wird. Der Preis für **Emissionszertifikate** ist infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise und des Fehlens adäquater Maßnahmen zur Preisstabilisierung massiv gefallen. Damit wird natürlich auch die bezweckte Internalisierung der durch den Ausstoß von Treibhausgasemissionen verursachten externen Kosten verfehlt und Energieträger mit hohem CO<sub>2</sub>-Ausstoß wie Kohle bleiben weiter konkurrenzfähig. Hingegen wird der Steigerung der Energieeffizienz in den Politiken der EU und der Mitgliedsländer

weit weniger Aufmerksamkeit gewidmet – und das, obwohl die Senkung des Energieverbrauchs als zentrale Voraussetzung für die Erreichung der klima- und energiepolitischen Ziele gilt. Die Steigerung der Energieeffizienz spielt aber auch im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und der Versorgungssicherheit eine unterstützende Rolle. Gerade für Unternehmen bedeutet ein höherer Grad an Energieeffizienz einen langfristig geringeren Energieeinsatz bei gleichbleibendem Output. Darüber hinaus ist die Energieeffizienz auch die zentrale, treibende Kraft für Innovation und technologische Entwicklung. Schließlich ist die Verringerung des Energieverbrauchs ein nachhaltiges Instrument zur Senkung der Energiekostenbelastung für KonsumentInnen (siehe „Smarte KonsumentInnen“, S.32) im Allgemeinen und zur Bekämpfung von Energiearmut im Speziellen.

Die Lehren aus den letzten Jahren haben gezeigt: Die Gestaltung des zukünftigen energie- und klimapolitischen Rahmens hat auf einer systemischen, gesamthaften Betrachtung der Volkswirtschaft im Allgemeinen und der Energiewirtschaft im Speziellen zu beruhen.

Internet:

Mehr Info unter:

[www.e-control.at/de/konsumenten](http://www.e-control.at/de/konsumenten)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[dorothea.herzele@akwien.at](mailto:dorothea.herzele@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Europa und das russische Gas

*Russland-Forscher Gerhard Mangott über wechselseitige Abhängigkeiten und befürchtete Auswirkungen der Ukraine-Krise.*

**Gerhard Mangott**

*Professor für Internationale Politik  
an der Universität Innsbruck*

Die Europäische Union ist für die Bereitstellung von Wärme, Elektrizität, Transportmobilität und Energie für industrielle Prozesse noch immer stark von fossilen Brennstoffen abhängig. 76,6 Prozent des Primärenergieaufkommens ruhten im Jahr 2013 auf fossilen Energieträgern. Etwas mehr als ein Drittel stammte aus Erdöl, fast ein Viertel aus Gas und 16 Prozent aus Kohle. Österreich liegt bei Erdöl leicht über dem Durchschnitt der EU, bei Erdgas mit 22,4 Prozent leicht darunter, nur bei Kohle liegt Österreich deutlich unter dem Durchschnitt der EU.

## Europa zentral für Gazprom

Der Anteil von Erdöl am Primärenergieaufkommen der EU ist seit Jahren rückläufig. Der Gasanteil bewegt sich im Vergleich der letzten Jahre zwischen 23 und 25 Prozent. Der Anteil der Kohle wiederum ist durch den Einsatz billiger Kohle aus den USA in den letzten Jahren wieder leicht gestiegen.

Die EU hat 2013 431,8 Milliarden m<sup>3</sup> Erdgas konsumiert – noch immer deutlich weniger als vor der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008. Die eigene Gasproduktion ist seit vielen Jahren stark rückläufig, vor allem wegen der seit 2000 stark zurückgehenden britischen Gasförderung. Bei Gas ist die EU zu 70 Prozent auf Importe angewiesen. Diese Importabhängigkeit steigt schon seit vielen Jahren und wird sich in den

kommenden Jahrzehnten weiter deutlich erhöhen.

Russland ist der wichtigste Gaslieferant der Europäischen Union. Im Jahr 2013 stammten rund 40 Prozent des importierten Gases in der EU aus Russland. An zweiter Stelle lag Norwegen, an dritter Stelle Algerien. Umgekehrt gehen fast 30 Prozent aller Gasexporte aus Russland in die EU.

In Russland hält das staatlich kontrollierte Unternehmen Gazprom noch immer das gesetzliche Exportmonopol für leitungsgebundenes Erdgas. Die europäischen Erdgasimporte aus Russland beruhen aber ausschließlich auf diesem Erdgas. Aufgrund der Ausrichtung der Gasexporte führen die Gasexportleitungen Russlands ausschließlich nach Europa – in die EU, die Türkei und auf den westlichen Balkan.

## Ins Stocken geraten

Auch Gazprom exportiert in erster Linie in Richtung Europa: 73,1 Prozent wurden in die EU, die Türkei und auf den westlichen Balkan (Bosnien, Serbien, Mazedonien) exportiert. Daran wird deutlich, wie zentral der europäische Absatzmarkt für Gazprom ist. Auf Deutschland etwa – den wichtigsten Abnehmer von russischem Erdgas – entfielen 2013 18,6 Prozent der russischen Gasexporte. Ein weiterer wichtiger Absatzmarkt für Russland sind Länder der ehemaligen UdSSR. Dorthin wurde 2013 mehr als ein Viertel der russischen Gasexporte verkauft. Wichtigster Abnehmer war die Ukraine, gefolgt von **Belarus**. Die Ukraine war bislang nicht nur ein wichtiger

Abnehmer von russischem Erdgas, sondern ist noch immer das wichtigste Transitland für russisches Erdgas in die EU und die Türkei. 2013 wurden 52 Prozent der russischen Erdgasexporte in diese Staaten über die Ukraine transportiert. Bis 1999 hatte die Ukraine überhaupt das Monopol auf den Transit russischer Erdgasexporte. Es war daher das strategische Ziel Russlands, Umgehungsleitungen zu bauen. 1999 wurde die Jamal-Leitung eröffnet, die über Belarus und Polen nach Deutschland führt. 2003 folgte die Leitung Blue Stream, die Russland und die Türkei über das Schwarze Meer verbindet. 2011 schließlich wurde mit der Nord-Stream-Gasleitung eine direkte Leitungsverbindung zwischen Russland und seinem wichtigsten Absatzmarkt Deutschland eingerichtet.

## Einigung mit Russland nötig

Als Schlussstein dieser russischen Diversifizierungspolitik ist die Leitung South Stream vorgesehen, die Russland mit Bulgarien verbinden und das Gas über Serbien und Ungarn nach Österreich transportieren soll. Trotz bestehender zwischenstaatlicher Verträge dieser Länder mit Russland ist dieses Vorhaben aber ins Stocken geraten. Die Europäische Kommission sieht in den rechtlichen Vereinbarungen Verstöße gegen das Dritte Energiepaket der EU, in dem die Entflechtung von Produktion und Transport von Energieträgern vorgesehen ist. Gazprom darf demnach nicht gleichzeitig Lieferant des Erdgases und Eigentümer der Transportleitung sein. Überdies müsste Gazprom auch dritten Anbietern





**Jamal-Leitung, Blue Stream, Nord Stream: So heißen die neuen Gas-Pipelines, die Russland baute, um die Ukraine umgehen zu können. Diese hatte nämlich bis 1999 das Monopol auf den Transit russischer Erdgasexporte.**

Zugang zu South Stream einräumen und die Transporttarife durch einen unabhängigen Regulator festsetzen lassen. Eine Ausnahme von diesen Auflagen für South Stream liegt nicht vor, Gazprom hat nicht einmal einen Antrag dafür gestellt.

Der ukrainische Ministerpräsident **Jazenjuk** hat Ende August 2014 davor gewarnt, dass Russland im kommenden Winter die Gasversorgung Europas einstellen würde. Ein Abbruch der Gaslieferungen Russlands an die EU ist aber sehr unwahrscheinlich. Russland würde damit die Einnahmen der Verkäufe auf dem lukrativsten Markt von Gazprom verlieren. Aus der Gaswirtschaft stammen immerhin sieben Prozent der budgetären Einnahmen. Zudem wäre Gazprom bei Lieferunterbrechungen zu hohen Pönalezahlungen an die europäischen Abnehmer verpflichtet. Überdies würde dadurch mittelfristig der Marktanteil Gazproms auf dem europäischen Gasmarkt erheblich sinken – weil die EU Erdgas durch andere Energieträger zu substituieren versuchen und neue Gasanbieter suchen würde.

Jazenjuks Äußerungen sind daher eher als Versuch der ukrainischen Regierung anzusehen, den bilateralen Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine zu internationalisieren und die Rolle Russlands als Energieversorger der EU zu diskreditieren.

Im Juni 2014 hat Russland die Gaslieferungen an die Ukraine eingestellt. Auslöser des Streits sind Differenzen über den Preis, den Russland von der Ukraine für seine Gaslieferungen for-

dert. In den von der EU vermittelten Gesprächen hatte Russland zuletzt einen Gaspreis auf Rabattbasis von 386 USD/1.000 m<sup>3</sup> angeboten. Die Ukraine beharrte aber auf einem Fixpreis von maximal 326 USD/1.000 m<sup>3</sup>. Ausgehend von der Uneinigkeit über den zumutbaren Preis bestehen auch eklatante Differenzen über die ausstehenden Schulden der Ukraine für bereits erfolgte Gaslieferungen.

### Symmetrische Abhängigkeit

Bislang konnte die Ukraine ihren Gasbedarf seit Juni durch die eigene Produktion und den Rückgriff auf Gas in den großen Lagerstätten in der westlichen Ukraine decken. Dies wird in den Wintermonaten aber nicht ausreichen, um alle Privathaushalte und die Industrie zu versorgen. Die Ukraine versucht zwar, die ausbleibenden Gaslieferungen durch den Import von Erdgas über Polen, Ungarn und die Slowakei partiell auszugleichen. Diese Mengen sind aber zu gering, um den ausbleibenden Import von russischem Gas zu substituieren. Eine Einigung mit Russland über Gaspreis und Schulden ist daher unabdingbar, um eine Versorgungskrise zu vermeiden.

Russland warnt daher die Europäische Union davor, dass die Ukraine im Winter Gas aus den Transitleitungen entnehmen könnte. Selbst wenn Russland seinen Lieferverpflichtungen nachkommt, würden dann weniger als die vertraglich vereinbarten Mengen in der EU zur Verfügung stehen. Angesichts der gut gefüllten Gasspeicher und die vorhandenen Leitungs-**Inter-**

**konnektoren** könnte eine solche Versorgungskrise aber für einige Zeit abgewehrt werden.

Innerhalb der EU zeichnet sich eine Verringerung der Abhängigkeit von Russland im Gassektor ab. Die beiden Hauptstoßrichtungen sind dabei die Nutzung von Schiefergasvorräten in der EU (trotz aller ökologischen Bedenken) und der Import von flüssigem Schiefergas aus den USA. Nach optimistischsten Schätzungen könnten in vier bis sechs Jahren bis zu 40 Milliarden m<sup>3</sup> Erdgas aus den USA importiert werden. Offen ist, ob US-Produzenten exportberechtigtes Flüssiggas (LNG) nicht lieber auf asiatischen Märkten absetzen werden, wo die Preise für LNG deutlich höher sind als in der EU.

Im Hinblick auf Diversifizierungsbemühungen gilt es zu bedenken, dass die Gasbeziehungen zwischen Russland und der EU eine symmetrische Abhängigkeit darstellen. Die EU ist von Russland als einem wichtigen Versorger abhängig, Russland von einem lukrativen Absatzmarkt in der EU, zu dem derzeit alle Gasexportleitungen führen und wo die höchsten Gaspreise zu erzielen sind. Es wäre daher trotz der belasteten Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union ratsam, an dieser Interdependenz festzuhalten.

---

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[gerhard.mangott@uibk.ac.at](mailto:gerhard.mangott@uibk.ac.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Die USA geben Gas

*Fracking wird als vielversprechende Zukunft der Erdgasgewinnung gesehen. Von UmweltschützerInnen wird diese Methode allerdings heftig bekämpft.*

Maja Nizamov

Freie Journalistin

**N**orth Dakota gilt als wenig markanter Bundesstaat der USA. Eine weitläufige Prärieebene an der kanadischen Grenze, die sich bis zu den angrenzenden hügeligen „Badlands“ im Westen und dem flachen Red River Valley im Osten erstreckt. Das wohl Aufsehenerregendste im „Peace Garden State“ ist der Fernsehturm in der Stadt Fargo, der mit seinen 628,8 Metern als drittgrößtes Bauwerk der Welt gilt. Laut einer Gallup-Umfrage hat North Dakota jedoch 2013 Hawaii als Bundesstaat mit den glücklichsten EinwohnerInnen der USA abgelöst. Grund dafür ist der derzeitige Boom, der oft mit dem Klondike-Goldrausch Ende des 19. Jahrhunderts verglichen wird. Unter der Stadt Williston befindet sich nämlich eines der größten Gasvorkommen Nordamerikas: Aus einer Tiefe von drei Kilometern können sich bis zu insgesamt 24 Milliarden **Barrel** fördern lassen und somit den US-Bedarf für über drei Jahre decken. Ein großer Teil davon wird durch Fracking erschlossen.

## Hydraulic Fracturing

Energiekonzerne haben eine neue Gasfördertechnik für sich entdeckt, das sogenannte „Fracking“ oder Hydraulic Fracturing. Es ist ein Verfahren, mit dem Erdgas aus undurchlässigem Gestein gelöst wird. Da es sich bei diesem Gestein um Tongestein handelt, wird das gewonnene Gas daher Schiefergas genannt.

Bei diesem Verfahren wird zunächst vertikal rund fünf Kilometer in die Erde gebohrt, um diesen Vorgang horizontal in die Gas führende Gesteinsschicht zu finalisieren. So kann ein Umkreis von mehreren Kilometern abgedeckt werden. Anschließend folgt das eigentliche Fracking: In die horizontalen Querbohrungen wird mit einem enormen Druck von bis zu 1.000 bar das sogenannte Fracfluid – ein Gemisch aus Wasser, Quarzsand oder Keramikkügelchen und diversen Chemikalien – hineingepumpt. Dabei entstehen Risse (fracs) im Reservoiregestein, die aus dem Gestein Gas entweichen lassen. Die Festkörper und Chemikalien aus der eingepumpten Mischung sorgen dafür, dass die entstandenen Risse offen bleiben und sich ausweiten und so das Gas an die Oberfläche befördert werden kann.

## Erdbeben und Giftcocktails

Von Beginn an war diese Verfahrenstechnik schwer umstritten. So kam es in der Nähe von einigen Bohrungen zu kleinen Erdbeben. Zudem steht der Frack-Cocktail, der unter die Erde gepumpt wird, unter Kritik. Einige Chemikalien werden wieder als sogenannter Flowback an die Erdoberfläche gepumpt, andere bleiben jedoch für immer im Erdboden.

Jene Chemikalien, die im Erdboden bleiben, stellen eine Gefahr für die darüber liegende Grundwasserschicht dar, da sie selbst nach einigen Monaten oder Jahren über Risse unkontrolliert in wasserführende Schichten eindringen können. Aber auch jene Chemikalien, die mit dem Flowback an die Erdoberfläche

## BUCHTIPP

Christiane Habrich-Böcker,  
Beate Charlotte Kirchner,  
Peter Weißenberg:

**Fracking – Die neue Produktions-geografie**

Springer Gabler Verlag,

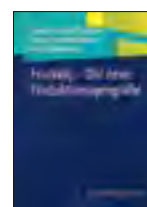
2014 Edition

141 Seiten, € 30,80

ISBN: 978-3-658-02177-1

**Bestellung:**

[www.besserewelt.at](http://www.besserewelt.at)



kommen, können gefährlich sein: Sie können nicht nur durch undichte Bohrlochummantelungen in die Grundwasserschichten gelangen, sondern auch direkt in die umherliegende Landschaft und Landwirtschaftsflächen. Selbst wenn der Flowback kontrolliert wieder an die Erdoberfläche gelangt, bleibt offen: Wohin mit dem giftigen Abfall?

Die Anzahl der verwendeten Chemikalien variiert, je nachdem welche Quelle herangezogen wird, manchmal ist von einigen Dutzend die Rede, manchmal auch von einigen hundert. Ein Bericht des „Energy & Commerce Committee“ des US-Repräsentantenhauses aus dem Jahr 2011 zählt sogar 750 verschiedene Chemikalien auf.<sup>1</sup> Einige davon sind unbedenklich, 29 jedoch sollen giftig oder krebserregend sein. Wie viele und welche genau verwendet werden, bleibt das Geheimnis der Gasunternehmen. Denn diese Mischung unterliegt keiner Publikationspflicht. In Deutschland versuchten Gutachter des Umweltbundesamtes, die Giftigkeit der verwendeten

<sup>1</sup> „Chemicals Used in Hydraulic Fracturing“: [tinyurl.com/c348mwm](http://tinyurl.com/c348mwm)



In solchen Tanks wird Wasser gelagert, das für die umstrittene Methode „Fracking“ verwendet wird. Sie stehen im US-Bundesstaat Arkansas.

ten Stoffe zu beurteilen. Dabei waren selbst sie auf die freiwillige Auskunft der Hersteller angewiesen.

## Giftiges Gas

Fracking-BefürworterInnen halten UmweltschützerInnen entgegen, dass Gas klimafreundlicher sei als Kohle, da es beim Verbrennen pro Energieeinheit weniger CO<sub>2</sub> freisetze. In einer Studie stellen Wissenschaftler 2011 jedoch fest, dass der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck von Schiefergas in einem Beobachtungszeitraum von 20 Jahren doppelt so groß ist wie jener von Kohle.<sup>2</sup> Somit würde die Nutzung und Förderung von Schiefergas den Klimawandel beschleunigen.

Auch das aus dem Bohrloch austretende Methangas gibt UmweltschützerInnen Grund zur Sorge. Immerhin ist dieses Gas 21-mal klimaschädlicher als CO<sub>2</sub>. Beim Abbau wie bei der Förderung von Schiefergas tritt Methan ungehindert aus. Selbst wenn die Bohrlöcher längst aufgegeben sind, kann Methan aus ihnen entweichen.

KritikerInnen sind sich darüber einig, dass zu wenige Erkenntnisse über mögliche Umwelt- und Gesundheitsgefahren der Fracking-Methode vorliegen. Die Wissenschaftler Michelle Bamberger und Robert E. Oswald der Veterinärmedizinischen Universität am Cornell College untersuchten in einem Bericht die negativen Auswirkungen von Fracking auf Menschen und Tiere.<sup>3</sup> Solange nur unzu-

reichende Informationen und Daten darüber vorliegen und keine fundierten Studien dazu durchgeführt werden können, so Bamberger und Oswald, sei der Fracking-Boom ein „gigantisches unkontrolliertes Gesundheitsexperiment“.

## Kuwait auf der Prärie

Fracking wurde erstmals in den USA Mitte der 1940er-Jahre angewendet, richtig genutzt wird das Verfahren erst seit 2005. So stieg die Produktion in den US-Bundesstaaten Montana und North Dakota in den Jahren 2006 bis 2012 von 0 auf 500.000 Barrel täglich an. North Dakota hat nun als Gaslieferant sogar Alaska überholt und wird liebevoll „Kuwait auf der Prärie“ genannt. In manchen Ländern ist Fracking sogar gesetzlich verboten, wie zum Beispiel in Frankreich, Südafrika oder im US-Bundesstaat New York.

Österreich hat sich klar gegen die Zulassung von Fracking ausgesprochen, Probebohrungen in Poysdorf und Herrnbaumgarten im Bezirk Mistelbach wurden nach Bürgerprotesten verboten. Die Montanuni Leoben und die OMV starteten ein Pilotprojekt namens „Clean Fracking“, in dem sie versuchten, die bei Fracking verwendeten Giftstoffe durch Maisstärke zu ersetzen. Das Projekt wurde jedoch wegen Unwirtschaftlichkeit nicht mehr weitergeführt.

Während Österreich sich also gegen das Fracking-Verfahren sperrt, herrscht in Williston, North Dakota, Aufbruchstimmung. Das gigantische Ölvorkommen unter der Bezeichnung „Bakken and Three Forks Formation“ lockte im Jahr 2008 mehrere Energiekonzerne in

die Region, die wiederum nach Arbeitskräften suchten und mit sechsstelligen Jahresgehältern winkten. Wer also schnell viel Geld verdienen wollte, zog in das verschlafene Städtchen Williston. In nur drei Jahren wuchs die Stadtbevölkerung um 41 Prozent, die Arbeitslosigkeit beträgt heute 2,7 Prozent, über 20.000 Arbeitsstellen sind noch offen. Am Fracking-Boom wollen alle mitmachen: Gemeinsam mit der Stadtbevölkerung sind auch die Preise gestiegen. Für eine Zweizimmerwohnung in Williston zahlte man vor einigen Jahren noch 400 Dollar, heute verlangen MaklerInnen 2.000 Dollar.

## Warnung vor der Fracking-Blase

Die Menschen, die nach Williston ziehen, sind auf der Suche nach schnellem Glück und Geld. ExpertInnen geben jedoch zu bedenken, dass der Fracking-Boom in den USA sich letztendlich zu einer Blase entwickeln könnte. Kurzfristig würden zwar für KonsumentInnen die Energiepreise fallen und die Gewinne der Ölkonzerne steigen. Sollte jedoch die Blase platzen, käme es zu Versorgungsengpässen und die Preise würden in die Höhe schießen – mit fatalen Folgen für die Weltwirtschaft.

---

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[maja.nizamov@gmx.net](mailto:maja.nizamov@gmx.net)  
oder die Redaktion  
[aw@oegh.at](mailto:aw@oegh.at)

<sup>2</sup> „Methane and the Greenhouse-Gas Footprint of Natural Gas from Shale Formations“: [tinyurl.com/43fdnae](http://tinyurl.com/43fdnae)

<sup>3</sup> Michelle Bamberger, Robert E. Oswald „Impact of Gas Drilling on Human and Animal Health“: [tinyurl.com/ag4kzur](http://tinyurl.com/ag4kzur)

# Vertreibt Klimaschutz die Industrie?

*Die Verringerung der Treibhausgasemissionen in der EU ist mit Kosten verbunden. Was ist dran an der Befürchtung, dass deshalb Unternehmen abwandern?*

**Christoph Streissler**

Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien

**K**limapolitik und Energiepolitik sind aufs Engste miteinander verknüpft. So stammen in Österreich etwa drei Viertel der Treibhausgasemissionen aus dem Ausstoß von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) bei der Verbrennung fossiler Energieträger. Zugleich hat die Nutzung fossiler Energien der Wirtschaft in den letzten Jahrhunderten ein enormes Wachstum beschert. Ende des 18. Jahrhunderts gelang mit der Dampfmaschine erstmals die Umwandlung von Verbrennungswärme in mechanische Energie. Seither ist eine Unzahl von Produktionsvorgängen vom Antrieb durch Menschen oder Tiere unabhängig geworden. Dies ermöglichte in den letzten zwei Jahrhunderten einen Aufschwung der industriellen Produktion, der zuvor schlicht undenkbar war. Gleichzeitig wurden in ebenso wachsendem Maß fossile Brennstoffe – zunächst Kohle, später Erdöl und Erdgas – genutzt, sodass Maschinen von der Verfügbarkeit biogener Brennstoffe – vor allem Holz – unabhängig wurden. Das damit einhergehende Wirtschaftswachstum hat die Welt von Grund auf verändert.

## Krisen

Zwei Vorgänge machen allerdings deutlich, dass diese Entwicklung nicht für immer so weitergehen kann. Zum einen zeigte die Ölkrise 1973, dass die wachsende Abhängigkeit von Erdöl zu geopolitischen Gefahren führen und ein sparsamer Umgang mit der Ressource Erdöl

Vorteile haben kann. Zum anderen verdichteten sich in den 1980er-Jahren die Hinweise, dass die steigenden CO<sub>2</sub>-Emissionen eine Erwärmung des Klimas bewirken und damit eine Gefahr für Landwirtschaft, Wetter und Meeresspiegel darstellen. Letzteres wird derzeit als drängendere Gefahr angesehen, was die EU dazu veranlasst hat, ein ambitioniertes System der Beschränkung des Ausstoßes von Treibhausgasemissionen aus großen Industrieanlagen und Kraftwerken ins Leben zu rufen: den EU-Emissionshandel, nach dem englischen Begriff „Emission Trading System“ häufig als ETS abgekürzt.

## „Cap and Trade“

Jedes Emissionshandelssystem weist zwei zentrale Bestandteile auf: Erstens wird ein zulässiger Schadstoffausstoß für jedes teilnehmende Unternehmen festgelegt; zweitens erhalten die teilnehmenden Unternehmen die Möglichkeit, das Emissionsrecht bei Unterschreitung dieser Menge an andere zu verkaufen bzw. es bei Überschreitung von anderen zu kaufen. Ein solches System wird mit den englischen Begriffen kurz „Cap and Trade“-System genannt. Im optimalen Fall, so die ökonomische Theorie, führt dies dazu, dass die Reduktion der Treibhausgasemissionen mit dem geringstmöglichen Kostenaufwand geschieht.

Die EU war im Jahr 2005 der erste Wirtschaftsraum weltweit, der ein System des Emissionshandels für Treibhausgase einführte. Die Teilnahme ist für große Industrieanlagen und für kalorische Kraftwerke verpflichtend. Bis

2012 legten die Mitgliedsstaaten die Gesamtmenge an zulässigen Emissionen fest, seit 2013 erfolgt dies auf EU-Ebene. Im Rahmen des Klima- und Energiepakets für 2020 wurde vereinbart, dass die Emissionen der ETS-Betriebe im Jahr 2020 um 20 Prozent geringer sein sollen als 2005. Die Reduktion soll schrittweise erfolgen: In der Periode zwischen 2013 und 2020 soll die Menge der gesamten Emissionen jedes Jahr um 1,74 Prozent verringert werden. Als die EU-Kommission dies 2008 vorschlug, rechnete sie mit einem Anstieg des Preises für eine Tonne CO<sub>2</sub> auf 30 bis 40 Euro bis 2020. Inzwischen hat die Wirtschaftskrise zu einem Überangebot an Zertifikaten geführt. Ihr Preis ist folglich verfallen und liegt derzeit bei etwa sechs Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>, ohne Aussicht auf Erholung bis 2020. Dadurch lohnen sich weder Forschung und Entwicklung noch Investitionen in Maßnahmen zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen.

Die Kostenbelastung durch den Emissionshandel kann grundsätzlich für jene Unternehmen einen Wettbewerbsnachteil darstellen, die mit Produzenten aus Drittstaaten konkurrieren, die keine derartige Kostenbelastung tragen müssen. Der Schlüsselbegriff lautet hier „Carbon Leakage“. Dies bezeichnet die Verlagerung von Produktionsbetrieben aus einem Staat, in dem CO<sub>2</sub>-Emissionen mit Kosten verbunden sind, in einen Staat, in dem keine oder geringere CO<sub>2</sub>-Kosten anfallen. UnternehmensvertreterInnen argumentieren, dass die zu erwartenden hohen CO<sub>2</sub>-Kosten in der EU die Industrie aus Europa vertrei-



Es ist umstritten, ob die Kosten von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten bei den Firmen eine Rolle spielen, wenn sie über Standortverlagerungen nachdenken.

ben würden. Sie haben erreicht, dass den Betrieben die Grundausrüstung mit Zertifikaten in fast allen Produktionsparten kostenlos zugeteilt wird.

Allerdings ist umstritten, ob „Carbon Leakage“ tatsächlich eine Gefahr darstellt. Die Gründe für Unternehmensverlagerungen systematisch zu identifizieren ist schwierig. Grundsätzlich siedeln sich private Unternehmen dort an, wo die Profiterwartung am höchsten ist. Produktionsunternehmen, die umfangreiche Teile ihrer Assets in Anlageninvestitionen gebunden haben, können freilich nicht rasch auf veränderte Profiterwartungen reagieren. Wesentlichste Faktoren für Unternehmensverlagerungen auf der Kosten Seite sind Arbeitskosten, Energiekosten und Steuern. Daneben spielen die physische Nähe zu Rohstoffen bzw. Vorprodukten sowie die Nähe zum Absatzmarkt eine Rolle, aber auch die Qualität der Infrastruktur, beispielsweise für Energie oder Transport. Weiters spielt für die Profiterwartung auch ein stabiles regulatorisches Umfeld eine wichtige Rolle. Alle diese Faktoren sind schon seit Langem wirksam und führen zu strukturellen Veränderungen im Wirtschaftsgefüge in den letzten Jahrzehnten: So wächst etwa in Österreich der tertiäre Sektor stärker als der primäre und teilweise auch als der sekundäre; die Produktion verlagert sich von der Grundstoffindustrie hin zur weiterverarbeitenden Industrie; die wissensbasierte Produktion gewinnt an Bedeutung. Die Kostenbelastung durch CO<sub>2</sub>-Zertifikate kommt also zu diesen Veränderungen noch dazu.

In den meisten Fällen werden sich die Kosten für die Zertifikate wie ein Zuschlag auf die Energiekosten auswirken. Je wichtiger Energie als Produktionsfaktor und je höher damit auch die Zertifikatskosten für ein Unternehmen sind, desto größer ist ihre Bedeutung als Standortfaktor. Eine Untersuchung für Deutschland hat gezeigt, dass jene Sektoren, deren Energiekosten mehr als sechs Prozent ihres Umsatzes ausmachen, einen Anteil von 1,5 Prozent an der gesamten Wertschöpfung haben. Bezogen auf die Wertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes ist das ein Anteil von acht Prozent. Auch wenn ihr Anteil also nicht sehr groß ist, wäre eine Abwanderung dieser Unternehmen für die Wirtschaft tatsächlich eine Gefahr – und das in Zeiten, in denen mit den Industrialisierungszielen der EU wieder eine Besinnung auf die Bedeutung der Realwirtschaft zu beobachten ist.

### Sonderposition

Anders ist die Situation bei den Energieversorgern. Während Produktionsunternehmen ihren Standort grundsätzlich verlagern können, gilt dies für Energieversorger wegen ihrer nötigen Nähe zu den EndverbraucherInnen nicht. Sie müssen daher nicht vor „Carbon Leakage“ geschützt werden. Die Politik hat darauf reagiert, seit 2013 werden Energieversorger keine Zertifikate mehr gratis zugeteilt. Da diese Unternehmen ihre Zertifikatskosten großteils auf die EnergieverbraucherInnen überwälzen können, ist für sie der Anreiz, auf erneuerbare Energieträger umzustellen, recht gering.

Ob im produzierenden Bereich „Carbon Leakage“ wirklich stattfindet, ist Gegenstand einiger wissenschaftlicher Untersuchungen. Sie haben alle gezeigt, dass bislang kein Unternehmen aufgrund der unterschiedlichen CO<sub>2</sub>-Preise seinen Standort verlagert hat. Eine Schlussfolgerung kann sein, dass die Gratiszuteilung der Zertifikate einen wirksamen Schutz dagegen darstellt. Es kann aber auch sein, dass die Gefahr übertrieben wurde. Die Wahrheit liegt wohl in der Mitte. Für energieintensive Produktionsunternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, dürfte bei einem wesentlichen Anstieg des CO<sub>2</sub>-Preises – der wohl erst deutlich nach 2020 zu erwarten ist – ein Schutz vor „Carbon Leakage“ zweckmäßig sein, wenn andere Wirtschaftsräume keine vergleichbaren Maßnahmen zum Klimaschutz setzen. Dies ist einer der Gründe, warum die EU mit Nachdruck auf einen internationalen Klimaschutzvertrag drängt, der bei der Klimakonferenz in Paris 2015 abgeschlossen werden soll.

---

Internet:

Karsten Neuhoff, William Acworth, Antoine Dechezleprêtre, Oliver Sartor, Misato Sato und Anne Schopp: Energie- und Klimapolitik: Europa ist nicht allein. DIW Wochenbericht 6/2014. Berlin 2014

[tinyurl.com/lepwlpx](http://tinyurl.com/lepwlpx)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor

[christoph.streissler@akwien.at](mailto:christoph.streissler@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Energieutopie

*Von selbststeuernden Autos, echten Fahrzeugen, warmen Räume ohne Heiz- oder Kühlsysteme, Plusenergiehäusern und der dritten industriellen Revolution.*

**Stefan Schleicher**

*Professor am Wegener Center an der Universität Graz und Konsulent am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung*

**V**or etwas mehr als dreißig Jahren war es eine Sensation, als ein Rechtsanwalt während einer Zugfahrt nach Graz aus seinem Koffer ein mehr als ein Kilo wiegendes Mobiltelefon auspackte und mit seinem Büro telefonierte. Heute begleiten uns fast ständig Geräte mit einem um den Faktor zehn reduzierten Gewicht, für die die Bezeichnung Smartphones unzureichend scheint, weil deren Telefonfunktion eher nebensächlich geworden ist. Den ganzen Tag können wir uns mit FreundInnen weltweit austauschen. Fast jederzeit und überall stehen uns Informationen zur Verfügung. Praktisch an keinem Ort der Erde bleiben wir orientierungslos.

## Riskantes Unterfangen

Angesichts dieser aktuellen technologischen Revolution erscheint es riskant, sich den Alltag in mehr als dreißig Jahren vorzustellen. Für einen prägenden Bereich unseres Lebens, nämlich den Umgang mit Energie, sind die Konturen dieser Zukunft aber immer deutlicher zu sehen. Diese Zukunft in 2050 lässt den aktuellen Zustand unseres Energiesystems von 2014 genauso unzureichend erscheinen, wie wir heute Mobiltelefone der frühen 1980er-Jahre empfinden. Überraschenderweise ist die sichtbare Praxis beim Umgang mit Energie aber, dass Lieferanten

von Energie im Blick auf die Vergangenheit eine erwünschte Zukunft sehen. Gerade im Energiebereich werden Verantwortungen auch in der Politik gerne abgewälzt, beispielsweise auf die EU oder gar Russland. Deshalb hier eine Einladung, der Energiezukunft mit einem Blick nach vorne entgegenzusehen.

Aus der Sicht des Jahres 2050 wird das derzeitige Mobilitätssystem unverständlich sein. Vier von fünf Energieeinheiten gehen in den Verbrennungsmotoren durch Abfallwärme verloren. Ein privat genutztes Auto mit 12.000 gefahrenen Jahreskilometern ist nur zu zwei Prozent der 8.760 Jahresstunden in Bewegung. Somit sollte man vielleicht besser von Stehzeugen oder bewegten Öfen reden.

Mit hoher Sicherheit wird die Zukunft der Mobilität vollelektrisch sein. Die Rennfahrzeuge der Formel E loten mit Leichtbauweise und vollelektrischem Antrieb die technischen Potenziale aus. Unterstützt wird diese technische Entwicklung durch eine neue Generation von elektrischen Speichern, die ähnliche Qualitätsverbesserungen und Kostenreduktionen wie die Photovoltaik erwarten lassen.

Der nächste Technologiesprung wird in den nächsten zehn Jahren bei der Selbststeuerung der Straßenfahrzeuge sichtbar werden. Was schon jetzt die Roboterrasenmäher gut demonstrieren, die man inzwischen sogar bei Lebensmitteldiskontern gelegentlich kaufen kann, hat Google mit seiner Testflotte an selbststeuernden Autos über Hunderttausende von Kilometern überzeugend bewiesen: nämlich die Fähigkeit, Straßenfahrzeuge wirklich

## BUCHTIPP

Jeremy Rifkin:

### Die dritte industrielle Revolution

Campus Verlag, 2011

304 Seiten, € 25,70

ISBN: 978-3-593-39452-7



**Bestellung:**

[www.besserewelt.at](http://www.besserewelt.at)

„auto“ im Sinne von „selbstständig“ mobil zu machen. Damit ist die absehbare Evolution des jetzigen Verkehrs zu Mobilität noch nicht ausreichend beschrieben. Schon jetzt werden Geschäftsmodelle sichtbar, die Autos nicht mehr verkaufen, sondern nur deren Dienstleistungen, nämlich den Transport von A nach B, anbieten. Damit werden aus den Stehzeugen wieder Fahrzeuge im eigentlichen Sinn.

Mit diesen schon jetzt gut abschätzbaren Technologiesprüngen sollten bis 2050 alle nur vorstellbaren Mobilitätsdienstleistungen für Personen und Güter leicht mit einem Zehntel des derzeitigen Energieaufwandes bewältigbar sein.

## 2226-Haus

Ein prominentes Architekturbüro in Vorarlberg hat sich mit einem sechsstöckigen Bürogebäude eine Orientierung für die Zukunft des Bauens gesetzt. Das sogenannte 2226-Haus schafft ohne ein Heiz- oder Kühlsystem durchgehend über das Jahr eine behagliche Raumtemperatur zwischen 22 und 26 Grad Celsius. Den Temperaturengleich schaffen

**Dank neuer Technik bleiben wir praktisch nirgends ohne Orientierung.**



die massiven Böden und die doppel-schaligen Ziegelwände. Durch den Entfall von aufwendiger Gebäudetechnik sind die Investitionskosten dieses Gebäudes niedriger als bei konventionellen Bürobauten.

Gebäude werden im nächsten Technologieschritt als Infrastruktur für aktive Energiesysteme entdeckt, vor allem durch die Integration von Photovoltaik in die Gebäudehülle. Somit schaffen diese neuen Bautechnologien die Evolution von Niedrig- zu Null- und schließlich zu Plusenergiehäusern.

## Wohnen und Arbeiten

In traditionellen Wohngebäuden werden wir in den nächsten Jahren immer mehr jene Tätigkeiten ausüben, die wir jetzt unter Berufarbeit einstufen. Die Veränderungen in der Arbeitswelt werden immer weniger gemeinsame Anwesenheit in sogenannten Firmenräumen erfordern. Schon jetzt offerieren namhafte österreichische Unternehmungen ihren MitarbeiterInnen „Teleworking“, also die Möglichkeit, tageweise zu Hause zu arbeiten.

Die genannten Optionen für ein innovatives Bauen können gar nicht schnell genug wahrgenommen werden, weil sie Folgen über viele Jahrzehnte haben. Auch bei den in Gebäuden zu erbringenden Energiediensten ist mit einem Produktivitätspotenzial um den Faktor zehn zu rechnen.

Aus mehreren Gründen wird in der Sachgüterproduktion eine dritte industrielle Revolution erwartet. Eine neue Generation von Produktionsmaschinen

wird fast alle mechanischen Arbeitsvorgänge übernehmen können. Der Einsatz dieser Maschinen reicht von der Montage von Autos bis zur Montage von Smartphones und macht es möglich, Produktionsvorgänge aus den einstigen Billiglohnländern wieder in die alten Industriegebiete zurückzubringen.

## 3-D-Printing im Alltag

Radikal neue Produktionstechniken öffnen sich unter der Bezeichnung von 3-D-Printing oder **additiver Produktion**, weil damit – ähnlich einem Tintenstrahldrucker – dreidimensionale Strukturen entstehen. Diese Technologien produzieren schon heute Ersatzteile für Armeen in Kriegsgebieten, ganze Gebäude, aber auch Implantate für den menschlichen Körper. Es gibt Überlegungen, dass diese Technologie künftig Produktionsvorgänge in Haushalten genauso selbstverständlich macht wie heute das Erstellen von schriftlichen Dokumenten mit Tintenstrahldruckern. Diese neuen Produktionstechnologien werden ergänzt durch neue Werkstoffe, beispielsweise Kunststoffe, die auf der Basis von biogenen Rohstoffen erstellt werden. Diese neuen Werkstoffe könnten deutlich den Bedarf an Stahl und Aluminium reduzieren.

Überlegungen über die Zukunft der Sachgüterproduktion sind noch relativ ungesichert. Eine dritte industrielle Revolution könnte aber auch in diesem Bereich Technologiebrüche auslösen.

Nach diesen im besten Sinne aufregenden Perspektiven stellen sich fol-

gende Fragen: Wie viel Energie wird in dieser skizzierten Zukunft erforderlich sein? Und woher soll diese kommen? Die Antwort darauf ist in der Kürze sicher unbefriedigend, aber durch vielfältige Technologieabschätzungen fundiert: Mit weniger als der Hälfte der jetzigen Energiemengen sollte eine gute Zukunft in einem Land wie Österreich leicht bewältigbar sein. Schon die jetzigen Mengen an erneuerbaren Energien würden dann mehr als zwei Drittel des Energiebedarfs abdecken. Elektrizität wird zum wichtigsten Energieträger und sollte weitgehend aus erneuerbaren Quellen erzeugbar sein.

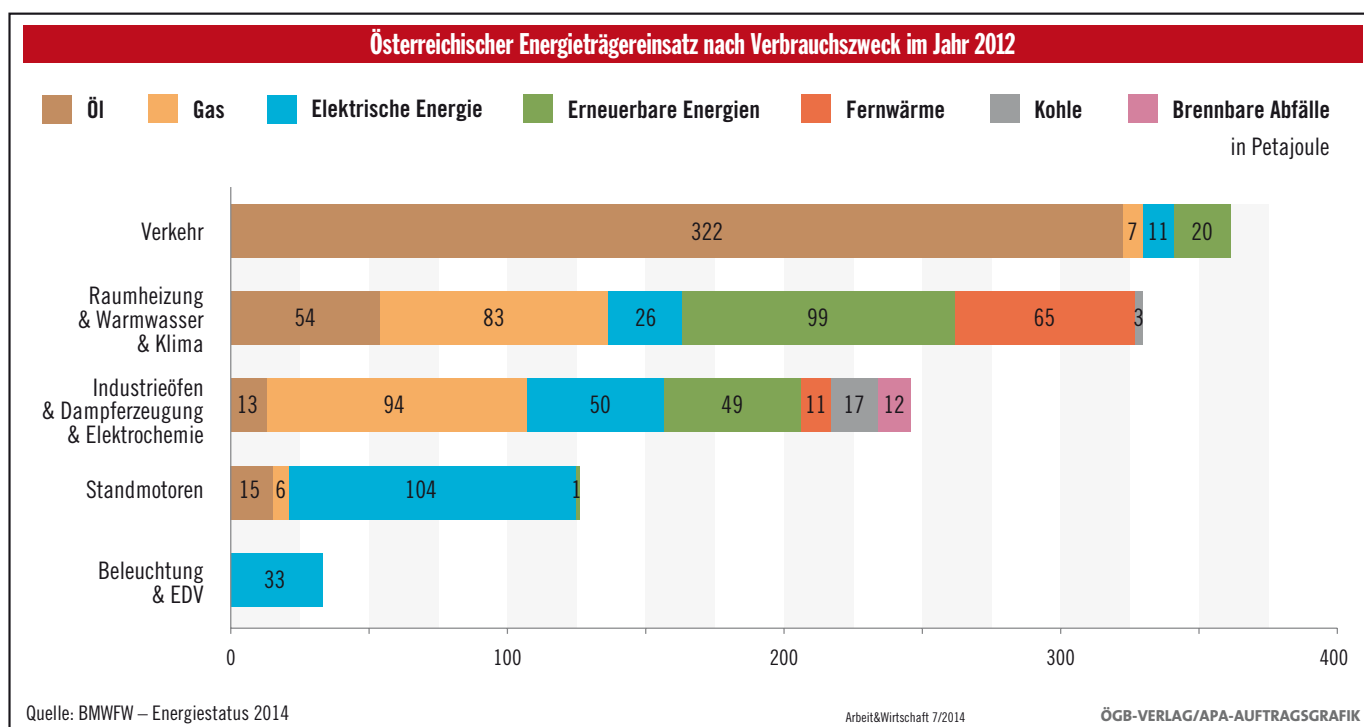
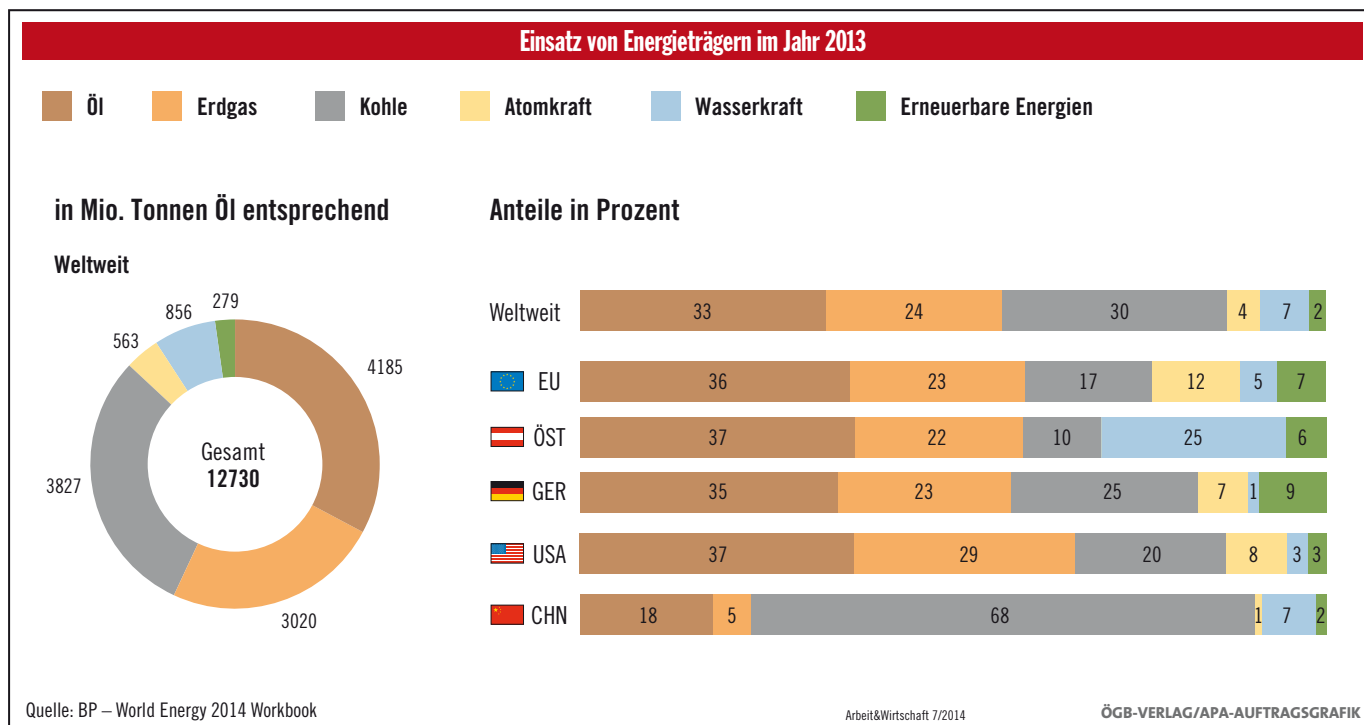
Was diese großen Veränderungen im Umgang mit Energie für unseren Wirtschafts- und Lebensstil noch an Überlegungen braucht, erfordert ein gemeinsames Nachdenken von jedem und jeder von uns bis zu den Spitzen der Unternehmungen und der Politik. Hilfreich erscheint folgendes Zitat von Albert Einstein: „Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“ Und für alle, die die vorliegenden Überlegungen für utopisch halten, nochmals Einstein: „Eine wirklich gute Idee erkennt man daran, dass ihre Verwirklichung von vorneherein ausgeschlossen erscheint.“

---

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[stefan.schleicher@uni-graz.at](mailto:stefan.schleicher@uni-graz.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

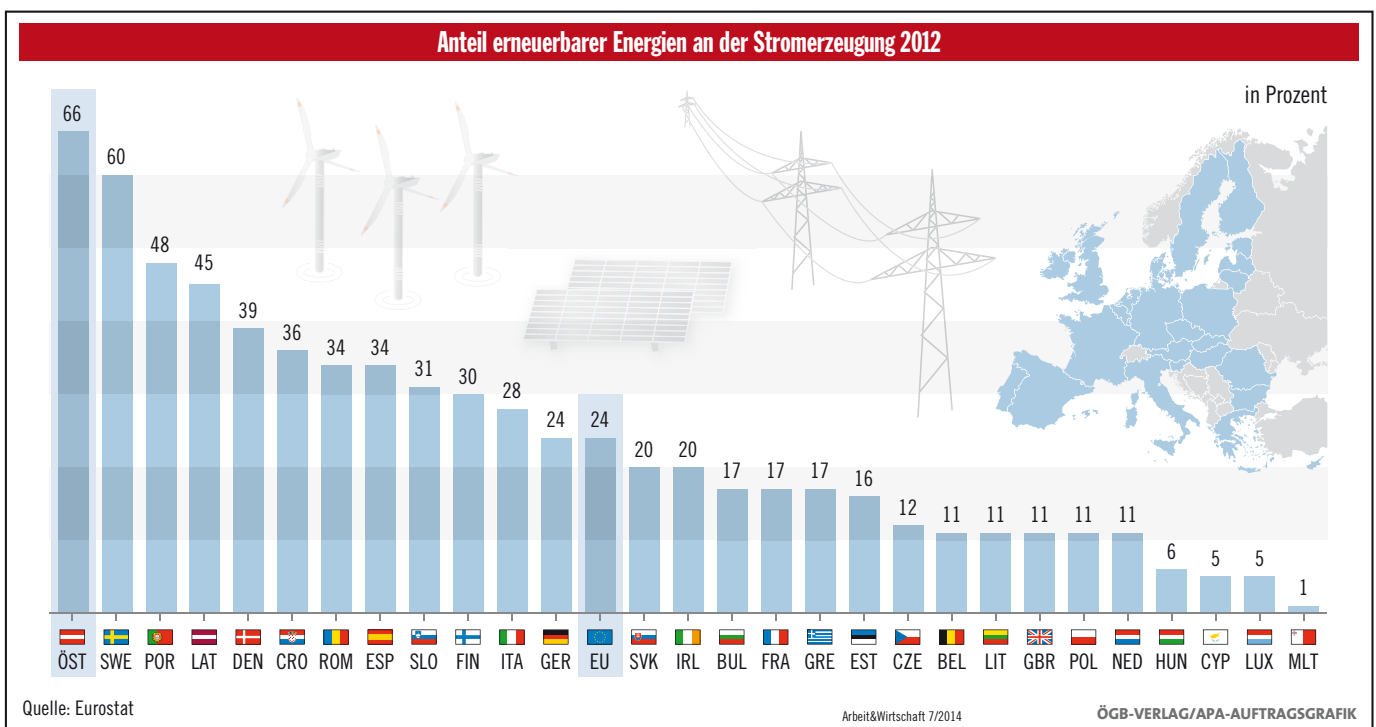
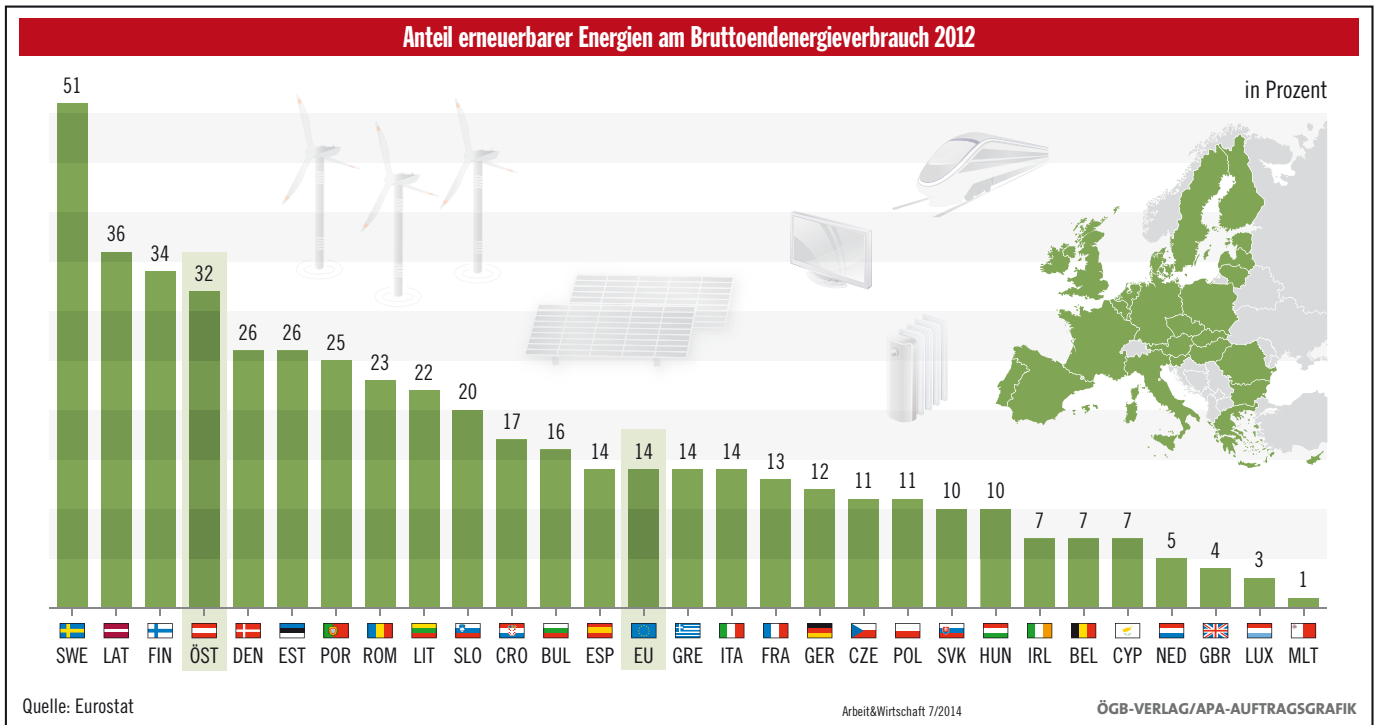
# Zahlen, Daten, Fakten

*Sowohl in Österreich als auch weltweit dominieren fossile Energieträger den Energieverbrauch. Der Hauptgrund: Der Verkehr verschlingt besonders viel Erdöl.*





*Der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Energieverbrauch ist in Österreich im EU-Vergleich relativ hoch. Das Land am Strome profitiert hier vor allem von der Wasserkraft und den Holzheizungen. Die gut ausgebaute Wasserkraft bringt Österreich den Europameistertitel bei der erneuerbaren Stromerzeugung.*



# Mehr privat als Staat im Strom

*Auch in Österreich zog auf dem Strommarkt die Privatisierung ein. Eine Übersicht über EigentümerInnenstrukturen und die Auswirkungen des Ökostrom-Ausbaus.*

Dominik Pezenka

Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien

**E**nergie ist kein Produkt wie jedes andere. Die Energieversorgung stellt eine existenzielle Grundlage für Menschen und Wirtschaft in unserer modernen Gesellschaft dar. Deshalb ist die Energieversorgung grundsätzlich dem gemeinwirtschaftlichen Bereich zuzuordnen, bei dem nicht die Interessen der EigentümerInnen (Shareholder) im Vordergrund stehen sollen, sondern die Anliegen aller Betroffenen (Stakeholder): KundInnen, ZulieferInnen, MitarbeiterInnen, AnrainerInnen, Betriebe und Haushalte einer Region, sonstige Dritte, Umwelt und letztlich die Allgemeinheit. Energieunternehmen werden den Anliegen der Allgemeinheit dann gerecht, wenn sie im öffentlichen Interesse auf mögliche Renditen und Dividenden verzichten können. Und wenn sie ihre Unternehmensstrategie primär gegenüber der Öffentlichkeit als EigentümerIn verantworten und nicht mit den (berechtigten) Rentabilitätsinteressen privater Investoren in Einklang bringen müssen.

## Österreichischer Nachkriegskonsens

In Österreich einigte sich die Politik daher bereits im Jahr 1947 darauf, dass die Stromversorgung – de facto auch die Gasversorgung – im öffentlichen Eigentum liegen soll. Damals wurde das öffentliche Eigentum am Verbund und den neun Landesstromversorgern verfassungsrechtlich abgesichert (2. Verstaatlichungsgesetz). Gleichzeitig wurde auch die Struktur der österreichischen

Stromwirtschaft mit dem Gesetz festgeschrieben: die Verbundgesellschaft mit bundesweiten Aufgaben und neun Landesgesellschaften für die Versorgung der Bundesländer. Diese Struktur besteht im Wesentlichen bis heute.

In den 1980er-Jahren begann in den Industriestaaten eine Phase der Privatisierung und Liberalisierung des Energiesektors. So erfolgte auch in Österreich die bisher größte Zäsur des verfassungsrechtlichen Nachkriegskonsens der öffentlichen Stromwirtschaft. Der politische Wunsch nach einer Teilprivatisierung des Verbunds wurde zum Anlassfall für die Novelle des 2. **Verstaatlichungsgesetzes** im Jahr 1987. Seitdem ist nur noch ein Mehrheitseigentum an Verbund und Co verfassungsrechtlich verankert: Mindestens 51 Prozent des Verbunds müssen im Eigentum des Bundes stehen, bei den Landesgesellschaften müssen mindestens 51 Prozent direkt oder indirekt von Gebietskörperschaften gehalten werden.

## Stromversorger heute

Bereits im Jahr 1988 wurde der Verbund im Zuge eines Börsengangs zu 49 Prozent „privatisiert“. Dieser privatisierte Anteil befindet sich derzeit im Eigentum der EVN und Wien Energie (gemeinsam 25 Prozent), Tiwag (ca. 5 Prozent) und in Streubesitz (ca. 20 Prozent). Von den Landes-Energieversorgern stehen nur noch die Wien Energie und die Tiroler Tiwag zu hundert Prozent im öffentlichen Eigentum. Bei den anderen Landes-Energieversorgern wurden Teil-

privatisierungen in mehr oder weniger großem Umfang und mit unterschiedlichen Beteiligungsstrukturen durchgeführt. Stark ausgeprägt sind dabei Querbeteiligungen der Landesversorger untereinander. Das heißt, die sogenannten Privatisierungen waren zum Großteil lediglich Veräußerungen an andere öffentliche Energieversorger.

Die größten „echten“ Privatbeteiligungen bei Landesversorgern gibt es derzeit in Oberösterreich, Niederösterreich, in der Steiermark und in Kärnten. Bei der oberösterreichischen Energie AG hält die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich rund 14 Prozent der Anteile, rund 10 Prozent befinden sich in Streubesitz. Bei der niederösterreichischen EVN sind 16,5 Prozent in privatem Streubesitz, rund ein Drittel der Anteile hält der deutsche Energiegigant EnBW. Dieser befindet sich zwar im öffentlichen Eigentum, ist aber wohl eher an Renditen als an einem „Stakeholder-Value“ der EVN interessiert. Ebenso verhält es sich bei der Beteiligung (25 Prozent plus eine Aktie) des französischen Staatskonzerns EDF an der Energie Steiermark. Und auch bei der Kärntner Kelag hat sich ein europäischer Energiegigant eingekauft: die mehrheitlich in Privateigentum stehende deutsche RWE, die circa 13 Prozent der Kelag-Anteile direkt hält und auch noch mit 49 Prozent an der Kärntner Energieholding beteiligt ist, die wiederum 51 Prozent der Kelag-Anteile hält.

Dass auch der Verbund zu einem kleinen Teil (ca. 20 Prozent) in privater Hand ist, scheint für den Verbund-



Mehr als die Hälfte der in Österreich installierten Windkraftleistung ist in privatem Besitz.

CEO Wolfgang Anzengruber Grund genug zu sein, um eine öffentliche Verantwortung seines Unternehmens in Abrede zu stellen: „Es ist nicht unsere Aufgabe, die Versorgungssicherheit in ganz Österreich zu garantieren. Der Verbund wird betriebswirtschaftlich geführt und ist keine Non-Profit-Organisation“ („Wirtschaftsblatt“ vom 12. August 2014). Dies ist eine bemerkenswerte Aussage für ein Unternehmen, das zu 51 Prozent im Eigentum der Republik steht und gleichzeitig das österreichische Übertragungsnetz sein Eigen nennt.

### Energiewende wohin?

Die Rücksichtnahme der öffentlichen Stromversorger auf das gesamtgesellschaftliche Interesse wird nicht allein durch das unternehmerische Selbstverständnis von Vorständen untergraben. Auch wenn der Ökostrom-Anteil in Österreich verhältnismäßig klein ist, ändern sich durch seinen forcierten Ausbau die Strukturen in der Stromerzeugung. Die großen öffentlichen Unternehmen verlieren Stromerzeugungs-Anteile an eine Vielzahl neuer ÖkostromproduzentInnen. BefürworterInnen dieser Entwicklung sprechen hier gerne von einer „Energiewende von unten“ oder einem „Siegesszug der Bürgerenergie“. Dabei gehen sie davon aus, dass durch die dezentralen Erzeugungsstrukturen eine ebenso dezentrale EigentümerInnenstruktur entsteht. Geprägt ist die EigentümerInnenstruktur demnach von einer Vielzahl an Privatpersonen und -initiativen.

Stimmt dieses Bild tatsächlich? Eins gleich vorweg: Belastbares Zahlenmaterial dazu gibt es in Österreich nicht. Bei der Photovoltaik sagt der Hausverstand, dass es in erster Linie BesitzerInnen von Einfamilienhäusern, die Landwirtschaft und Gewerbebetriebe sind, die am Ausbau-Boom teilnehmen. Und auch jene Menschen, die sich an einer BürgerInnen-Solaranlage beteiligen. Bei Biogas- und Biomasseanlagen sowie Kleinwasserkraftwerken liegt der Verdacht nahe, dass primär land- und forstwirtschaftliche Betriebe die Anlagen betreiben. Einzig bei der Windkraft liegen Daten zur EigentümerInnen-Struktur vor. Laut IG Wind – der Interessengemeinschaft der Windkraftbetreiber – finden sich lediglich die Energie Burgenland, die EVN und der Verbund als öffentliche Stromversorger unter den zehn größten Anlagenbetreibern. Diese drei Stromversorger verfügen über knapp 37 Prozent der gesamten Windkraftleistung in Österreich. Die sieben übrigen großen Betreiber sind private Windkraftunternehmen. Sie verfügen über rund 53 Prozent der installierten Windkraftleistung in Österreich.

Im Gegensatz zu Österreich liegen aus Deutschland Zahlen zur EigentümerInnenstruktur von Ökostrom-Anlagen vor. Laut Analyse von Trendresearch – einem deutschen Marktforschungsunternehmen – standen im Jahr 2012 rund 35 Prozent der Ökostrom-Anlagen im Besitz von Privatpersonen (gemessen an der gesamten installierten Leistung). Das Gewerbe hatte einen Anteil von rund 14 Prozent, Landwirte 11 Prozent, Fonds/Banken knapp 13

Prozent. Die absolute Überraschung bei diesen Zahlen: Energieversorgungsunternehmen haben laut Trendresearch-Auswertung nur einen Anteil von knapp 12 Prozent. Interessant ist, dass bei den Anlagen, die im Jahr 2012 neu gebaut wurden, der Anteil der Privatpersonen auf 17 Prozent schrumpft. Der Anteil des Gewerbes bei den Neuanlagen steigt hingegen deutlich, nämlich auf knapp ein Drittel. Und auch Fonds/Banken mischen bei Neuanlagen mit 16 Prozent stärker mit.

Aufgrund der (privaten) EigentümerInnenstruktur bei Ökostrom-Anlagen muss davon ausgegangen werden, dass primär erwerbswirtschaftliche Interessen – also Renditeerwartungen – die Unternehmensstrategien prägen. Diese These bestätigte denn auch Andreas Dangl, Chef eines der größten privaten Windkraftunternehmen in Österreich (WEB). Im Wirtschafts magazin „Trend“ (März 2013) erklärte er: „Es ist eine angenehme Art, Geld zu verdienen. Immerhin sind unsere Umsätze staatlich garantiert.“

---

Internet:

Studie: Barbara Hauenschild, Susanne Halmer: Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU, ÖGPP, Wien; März 2014  
[tinyurl.com/lyzubh8](http://tinyurl.com/lyzubh8)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[dominik.pezenka@akwien.at](mailto:dominik.pezenka@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Auszeit für die Steckdose

*Mit Muskelkraft und Sonnenstrahlen werden Gegenstände bewegt, geladen oder zum Leuchten gebracht.*

Sophia Fielhauer-Resei  
Freie Journalistin

**D**ie Energie kommt aus den Wäldern. Zwei Fahrräder lassen das „Karussell der Fundgegenstände“ kreisen, Eltern strampeln, während ihre Kinder etwa in einer zum Flugzeug umgestalteten Ölkanne und einer zum flotten Rennboot gewordenen alten Wanne sitzen, in einem riesenhaften Vogelkäfig und auf einem ausrangierten Dreirad. Sperrmüll – liebevoll mit neuem Leben bedacht. Kein Stück wurde gekauft – auch das ist einer der guten Gedanken hinter dem stromlosen Karussell.

## Spielerische Kritik

Kommende Weihnachten wird es zum dritten Mal auf dem Karlsplatz seine Runden drehen, gemeinsam mit dem „Draisinen-Express“. Er ist ebenso stromlos und läuft auf Schienen – vier Fahrrad- und zwei Pump-Draisinen werden den Kleinen zur Verfügung stehen.

Ein Signal für Nachhaltigkeit, eine „spielerische Kritik“ an der Wegwerfgesellschaft, wie der Künstler Stefan Novak vom Theaterverein Mowitz ([www.mowitz.at](http://www.mowitz.at)) sagt. Die Idee zum einzig durch Muskelkraft betriebenen Karussell stammt von ihm. Gemeinsam mit dem Messermacher ([www.messerei.at](http://www.messerei.at)) Stefan Herzina hat er ein ganzes Jahr hindurch gearbeitet. Allein die Planung und die Statik haben viel Zeit verschlungen. „Den ganzen Aufbau aus Mist zu machen und den Sperrmüll zu kombinieren war sehr aufwendig“, berichtet der gelernte Feinmechaniker

Herzina. Mittlerweile gibt es bereits Nachahmer, doch ärgern kann er sich nicht so recht: „Karussells gibt es schon so lange und geistiges Gedankengut zu schützen ist schwer.“ Die ursprüngliche Idee eines zentralen Motors, der mittels Kurbel betrieben wird, wurde verworfen. „Das hätte jeden Rahmen gesprengt“, erklärt Herzina. Dass Fahrräder eine wichtige Rolle in den Konstruktionen der beiden Sperrmüllartisten spielen, liegt auch in der Vernetzung mit dem Radl-Salon ([www.radl-salon.at](http://www.radl-salon.at)). Stefan Herzina: „Es ist auch der Zeitgeist, etwas stromlos zu betreiben.“

## Pure Handarbeit

Kurbeln für den guten Zweck: Eine Minute drehen versorgte ab 2005 den von Nicholas Negro Ponte erdachten Mini-Laptop XO-1 samt Handkurbel mit zehn Minuten Strom. Geschaffen für Kinder in Entwicklungsländern, setzt das „One Laptop per Child“-Projekt ([one.laptop.org](http://one.laptop.org)) mit seinem aktuellen Modell XO-4 Touch u. a. nun auch auf Solarenergie, zum Tablet XO 3.0 gibt es als Zubehör auch ein Gerät, das Strom per Kurbel erzeugt – für zwei Stunden Akku-Laufzeit muss allerdings mehr als eine Stunde gedreht werden.

Helles Licht bei Dynamo-Taschenlampen erzeugen integrierte Akkus, die mit eigener Muskelkraft aufgeladen werden und LEDs speisen. Bei Kurbel-Taschenlampen wird durch das Drehen Strom erzeugt. Zum Teil sind diese Leuchten auch in andere Geräte integriert – etwa kurbelbetriebene Radios

oder Handyladegeräte. Kaufen kann man sie beim Diskonter, das schwedische Möbelhaus bietet sie in leuchtendem Rot knapp unter fünf Euro an, außerdem sind sie bei Campingausstattern (z. B. [www.falle.at](http://www.falle.at)) und im Internet zu finden. Diebisches Anschleichen ist ausgeschlossen – beim Kurbeln geben die Lampen ein laut surrendes Geräusch von sich.

## Strahlende Kraft

Am FH Campus 02, der Fachhochschule für Wirtschaft in Graz, hat der Obersteirer Stefan Ponsold Innovationsmanagement studiert. Dank der Problemstellung seines Lektors im Bereich Kreativitätstechniken kam der damalige Student 2008 auf eine Idee, die ihm heute international nicht bloß Anerkennung einbringt. „Es ging darum, ein typisches Alltagsproblem umweltfreundlich zu lösen“, erklärt Ponsold. Er machte die leidige Angelegenheit leerer Akkus zum Studienprojekt, tüftelte anfangs an einer iPhone-Hülle aus einer flexiblen Solarzelle, die das Mobiltelefon wieder aufladen sollte. Allein, die für eine Akku-Ladung benötigte Solarpanel-Fläche war zu klein. „Ich habe Prototypen gebaut, eine Lernkurve hingelegt, die Fläche vergrößert.“ Das war die Initialzündung für die Gründung seines Unternehmens SunnyBAG ([www.sunnybag.at](http://www.sunnybag.at)). Von diversen Rucksäcken über Umhängetaschen aus Leder bis hin zu Taschen aus Lkw-Planen reicht das Angebot. Alle Produkte sind mit Solarpanelen – ansonsten auch auf Dachanlagen zu fin-



Bei Kurbel-Taschenlampen wird durch das Drehen Strom erzeugt. Batterien erübrigen sich damit.

den – ausgestattet, die Sonnenenergie in elektrische Energie umwandeln.

Was über einen USB-Anschluss geladen werden kann – etwa Handys, Tablets, Digitalkameras, GPS- und Satellitengeräte etc. –, wird umweltfreundlich mit Sonnenenergie betrieben. „Rückschläge gab es durchaus“, sagt der 30-Jährige, „in den letzten vier Jahren seit der Gründung betreten wir sehr viel Neuland, davor hat es so etwas nicht gegeben. Diversifikation, die Einführung eines neuen Produktes und gleichzeitig eines neuen Marktes, ist das Schwierigste. Aber solche **Blue Oceans** sind gleichzeitig auch das Schönste.“

Stefan Ponsold kann sich mittlerweile über mehr als 10.000 verkaufte Taschen freuen und arbeitet eng mit Hilfsorganisationen zusammen. „Wenn sich die Herstellungskosten decken, sind wir schon froh.“ Für Ärzte ohne Grenzen Österreich wurden eigene Rucksäcke und Umhängetaschen entworfen, ebenso für die UN, eine Kooperation besteht auch mit dem Projekt Lady Lomin im Südsudan ([www.ladylomin.org](http://www.ladylomin.org)). „In dem Dorf gibt es keinerlei Energieversorgung. Die Frauen haben mit den Taschen die Möglichkeit, ihre Mobiltelefone und ihre Notebooks zu laden und zu arbeiten.“ Allerdings bleiben die sonnigen Taschen dem zivilen Nutzen vorbehalten: „Wir beliefern keine Militärs, weil wir mit unseren Produkten etwas Positives erreichen wollen. Und Ressourcen, die von einem anderen Stern kommen – in diesem Fall von der Sonne –, wollen wir nicht missbrauchen, um Partei für politische Auseinandersetzungen zu ergreifen.“

Solar-Radios und Straßenlampen, die sich tagsüber aufladen und nachts leuchten, oder etwa solarbetriebene Sensoren, die Waldbrände erkennen: Sie sind in Planung. Seit Anfang 2013 leitet das Institut für **Sensor- und Aktuatorssysteme** der TU Wien das von der EU geförderte Projekt „SolarDesign“ – hier treffen technologische Forschung, Architektur und Design aufeinander. Geforscht wird nicht allein mit kristallinen Solarzellen auf Siliziumbasis, sondern vor allem mit Dünnschichtzellen aus Kupfer, **Indium**, **Gallium** und Selen – da sie leicht und biegsam sind, können sie auch auf Textilien eingesetzt werden.

### Abenteuer mit Sonne

Lucy Lynn ist Bergwanderführerin und Outdoorpädagogin ([www.lucylynn.com](http://www.lucylynn.com); [www.facebook.com/abenteuer.mensch](http://www.facebook.com/abenteuer.mensch)) – und sie liebt das Freie. Drei Jahre lang lebte sie in einem VW-Campingbus und reiste damit quer durch Europa. „Da wir um Campingplätze meist einen großen Bogen gemacht haben und das Übernachten abseits der Zivilisation bevorzugt haben, hatten wir oft keinen Strom“, berichtet die gebürtige Wienerin. Kocher und Heizung wurden mit Gas betrieben, der Strom kam teils aus der zweiten Autobatterie, die immer wieder einmal aufgeladen wurde. „Für das Laden unserer Mobiltelefone, die für uns ja wirklich wichtig waren – nicht nur, um wieder mal den Abschleppservice bei unserem alten Auto anzurufen –, haben wir zusätzlich auf Sonnenenergie vertraut.“

Heute verwendet die Outdoorpädagogin auf ihren Wanderungen und Trekkingtouren ein mobiles, zusammenfaltbares Solarpanel. „Es handelt sich um ein reines 12-V-System, das sich jedoch mittels Adapter zu einem 5-V-System umkonfigurieren lässt. Somit kann ich entweder 12-V-Batterien aufladen – im Winter etwa zur Ladeerhaltung – wie auch mein Smartphone, Powerbanks und das GPS-Gerät. Es verfügt über einen USB-Anschluss und mehrere Adapter.“ Lynns Gerät lässt sich gut transportieren und befestigen, ist mit diversen Karabinern und Bändern ausgestattet – ideal für Rucksack, Fahrrad oder Zelt Dach. Tipp: „Wenn die Sonne nicht scheint, die Geräte also keine Sonnenstrahlen auffangen, bleibt nur mehr ein Zehntel der Maximalleistung zur Verfügung. Ein iPhone zu laden dauert rund 15 Stunden, also zwei ganze Tage. Deshalb rate ich zum Einsatz einer Powerbank – sie kann bei Sonnenschein ein Vielfaches der Kapazität eines Handy-Akkus speichern und bei Schlechtwetter an die angeschlossenen Geräte abgeben.“

Internet:

Max-Planck-Filme:

„Die Sonne: Der Stern, von dem wir leben“  
[www.mpg.de/7049356/sonne\\_grundlagen](http://www.mpg.de/7049356/sonne_grundlagen)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an die Autorin  
[sophia.fielhauer@chello.at](mailto:sophia.fielhauer@chello.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Mit Sicherheit energieverorgt

*Investitionen in die Energie machen sowohl für KonsumentInnen als auch für die österreichische Wirtschaft Sinn.*

**Martin Graf**

*Vorstand der Energie-Control Austria*

**D**as Thema Energie ist in aller Munde. Ob es um hohe Strompreise, unrentable Gaskraftwerke, die Schaffung von Energiereserven oder den Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine geht: Es vergeht kaum ein Tag, an dem darüber nicht in den Medien, in wissenschaftlichen Fachkreisen oder in der Politik beraten oder gar gestritten wird.

Sicherheit der Strom- und Gasversorgung bedeutet: Es soll eine möglichst sichere, preisgünstige, VerbraucherInnen-freundliche, effiziente und umweltverträgliche Versorgung der Allgemeinheit mit Strom und Gas gewährleistet werden. Dabei müssen sehr unterschiedliche Aspekte berücksichtigt werden. So ist eine österreichische Energiepolitik sicherlich nicht losgelöst vom europäischen Rahmen denkbar. Auch muss die Frage aufgeworfen werden, inwieweit es bei dem derzeit bestehenden Strommarkt bleiben soll oder ob nicht zusätzlich ein neuer Markt für das bloße Bereitstellen von Erzeugungskapazitäten geschaffen werden sollte.

## Sicher und störungsfrei

Grundsätzlich gilt, dass die Strom- und Gasversorgung rund um die Uhr nur dann sicher und störungsfrei ist, wenn stets ausreichende und angemessene Kapazitäten für die Erzeugung und Verteilung zur Verfügung stehen. Eine kurzfristig wie langfristig zuverlässige und stabile Strom- und Gasversorgung zeichnet sich

durch zwei Elemente aus: Einerseits müssen genug wetterunabhängige Kraftwerkskapazitäten zur Verfügung stehen, andererseits braucht es ein leistungsstarkes und „intelligentes“ Strom- und Gasnetz. Eine sinnvolle Strategie muss zudem berücksichtigen, dass konventionelle Kraftwerke bei der Stabilität des Stromnetzes weiterhin eine wichtige Rolle spielen können. Diese können nämlich jederzeit zuverlässig und flexibel Strom erzeugen.

Was die Sicherheit der Strom- und Gasversorgung betrifft, steht Österreich im internationalen Vergleich gut da. Um die Versorgungssicherheit auch in Zukunft gewährleisten und noch weiter steigern zu können, wird diese kontinuierlich von der Energie-Control (E-Control) überwacht. Sie beobachtet das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nach Strom und Gas auf dem heimischen Markt, die in Planung und Bau befindlichen Kapazitäten sowie die Maßnahmen zur Abfederung von Nachfragespitzen, die etwa ein kalter Wintertag auslösen kann. Sie erstellt Prognosen zur Entwicklung der Nachfrage und setzt diese in Verhältnis zum verfügbaren Angebot an Kraftwerksleistung. Und sie erhebt die Qualität und Wartung der heimischen Strom- und Gasnetze sowie die geplanten Netzausbau- und Modernisierungsmaßnahmen in einem regelmäßig aktualisierten Netzentwicklungsplan.

Diese Erhebungen zeigen, dass Österreich gut versorgt ist und allfällige, kurzfristig auftretende Stromausfälle vor allem durch das Wetter verursacht werden, sei es Regen, Schnee, Sturm oder Gewitter. Auch langfristig ist der

heimische Strom- und Gasmarkt gut aufgestellt: Obwohl zuletzt mehrere unrentable, fossile Kraftwerke stillgelegt wurden, sind in Österreich bis zum Jahr 2025 keine Versorgungsprobleme zu erwarten – eine Einschätzung, die im Übrigen auch von der Vereinigung der europäischen Übertragungsnetzbetreiber **ENTSO-E** geteilt wird.

## Förderung für Kapazitäten?

Kapazitätsmärkte: So heißt ein anderes Schlagwort, das vor allem von Energieunternehmen vorangetrieben wird. Ihr Wunsch ist es, für die bloße Bereitstellung von Kraftwerksleistung vergütet zu werden – und zwar unabhängig davon, ob der Bau eines neuen Kraftwerks überhaupt wirtschaftlich sinnvoll gewesen wäre ... Schon seit der Liberalisierung der Strommärkte in Europa wird darüber diskutiert, ob Stromerzeuger allein durch den Verkauf von Strom am Großhandelsmarkt (dem sogenannten Spotmarkt) ihre Investitionskosten decken können (wie derzeit in Österreich üblich) oder ob nicht zusätzliche Zahlungen für die Bereitstellung von Kapazitäten benötigt werden.

Eine solche zusätzliche Vergütung würde allerdings einen erheblichen Eingriff in das derzeit gültige Marktdesign bedeuten und den Markt somit grundlegend verändern. Vielfach steckt hinter der Forderung lediglich der Wunsch nach Refinanzierung von entstandenen Investitionskosten für unrentable Kraftwerke. Dies ist aus mehreren Gründen abzulehnen: Die faktische Irreversibilität, die Vergütung hätte tendenziell negative Auswirkungen auf Kosten, Investitionen

und Flexibilitätsoptionen; nicht zuletzt würden damit etablierte, effiziente und länderübergreifende Marktmechanismen zur Vermeidung von regionalen Engpässen außer Kraft gesetzt. Zudem erscheint es angesichts der Anstrengungen zur Schaffung eines gemeinsamen EU-Binnenmarktes kontraproduktiv, einzelstaatliche Erzeugungsmärkte zu schaffen.

Sinnvoll erscheint vielmehr eine andere Strategie, und zwar eine kurzfristige Absicherung der Versorgungssicherheit zu schaffen. Als Vorbild könnte die deutsche Reservekraftwerksverordnung dienen. Diese verpflichtet Kraftwerksbetreiber dazu, eine geplante Stilllegung von Kraftwerken bestimmten Behörden anzuzeigen, in Österreich könnten diese Funktion die Energie-Control und der Übertragungsnetzbetreiber, Austrian Power Grid AG, übernehmen. Um regionale Engpässe zu vermeiden, sollte bei systemrelevanten Kraftwerken die Möglichkeit geschaffen werden, diese gegen eine angemessene Kostenerstattung in Betrieb zu halten.

Auch im Gasbereich ist Österreich in einer komfortablen Position. Es hat im internationalen Vergleich sehr große Speicherkapazitäten, die sogar mehr als den Jahresverbrauch decken. Aus den Gaskrisen 2006 und 2009 wurden sowohl auf heimischer als auch europäischer Ebene zahlreiche Lehren gezogen und entsprechende Verbesserungen durchgeführt. So wurden beispielsweise grenzüberschreitende Krisenvorsorgemechanismen weiterentwickelt, zusätzliche Speicherkapazitäten aufgebaut und Transportnetze flexibilisiert. Aufgrund dieser Maßnahmen sowie der aktuellen Preisentwicklung von Gas auf internationalen Handelsplätzen, die auch trotz des derzeitigen Konfliktes in der Ukraine keine Knappheitssignale zeigen, ist weiterhin eine gewohnt zuverlässig hohe Versorgungssicherheit im Gasbereich gegeben.

Dennoch gilt es, auch in Zukunft Maßnahmen zur stärkeren Vernetzung des europäischen Strom- und Gasnetzes voranzutreiben und Back-up-Mechanismen zur Sicherung der heimischen Energieversorgung aufzubauen. Auf europäischer Ebene wurden dazu 248 sogenannte transeuropäische Projekte gemeinsamen Interesses (PCI) identifiziert,

die in weiterer Folge von speziellen Förderungen und schnelleren Genehmigungsverfahren profitieren. Zudem stehen mit günstigen großvolumigen und langfristigen Investitionsdarlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) auch zusätzliche Finanzierungsmittel zur Verfügung, um dringend notwendige Aus- und Neubaumaßnahmen in der Energieinfrastruktur umzusetzen. Angesichts eines Investitionsvolumens von knapp 8,7 Milliarden Euro in Österreich bis zum Jahr 2020 gilt es – wie auch im aktuellen Regierungsprogramm vorgesehen –, günstige europäische Finanzierungsmittel zu nutzen und so die Kostenbelastungen für heimische Strom- und GaskundInnen zu minimieren. Denn je niedriger die Kosten für den Finanzierungsaufwand, desto geringer sind auch die Netztarife, die von jedem/jeder VerbraucherIn zu bezahlen sind. Ein günstiger Netzausbau schon mit einem Wort die Geldbörse der EnergiekonsumentInnen.

Angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Situation gilt es auch, die konjunkturstimulierende Wirkung von Investitionen in die Energieinfrastruktur hervorzuheben. So wurden in der Steiermark und im Burgenland durch den 150 Millionen Euro teuren Bau der 380-kV-Steiermark-Leitung zusätzliche regionale Wertschöpfungseffekte von 55 Millionen Euro erzielt. Durch das Vorziehen von in den nächsten Jahren ohnehin notwendigen Erneuerungs- und Ausbaumaßnahmen könnten nach Berechnungen der Energie-Control rund 65.000 Vollzeit-arbeitsplätze vor allem in der Elektronikbranche und der Bauwirtschaft geschaffen werden. Zusätzlich geschaffene Wertschöpfungseffekte würden knapp 5,4 Milliarden Euro betragen und zu einem Großteil den jeweiligen Regionen zugutekommen.

Internet:

Mehr Infos unter:

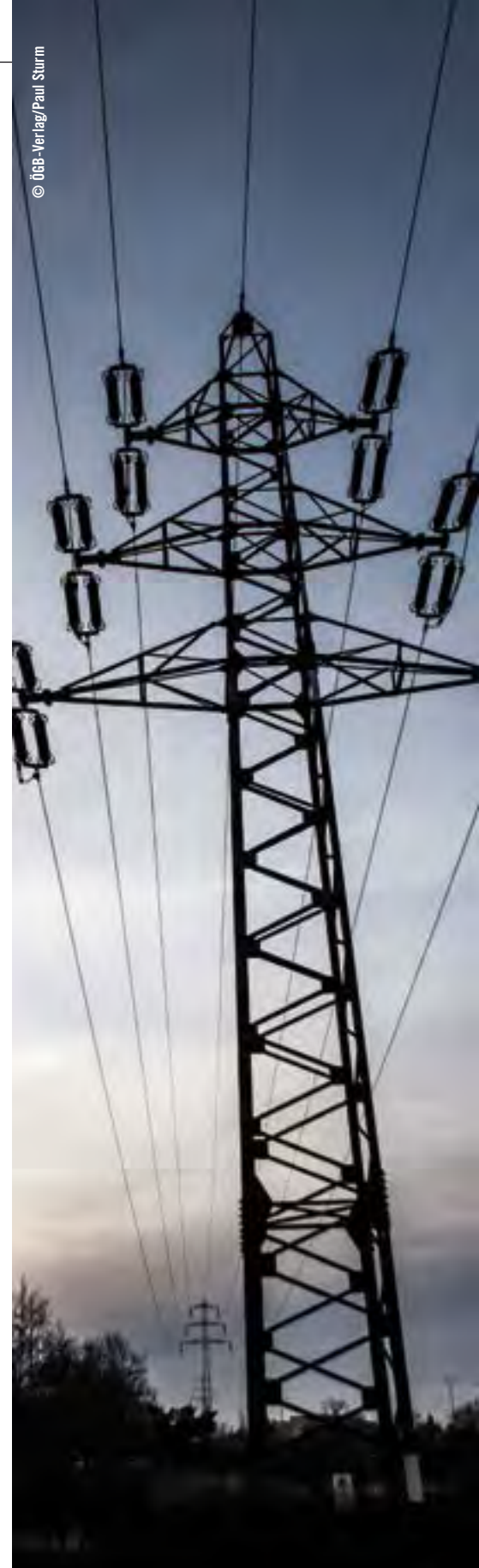
[www.e-control.at/de/home](http://www.e-control.at/de/home)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor

[martin.graf@e-control.at](mailto:martin.graf@e-control.at)

oder die Redaktion

[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



Eine zuverlässige und stabile Strom- und Gasversorgung zeichnet sich dadurch aus, dass wetterunabhängige Kraftwerkskapazitäten zur Verfügung stehen, außerdem braucht es leistungsstarke und „intelligente“ Netze.

# Smarte KonsumentInnen

*Energieverbrauch und Energiekosten privater Haushalte steigen kontinuierlich an. Die Politik dreht nun an vielen Schrauben für mehr Energiebewusstsein.*

Irene Steindl  
Freie Journalistin

Seit 2008 erhebt die Arbeiterkammer die Preisentwicklungen von ausgewählten Strom- und Erdgaslieferanten und vergleicht die Großhandelspreise mit jenen für HaushaltskundInnen. In diesem Zeitraum sind die Strompreise im Großhandel um 44 Prozent gesunken, für private Haushalte jedoch um durchschnittlich 20 Prozent gestiegen. Ein ähnliches Szenario zeigt sich bei Erdgas. Energie wird somit immer günstiger und zugleich für KonsumentInnen immer teurer. Warum ist das so? AK-Energieexpertin Dorothea Herzele kritisiert, dass Anbieter Preissenkungen nur unzureichend und zeitlich verzögert an die KundInnen weitergeben. Dafür gibt es zwei Erklärungen: Zum einen stehen sie unter wirtschaftlichem Druck, ihre Verluste auszugleichen. Zum anderen haben KonsumentInnen als Einzelpersonen weniger Macht.

KonsumentInnen sind dem Markt allerdings nicht willkürlich ausgeliefert, wie die Aktion „Energiekosten-Stop“ des Vereins für Konsumentinformation (VKI) beweist. Unter dem Motto „Gemeinsam können wir die günstigen Konditionen eines Großkunden bekommen“ hat der VKI TeilnehmerInnen gebündelt und so einen günstigeren Energietarif ausverhandelt. Mehr als 260.000 Personen haben an der Aktion teilgenommen. „Die Initiative hat den Wettbewerb unter den Anbietern angekurbelt und die Platzhirsche am Markt, die es sich

für immer gemütlich machen wollten, aufgerüttelt“, erzählt Christian Kornherr vom VKI. Mehr Wettbewerb ist die Zauberformel zahlreicher EnergieexpertInnen, mit der faire Preise für KonsumentInnen am Markt erzielt werden können. Daher war es auch Ziel der VKI-Aktion, EnergiekundInnen zu einem Anbieterwechsel zu motivieren. Während jeder zweite Industriekunde seit der Strom- und Gasliberalisierung vor mehr als zehn Jahren den Anbieter gewechselt hat, waren es bei den PrivatkundInnen seither nur 13 Prozent. KonsumentInnen verzichten dadurch auf bis zu 100 Euro Ersparnis im Jahr, bedauert Kornherr. Die Aktion des VKI hat jedenfalls Bewegung auf den Markt gebracht, weiß Martin Graf, Vorstandsmitglied der E-Control. Nicht nur Vereine wie der VKI können als Großkunde auftreten, auch Privatpersonen können sich zusammenschließen, um bessere Tarife zu verhandeln.

## Den besten Energiepreis finden

Um den Anbieter zu wechseln oder sich über günstige Energiepreise zu informieren, müssen KonsumentInnen zunächst wissen, welchen Anbieter und welches Produkt sie bisher hatten und wie hoch ihr Strom- und Gasverbrauch ist. Diese Informationen sind auf der Strom- und Gasrechnung ausgewiesen. Über den Tarifkalkulator der E-Control kann man sich das beste Angebot je nach persönlichen Bedürfnissen errechnen. So kann beispielsweise zwischen erneuerbaren und fossilen Energieträgern ausgewählt

### BUCHTIPP

Roger Hackstock:

#### **Energiewende**

Die Revolution hat schon begonnen

Kremayr und Scheriau, 2014

224 Seiten, € 22,00

ISBN: 978-3-218-00909-6



**Bestellung:**

[www.besserewelt.at](http://www.besserewelt.at)

werden oder zwischen Anbietern mit Preisgarantie oder mit variablen Preisen. Der Tarifkalkulator listet alle Strom- und Gaslieferanten in Österreich auf, deren Angaben durch die E-Control kontrolliert werden. Bei einem Wechsel der Energieanbieter bieten Strom- und Gasunternehmen meist einmalige Rabatte. „Je häufiger die Anbieter gewechselt werden, desto günstiger wird es für KonsumentInnen“, so Kornherr. Wer sich lieber persönlich informiert, kann auf die Energie-Hotline oder auf persönliche Beratungen der E-Control zurückgreifen. Für Martin Graf, Vorstandsmitglied der E-Control, beruhen viele Ängste auf fehlendem Wissen über Möglichkeiten und Rechte von KonsumentInnen. Die Europäische Union hat 2011 die Rechte von EnergiekonsumentInnen durch EU-Richtlinien massiv gestärkt. Sie haben beispielsweise das Recht, bei Preiserhöhungen den Lieferanten zu wechseln oder zu erfahren, aus welchen Energieträgern ihr Strom kommt – also aus fossiler, atomarer oder erneuerbarer Energie. In Österreich werden bereits 34 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien gewonnen.



**Private profitieren von der Liberalisierung bislang weniger als Unternehmen. Sie sind dem Markt aber nicht willkürlich ausgesetzt.**

Doch das Öko-Mascherl am Strom hat nicht nur Sonnenseiten für KundInnen und den Energiemarkt. „Um die Klima- und Energieziele Europas zu erreichen, ist der Ausbau erneuerbarer Energien wichtig“, betont Herzele von der AK. Gleichzeitig müsse aber das Energiesystem als Ganzes betrachtet werden. Ein nachhaltiges System bedeute auch, dass es marktfähig ist. Zahlreiche Anlagen, die erneuerbare Energie erzeugen, überleben nur dank der Förderungen. Martin Graf spricht vom „Deckmantel der Ökologie“. War das Energiesystem früher vor allem von zentralen, thermohydraulischen Großanlagen wie Wärme- oder Wasserkraftwerken geprägt, gibt es nun etliche kleine und dezentrale Anlagen.

### „Prosumers“

Die Förderungen von Ökostrom haben aus KonsumentInnen „Prosumers“ (ProduzentInnen und KonsumentInnen) gemacht, vor allem bei der Gewinnung von Strom aus Sonnenkraft, also Photovoltaik. Dabei handle es sich meist um Personen mit höherem Einkommen, die sich mithilfe staatlicher Förderungen Anlagen zur Stromgewinnung leisten. Die Zusatzkosten, die dadurch entstehen, zahlen vor allem die privaten Haushalte. Denn zum Teil wird über Photovoltaikanlagen zur Mittagszeit mehr Strom erzeugt und ins öffentliche Stromnetz eingespeist, als verbraucht wird. Strom lässt sich aber nicht speichern, weshalb mit Ausgleichsenergie gegengesteuert werden muss, um das System stabil zu halten. Das kommt teuer. Eine positive Errungenschaft: Für einkom-

mensschwache Haushalte ist der Ökoförderbeitrag mit 20 Euro jährlich gedeckelt – analog den Kriterien zur GIS-Befreiung.

Da der Energieverbrauch europäischer Haushalte entgegen der politischen Ziele stetig steigt, setzt die EU vermehrt auf Technikeinsatz. Die EU-27 haben beschlossen, bis zum Jahr 2020 80 Prozent der europäischen Haushalte mit intelligenten Messgeräten, den sogenannten „Smart Metern“, auszustatten. Österreich möchte schon 2019 95 Prozent der Haushalte mit Smart Metern ausgestattet wissen. Alle 15 Minuten sollen die Energieverbrauchsdaten gemessen und an die Versorgungsunternehmen weitergeleitet werden. Mit diesen Informationen können Stromanbieter zielgruppenspezifische Tarife anbieten, zum Beispiel günstigere Preise außerhalb der Spitzenzeiten. Doch nicht alle Menschen sind zeitvariabel und können ihren Alltag an günstigere Stromtarife anpassen. Zudem haben zahlreiche AkteurInnen datenschutzrechtliche Bedenken geäußert. Für Andreas Krisch, Mitglied des **Datenschutz-Rats**, sind Smart Meter schon lange Thema. Er kritisiert ebenso wie AK und VKI den Zwang zur Einführung und weist vehement auf möglichen Datenmissbrauch hin. Krisch: „Die Daten sind sehr aussagekräftig. Sie können Aufschlüsse über das Kochverhalten, die Warmwassernutzung und die Art der verwendeten Elektrogeräte geben.“ Laut Krisch ist Österreich noch nicht auf diese Umstellung vorbereitet. In Oberösterreich laufen zwar bereits Pilotprojekte, die Messgeräte sind jedoch nicht standardisiert und es fehle laut Krisch an technischen Vorgaben und entsprechender

Datensicherheit. KonsumentInnen haben aufgrund der datenschutzrechtlichen Bedenken das Recht auf Opt-out, eine Ausstiegsoption, bekommen. Sie können also „Nein“ zu den Smart Metern sagen – eine für DatenschutzrechtlerInnen positive Entwicklung. Krisch wünscht sich aber noch Nachbesserungen. So ist unklar, wie sich das Opt-out tatsächlich auswirkt. Bleiben dann die herkömmlichen Messgeräte bestehen oder werden Smart Meter mit eingeschränkter Nutzung installiert? Fest steht, dass KonsumentInnen zunehmend zu aktiven und bewussten VerbraucherInnen werden, die den Wettbewerb ankurbeln und günstigere Strompreise erzielen können. Derzeit wird an vielen Schrauben gleichzeitig gedreht, um Energiekonsum und EnergiekonsumentInnen anzunähern. Welche Entwicklungen dadurch in Gang gesetzt werden, ist schwer prognostizierbar.

Internet:

AK Energiepreismonitoring (Juli 2014)  
[tinyurl.com/pt9qr8e](https://tinyurl.com/pt9qr8e)

Aktion „Energiekosten-Stop“ des VKI  
[www.energiekosten-stop.at](http://www.energiekosten-stop.at)

Tarifkalkulator der E-Control  
[www.e-control.at/haushalts-tarifkalkulator](http://www.e-control.at/haushalts-tarifkalkulator)

Zertifizierter Strom aus 100 %  
erneuerbaren Energieträgern  
[tinyurl.com/nqjrnl](https://tinyurl.com/nqjrnl)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[steindlirene@gmail.com](mailto:steindlirene@gmail.com)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Essen oder heizen?

*Energiearmut lässt sich durch Spendenaktionen teilweise mindern. Um sie wirklich zu verhindern, sind gezielte Maßnahmen von Politik und Energieversorgern nötig.*

**Astrid Fadler**  
Freie Journalistin

**F**rau M., Verkäuferin und alleinerziehend, kämpft seit ihrer Scheidung um die Existenz: „Seit drei Jahren habe ich keine Energie zur Verfügung. Die Zähler sind seit Langem abmontiert. Meine zwei Söhne und ich behelfen uns mit Kerzen und Gaskocher. Wir können uns zu Hause nicht waschen, weil wir kein Warmwasser haben. Zum Heizen verwende ich einen Holzofen.“<sup>1</sup>

Mehr als eine Viertelmillion Menschen in Österreich können es sich nicht leisten, ihre Wohnung angemessen warm zu halten. Viele müssen sich auch bei Warmwasser, Strom und Gas extrem einschränken. „Energiearmut bedeutet die Schwierigkeit oder Unmöglichkeit, seine Wohnstätte angemessen und zu einem korrekten Preis zu heizen sowie über weitere grundlegende Energiedienstleistungen wie Beleuchtung, Verkehr oder Strom für Internet und sonstige Geräte zu einem angemessenen Preis zu verfügen“: So lautet eine der – nicht besonders exakten – EU-Definitionen. Eine allgemein anerkannte Definition gibt es bislang nicht, entsprechend wenige zuverlässige und aktuelle Zahlen gibt es dazu. Der **Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss** empfahl daher im Herbst 2013 unter anderem die Aufstellung europäischer

Indikatoren und die Harmonisierung der Statistiken<sup>2</sup>. Vielfach spricht man von Energiearmut, wenn ein Haushalt mehr als zehn Prozent seines Einkommens für Energie und angemessenes Heizen aufwenden muss.

Laut Statistik Austria haben die einkommensschwächsten Haushalte im Jahr 2009 durchschnittlich 8,3 Prozent ihres Einkommens für Haushaltenergie aufgewendet, 2004 waren es noch 5,6 Prozent. Obwohl die Energiepreise in den vergangenen 40 Jahren deutlich geringer angestiegen sind als das BIP, zeigt die aktuelle Entwicklung, dass die Endverbraucherpreise von 2000 bis 2011 bei Gas und Steinkohle um über 60 und bei Heizöl um 103 Prozent gestiegen sind. Strom und Fernwärme haben sich parallel zum Verbraucherpreisindex entwickelt.

## Mängel bei der Energieeffizienz

Steigende Haushaltskosten bei gleichbleibend niedrigem Einkommen, Einkommensausfälle, Arbeitslosigkeit, psychosoziale Probleme, chronische Krankheiten: Es gibt viele Gründe, warum Menschen ihre Energiekosten plötzlich über den Kopf wachsen. Oft treiben nicht oder ungenügend sanierte Wohnungen die Heizkosten in die Höhe. Aber Energieeffizienzmängel sind nur zum Teil die Ursache für Energiearmut. Wer ein sehr geringes Einkommen hat, ist oft arbeitslos, in Pension oder krank und daher den größten Teil des Tages zu Hause. Dadurch können die Energiekosten im Vergleich zur restlichen Bevölkerung deutlich ansteigen.

## BUCHTIPP

Katholische Sozialakademie Österreichs:  
**Gegen Kälte. Energiearmut in Österreich**

Dossier 09/2012

Wien 2012

36 Seiten, € 5,00 zuzügl. Porto

**Bestellung:**

[www.besserewelt.at](http://www.besserewelt.at)



Rückstände, Mahngebühren, Energieabschaltung etc. bedeuten Stress und können für schlaflose Nächte sorgen. Aber Energiearmut hat noch weitere negative Auswirkungen: Durch nicht ausreichend beheizte Räume kommt es häufiger zu Erkrankungen, ja sogar zu Todesfällen. Chronische Krankheiten wie Asthma können sich – nicht zuletzt durch in ungenügend geheizten Räumen häufig auftretende Schimmelbildung – verschlimmern. Knapp ein Viertel der von Energiearmut Betroffenen sind Minderjährige.

## Sofortmaßnahmen helfen

Vor Kurzem präsentierte der Klima- und Energiefonds (KLI.EN) die Ergebnisse seines österreichweiten Pilotprojekts gegen Energiearmut. Das Österreichische Institut für Nachhaltige Entwicklung hat gemeinsam mit Caritas, der Österreichischen Energieagentur sowie dem Institut für Soziologie und empirische Sozialforschung an der WU Wien eine fundierte Analyse zu den Lebens- und Belastungssituationen betroffener Haushalte erstellt. In Koope-

<sup>1</sup> Wr. Stadtwerke Holding AG: Materialien der Wr. Stadtwerke zur nachhaltigen Entwicklung Nr. 8 – Herausforderung Energiearmut und der Beitrag der Wiener Stadtwerke, Wien 2013.

<sup>2</sup> Stellungnahme des EWSA: Für ein koordiniertes europäisches Vorgehen zur Prävention und Bekämpfung von Energiearmut, Brüssel 2013.

**Mehr als eine Viertelmillion Menschen in Österreich können es sich nicht leisten, ihre Wohnung angemessen warm zu halten.**

ration mit den Caritas-Initiativen „Grätzelertern“, „Stromspar-Check“ und „VERBUND-Stromhilfonds“ wurden 400 einkommensschwache Haushalte persönlich befragt. Über ein Drittel der Befragten wohnen in Wohnungen mit undichten Fenstern, bei fast 50 Prozent war die Eingangstür undicht. In den Haushalten gab es durchschnittlich elf Leuchtmittel, das ist rund ein Viertel der landesüblichen Menge (Österreich-Durchschnitt 40,9 Leuchtmittel/Haushalt). Die Hälfte der Befragten klagte über kalte Wände und Böden, 42 Prozent können weniger Räume heizen, als sie möchten. 83 Prozent macht die Bezahlung der Energierechnung Sorgen, 13 Prozent waren in den vergangenen zwei Jahren von Energieabschaltungen betroffen. Fast die Hälfte der im Projekt befragten Haushalte geben mehr als zehn Prozent ihres Einkommens für Energie aus. In den befragten Haushalten wurden anschließend Energiesparmaßnahmen durchgeführt und evaluiert.

„Nach der Auswertung der Ergebnisse und nach intensiven Gesprächen mit den Stakeholdern haben wir jetzt Empfehlungen für Maßnahmen zur Verringerung von Energiearmut ausgearbeitet“, berichtet ÖIN-Projektleiterin Dr. Anja Christanell.

### Empfohlene Maßnahmen

- » Entwicklung und Finanzierung einer nationalen Strategie gegen Energiearmut unter der Federführung eines relevanten Ministeriums.
- » Niederschwellige und kostenlose Vor-Ort-Beratung kombiniert mit Sofortmaßnahmen.

» Verbot von Energieabschaltungen im Winter in Kombination mit Maßnahmen zur Abschaltprävention.

» Möglichkeit der Beantragung auf Befreiung von verbrauchsunabhängigen Kostenbestandteilen von Strom, Gas und Fernwärme sowie von Energiesteuern für alle energiearmutsbetroffenen Haushalte.

» Einrichtung eines Energieunterstützungsfonds ähnlich dem VERBUND-Stromhilfonds der Caritas.

» Steigerung der Sanierungsquote von Gebäuden und Priorisierung thermischer Sanierungsmaßnahmen unter Berücksichtigung von Energiearmut (Konzentration auf Wohngebiete, in denen sich ein hoher energetischer Sanierungsbedarf mit einer einkommensschwachen BewohnerInnenstruktur überlappt).

### Nachhaltige Maßnahme

„Die thermische Sanierung von Gebäuden ist neben einfacheren Dingen wie dem Wechsel zu energiesparenden Geräten die nachhaltigste Energieeffizienzmaßnahme“, so AK-Energieexperte Dominik Pezenka. „Es werden nicht nur Energieverbrauch und Emissionen reduziert, sondern auch das Raumklima verbessert sich – Stichwort Schimmel. Die thermische Sanierung hat außerdem positive Beschäftigungseffekte. Die derzeitigen Heizkostenzuschüsse sind Symptombekämpfung und machen Betroffene zu Bittstellern.“

Mit 1. Jänner 2015 tritt das neue Energieeffizienzgesetz in Kraft, durch das der Energieverbrauch in Österreich nachhaltig reduziert bzw. ab 2020 stabilisiert werden soll. Die dafür nötigen

Einsparungen sollen auch den KonsumentInnen zugutekommen, denn Energielieferanten müssen 40 Prozent ihrer vom Gesetz vorgesehenen Energieeffizienzmaßnahmen so setzen, dass die Haushalte davon profitieren und nicht nur zur Kasse gebeten werden. Zur gezielten Verringerung von Energiearmut werden Maßnahmen bei Einkommensschwachen höher bewertet. Eine weitere Neuerung für große Energieanbieter ist die verpflichtende Einrichtung einer Beratungsstelle zu den Themen „Stromkennzeichnung, Lieferantenwechsel, Energieeffizienz, Stromkosten und Energiearmut“. Die Wiener Stadtwerke haben als Erste und bisher Einzige in Österreich bereits Anfang 2011 die Wien Energie Ombudsstelle für soziale Härtefälle eingerichtet. Sie betreut in Kooperation mit anderen (sozialen) Einrichtungen rund 4.000 Betroffene pro Jahr. Auch für Frau M. wurde ein Lösungsmodell ausgearbeitet, mit dem die Energieversorgung verbessert und die Gehaltspfändung vermieden werden konnte.

Internet:

[www.energiearmut.com](http://www.energiearmut.com)

Pilotprojekt gegen Energiearmut:  
[www.oin.at/?page\\_id=855](http://www.oin.at/?page_id=855)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[afadler@aon.at](mailto:afadler@aon.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Energiewende in den Kinderschuhen

*Der gute Wille ist da, doch in der Praxis braucht es noch viel, um der Energiewende zum Erfolg zu führen. Über reformbedürftige Beihilfen und nötige Investitionen.*

Susanne Wixforth

Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien

Die Energieversorgung ist für die Europäische Union eine der größten Herausforderungen. Rasant steigende Energiepreise und erhöhte Abhängigkeit von Energieeinfuhren bedrohen die Energieversorgung und damit die gesamte Wirtschaft. Zur Senkung der CO-Emissionen und Bekämpfung des Klimawandels sind große Investitionen erforderlich, um einerseits erneuerbare Energien möglichst rasch an die Marktreife heranzuführen und andererseits die europäische Energieinfrastruktur an die neuen Herausforderungen anzupassen.

Für EU-BürgerInnen ist es schwer, sich ein klares Bild von der Energiewende zu machen: Die einen warnen vor De-Industrialisierung und einer Kostenlawine, um die Förderung von fossiler und Atomenergie zu rechtfertigen, die anderen preisen den dynamischen Ausbau der erneuerbaren Energien und das damit verbundene Jobwunder.

## Paradoxe Wende

Bisher ist die Energiewende durch paradoxe Phänomene gekennzeichnet: Je größer der Anteil der erneuerbaren Energien wird, desto stärker fallen die Großhandelspreise an der Strombörse. Gleichzeitig steigen die Strompreise für Privathaushalte. Während Braunkohlekraftwerke rund um die Uhr laufen und Milliardeninvestitionen in Atomkraftwerke geplant sind, werden hocheffiziente Gaskraftwerke abgeschaltet.

Bei zunehmendem Anteil erneuerbarer Energien stößt das bisherige überwiegend fossil-nukleare Stromsystem an seine Grenzen. Das neue System ist gekennzeichnet durch den liberalisierten Energiebinnenmarkt einerseits und stark fluktuierende Energiequellen (vor allem Solar- und Windstrom) andererseits sowie von einer Vielfalt von meist kleinen Erzeugungsanlagen, die keine Versorgungssicherheit bieten können. Eine zentrale Aufgabe zur Stabilisierung des Stromnetzes ist es daher, Stromangebot und -nachfrage zu synchronisieren.

In den nächsten zehn Jahren sind enorme Investitionen in die Energienetze erforderlich. Notwendig ist dies vor allem deshalb, weil die Übertragungs- und Verteilernetze ursprünglich konzipiert wurden, um von Großkraftwerken in nahe gelegene Verbrauchszentren zu liefern. Heute muss nicht nur zusätzlich der Strom aus den vielen kleinen Erzeugungsanlagen ins Stromnetz integriert werden. Ein immer höherer Anteil dieses Stroms wird zudem unregelmäßig produziert und befindet sich weit entfernt von den Verbrauchszentren – wie zum Beispiel die Offshore-Windkraftanlagen in der deutschen Nord- und Ostsee.

Der Ausbau von erneuerbaren Anlagen führt zu einem höheren fluktuierenden Anteil der Energieversorgung, der durch Reservehaltung und Back-up-Erzeugung durch konventionelle Kraftwerke teuer gesichert werden muss. Hier ist ein flexibles Lastmanagement erforderlich, um Erzeugung und Verbrauch anzupassen. Dies setzt ein neues Marktdesign voraus, das die Bereitstellung von klimaverträglichem Strom entsprechend

der Nachfrage fördert. Die unreflektierte Förderung sämtlicher erneuerbarer Energien hat zwar eine spektakuläre Zunahme der Produktionskapazitäten bewirkt, gleichzeitig aber zu einer **Fehlallokation** der Ressourcen geführt. Um die Energiewende zum Erfolg zu führen, ist es daher notwendig, die Kosten des Ausbaus zu begrenzen, ohne die Dynamik der technischen Innovation zu bremsen. Das heißt, die ProduzentInnen von Grünstrom müssen zunehmend Verantwortung und Risiko für dessen Vermarktung übernehmen. Ein System, das über 15 Jahre und mehr feste Erträge garantiert, ohne Verantwortung für die Vermarktung zu übertragen, ist ökonomisch nicht sinnvoll und bei anhaltender Staatsschuldenkrise auch nicht leistbar.

Die beihilfenpolitische Herausforderung ist es daher, den Übergang zu einem flexiblen, kosteneffizienten Strommarkt mit ausreichenden Netzen, Speichern, effizienten Lastmanagementsystemen, regenerativen-Kraftwerken und hocheffizienten Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen (KWK) zu organisieren und gleichzeitig die Subventionierung von fossilen Energieträgern und Atomkraft zu verbieten. Es besteht dringender Reformbedarf, um Investitionen in die richtigen Kanäle zu lenken. Dies ist nur auf EU-Ebene möglich.

Die EU-Politik bietet ein zerrissenes Bild, das sich in den neuen Leitlinien zur Förderung von Umweltschutzbeihilfen und Energie<sup>1</sup> 2014 wiederfindet. Diese stellen ein Menü an Subventionsmaßnahmen für beinahe alle Energieformen zur Verfügung. Außerdem



**Bis jetzt hat der Emissionszertifikate-Handel die Erwartung nicht erfüllt, dass damit die externen Kosten der Unternehmen internalisiert werden.**

beinhalten sie eine Liste von Ausnahmen für eine Vielzahl von Industriesektoren – von der Herstellung von Lederwaren über Haushalts- und sanitäre Waren bis hin zur Bürsten- und Musikinstrumentenproduktion, die von der Abnahmepflicht für erneuerbare Energien befreit werden können. Das bedeutet: Einerseits müssen in Zukunft die HaushaltskundInnen und ein Teil der kleinen und mittleren Unternehmen weitgehend allein die erneuerbaren Energien finanzieren, während Großverbraucher weiterhin auf fossile Energien setzen können. Andererseits ist ein Subventionswettbewerb zwischen den Mitgliedsstaaten zu erwarten.

## Keine Ambition

Die neuen Leitlinien bieten auch sonst keine ambitionierte Ergänzung zur Energiewende. Statt sich so weit wie möglich von wirtschaftlich schädlichen Betriebsbeihilfen zu verabschieden, sind diese weiterhin in großem Umfang zulässig. Dadurch werden auch in Zukunft falsche Marktanreize gesetzt, die zu Fehlinvestitionen führen. Die Zukunft einer kosteneffizienten Förderung erneuerbarer Energien kann nur in einer Anstoßfinanzierung liegen.

Die Bereithaltung von Reserveleistungen wiederum sollte nur in genau definierten Ausnahmefällen und zeitlich beschränkt subventioniert werden. Österreich hat ebenso wie die anderen EU-Mitgliedsstaaten ausreichende Kapazitäten zur Verfügung. Die Preise für

Ausgleichsenergie sind 2013 auf 170 Millionen Euro gestiegen – im Vergleich zu 75 Millionen Euro im Jahr 2010. Angesichts dieser Preisstruktur erscheinen Beihilfen nicht gerechtfertigt, hier sind auch ordnungsrechtliche Vorschriften zu überlegen.

## Der falsche Weg

Auch die Einbeziehung von Energie-Infrastrukturmaßnahmen – Verteilernetze, grenzüberschreitende Netzzusammenschlüsse etc. – in die neuen Leitlinien ist nicht der richtige Weg. Damit werden die privaten Strom- und Gasunternehmen im weitesten Sinn (Produzenten, Netzbetreiber) aus ihrer Verantwortung für die Schaffung und Aufrechterhaltung geeigneter Infrastrukturen für ihren Geschäftsbetrieb entlassen. Die Kosten hierfür sollen offensichtlich sozialisiert werden, während die Gewinne den Unternehmen zukommen. Innerhalb der nächsten zehn Jahre werden die EU-weiten Investitionskosten für die Netzerweiterung auf bis zu 104 Milliarden Euro geschätzt. Die Finanzierung dieser Netzwerke (Strom und Gas) zum Nutzen der Stromunternehmen muss daher auch von diesen oder über den Finanzmarkt aufgebracht werden. Nur nebenbei sei bemerkt, dass die Kosten für den Netzausbau ohnehin einem regulatorischen Regime unterliegen und daher über die Netzentgelte abgegolten werden. Auch wäre wichtig gewesen, dass bei der Bewertung der ökonomisch-technischen Machbarkeit von Investitionen in Erneuerbare-Energie-Anlagen der verpflichtende Nachweis eingefordert wird, dass die

notwendige Infrastruktur vorhanden ist, um die Einspeisung der gewonnenen erneuerbaren Energie sicherzustellen. Schließlich hat auch der Emissionszertifikate-Handel bis jetzt die Erwartung nicht erfüllt, dass damit die externen Kosten der Unternehmen internalisiert werden. Im Gegenteil, das System wurde für betrügerische Machenschaften missbraucht und erwies sich als zu komplex, um geeignete Kontrollmechanismen zu etablieren. Darüber hinaus bleiben die Börsenpreise für diese Zertifikate auf derart niedrigem Niveau, dass kein Anzeigeeffekt von ihnen ausgeht. Skepsis ist daher angebracht, dass andere derartige Zertifikatehandelsregimes geeigneter sind, ordnungspolitische Maßnahmen zu ersetzen, um die Reduktion von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten und das damit verbundene Ziel der CO<sub>2</sub>-Reduktion der zu erreichen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass zwar der gute Wille vorhanden ist, die Erneuerbare-Energie-Revolution voranzutreiben. Diese steckt jedoch nach mehr als einem Förderjahrzehnt immer noch in ihren Kinderschuhen. Zu groß sind die Begehrlichkeiten der Vermarkter konventioneller Energien, zu bequem ist die Beibehaltung des derzeitigen Systems der Dauer-Subventionierung für die ProduzentInnen von Ökostrom.

---

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[susanne.wixforth@akwien.at](mailto:susanne.wixforth@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

<sup>1</sup> [tinyurl.com/pgdbukn](http://tinyurl.com/pgdbukn)

# Übertriebene Energiepreise

*Europaweit klagt die Industrie über hohe Energiepreise und droht mit Abwanderung. Ein Hintergrund.*

**Nina Huber**

Studentin der Volkswirtschaftslehre an der WU; bis Juni 2014 Forschungsassistentin in der Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien

**Josef Thoman**

Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien

**E**s ist fünf vor zwölf. Wenn wir es nicht schaffen, wettbewerbsfähige Energiepreise sicherzustellen, werden wir im internationalen Wettbewerb nicht bestehen können, meinte WKÖ-Präsident<sup>1</sup> Christoph Leitl Ende vergangenen Jahres. Wolfgang Eder, Vorstandsvorsitzender der voest alpine, begründete den Bau eines neuen Werkes in Texas mit den dort günstigen Energiekosten<sup>2</sup>. Diese zwei Stimmen stehen beispielhaft für viele andere, von denen man Ähnliches zu hören bekommt. Und sie finden offenbar Gehör, was sich etwa an der Förderung von erneuerbarem Strom zeigt, ob aus Wind- oder Sonnenkraft, aber auch Biomasse. Das Geld dafür kommt aus Beiträgen der Strom-EndverbraucherInnen, vor allem Gewerbe und private Haushalte. Die Industrie hingegen profitiert von großzügigen Ausnahmen. Argumentiert werden diese mit der hohen Kostenbelastung und dem daraus resultierenden Wettbewerbsnachteil der betroffenen Unternehmen.

Tatsächlich spielen die Energiepreise für die Wettbewerbsfähigkeit der Indus-

trie neben technischer und sozialer Infrastruktur sowie anderen Kostenfaktoren nur eine untergeordnete Rolle. Im Wettbewerbsranking des **World Economic Forum** bleiben die Energiekosten sogar völlig unberücksichtigt. In diesem Ranking finden sich unter den Top-10-Ländern gleich sechs europäische Länder sowie drei asiatische Länder mit noch deutlich höheren Erdgaspreisen.

## Relativierte Preisunterschiede

Die Energiepreise sind in Europa deutlich höher als in den USA. Laut **Internationaler Energieagentur (IEA)** sind etwa die Strompreise doppelt so hoch wie in Europa. Dieses Bild relativiert sich jedoch, wenn man Regionen mit ähnlichen Strukturmerkmalen miteinander vergleicht und Ausnahmeregelungen berücksichtigt. So kommt PricewaterhouseCoopers in einer Studie zu dem Schluss: „*Deutsche Industrieunternehmen, welche sich im internationalen Wettbewerb befinden, haben (allerdings) Möglichkeiten, die EEG-Umlage zu reduzieren, wodurch der Strompreis auf ein ähnliches Niveau wie in den beiden Vergleichsländern (Anm.: Österreich und Massachusetts, USA) sinkt.*“ Durchgeführt wurde die Studie im Übrigen im Auftrag von „Österreichs Energie“, der Interessenvertretung der E-Wirtschaft.

Bei Erdgas sind die Preisunterschiede zwischen den USA und Europa beträchtlich (in Europa sind die Preise bis zu viermal so hoch wie in den USA) und haben zuletzt auch zugenommen. Das liegt allerdings weniger daran, dass die Preise in Europa an sich so hoch wären

– an Europas Börsen ist Gas billiger als etwa in Japan, China, Indien oder Brasilien. Grund ist vielmehr, dass Energie in den USA so billig geworden ist. Massive Investitionen in die Förderung von Schiefergas haben dort zu einem deutlichen Preisverfall geführt. Die Preise sind mittlerweile sogar so stark gesunken, dass die Förderung von Schiefergas häufig unwirtschaftlich wird. So sprechen einige – etwa die Ökonomin und ehemalige Investmentbankerin Deborah Rogers oder der kanadische Geologe J. David Hughes – schon von einer finanzmarktgetriebenen „Schiefergasblase“<sup>3</sup>.

Die Europäische Kommission spricht in ihrem Bericht „Energy Economic Developments in Europe“<sup>4</sup> davon, dass die Förderkosten teilweise die Verkaufserlöse übersteigen: „Current wholesale price appears too low for many shale gas fields (on-going and envisaged) to be profitably extracted“. Johannes Mayer, Chefvolkswirt der E-Control<sup>5</sup>, meint: „Die jetzigen Gaspreise in den USA sind nicht kostendeckend und nicht nachhaltig. Sie werden deshalb mittelfristig steigen.“

## Rückgang erwartet

Auch die IEA rechnet mit einem Rückgang der Preisdifferenzen bei Erdgas zwischen Europa und den USA<sup>6</sup>. Der relative Preisvorteil wird also schrumpfen. Im europäischen Vergleich liegen die Strom- und Gaspreise von Österreichs Industrie im Mittelfeld und sind damit niedriger als etwa in Deutschland. Tatsächlich spielen Energiekosten für weite Teile der Industrie ohnehin nur eine sehr

<sup>1</sup> Presseaussendung der WKÖ vom 10.12.2013.

<sup>2</sup> Presseaussendung der voest alpine vom 13.3.2013.

<sup>3</sup> „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 16.1.2014:

„Das Fracking-Wunder bleibt aus“ – [tinyurl.com/cyjkel](http://tinyurl.com/cyjkel)

<sup>4</sup> Energy Economic Developments in Europe (1/2014).

<sup>5</sup> Industriemagazin (12/2013), S. 12.



**Oberflächlich betrachtet sind die Energiepreise in Europa deutlich höher als in den USA. Bei genauerer Betrachtung relativiert sich dieser Unterschied.**

untergeordnete Rolle. So stellt etwa das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung<sup>7</sup> fest: „Für 92 Prozent der Wertschöpfung im Industriebereich betragen sie [Anm.: die Energiekosten] im Durchschnitt 1,6 Prozent des Umsatzes.“ Für Österreich gilt Ähnliches: Für 92 Prozent der Wertschöpfung im Industriebereich betragen die Energiekosten für Strom und Gas zusammen weniger als 1,8 Prozent des Umsatzes.<sup>8</sup>

Auch die Energiestückkosten – also die Energiekosten pro Einheit Wertschöpfung – sind in Europa vergleichsweise gering. Sie weisen – mit Ausnahme der beiden Jahre 2007 und 2008 – in den USA und der EU ein sehr ähnliches Niveau und eine ähnliche Entwicklung über die Zeit auf. Die Höhe der Energiestückkosten ist von wirtschaftlichen Strukturen (energieintensive Branchen oder nicht), dem unterschiedlich effizienten Einsatz von Energie (Effizienz der eingesetzten Technologien und Auslastungsgrad), sowie den Energiepreisen abhängig.

## Effizienterer Einsatz

In Sachen Energiepreise kann also zwischen der Europäischen Union und den USA kein großer Unterschied bei der Wettbewerbsfähigkeit beobachtet werden. Vielmehr lässt die Tatsache, dass sich die unterschiedlichen Energiepreise

nicht in den Energiestückkosten widerspiegeln, auf einen effizienteren Einsatz des Faktors Energie in Europa schließen.

Es lohnt sich, einen genaueren Blick auf prominente Beispiele zu werfen, mit denen die Industrie ihre Forderung zu untermauern versucht. Geradezu zum Paradebeispiel wird das neue voestalpine-Werk in Texas hochgespielt. Rund 550 Mio. Euro sollen dort in den nächsten Jahren investiert werden. Dabei handelt es sich um eine Direktreduktionsanlage zur Umwandlung von Eisenerz-Schwämmen mit rund 67 Prozent Eisengehalt in sogenannte **HBI-Pellets** mit 91 Prozent Eisengehalt – eine sehr frühe Stufe im Produktionsprozess.

## Andere Faktoren

Tatsächlich ist der Gasverbrauch hoch und die Energiekosten spielten bei der Standortentscheidung sicherlich eine wichtige Rolle. Andere Faktoren dürften aber ebenso wichtig gewesen sein, etwa die geringen CO<sub>2</sub>-Kosten, individuelle Steuererleichterungen, der Hochseezugang oder der kurze Seeweg zum reichhaltigen, brasilianischen Erz.<sup>9</sup> Es sind Erfordernisse, die das Binnenland Österreich wohl in Zukunft nur schwer erfüllen wird können. Von Paradebeispiel kann also keine Rede sein.

Energiepreise, speziell die Gaspreise sind in Europa höher als in den USA. Nicht zuletzt aufgrund eines effizienteren Energieeinsatzes ist die durchschnittliche Kostenbelastung für Europas Industrie – trotz deutlich höherer Preise – aber ähnlich hoch wie in den USA. Generell spielen Energiepreise als Kostenfaktor also

nur eine untergeordnete Rolle. Zusätzlich dazu gelten in den energieintensiven und wettbewerbsexponierten Bereichen ohnehin Sonderregelungen wie etwa in Bezug auf den CO<sub>2</sub>-Zertifikate-Handel oder die Finanzierung erneuerbarer Energie. Großzügige, pauschale Ausnahmeregelungen, die beinahe den gesamten Industriesektor erfassen, sind jedenfalls unangebracht. In Einzelfällen sind die geologischen und geografischen Vorteile wirtschaftspolitisch ohnehin schlicht nicht zu kompensieren. Für Europa erscheint es daher naheliegend, sich auf seine Stärken zu konzentrieren, das ist im Bereich der Wirtschaft wie in der Energiepolitik die Innovation. Weitere Schritte in Richtung mehr Energieeffizienz reduzieren die Rohstoffabhängigkeit und senken die Kostenbelastung nachhaltig.

Blogtipp:

[www.blog.arbeit-wirtschaft.at/energiepreise-industrie](http://www.blog.arbeit-wirtschaft.at/energiepreise-industrie)

Internet:

Online-Dossier des Time Magazine:  
[shalebubble.org](http://shalebubble.org)

Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung: „Energie- und Klimapolitik: Europa ist nicht allein“  
[tinyurl.com/nshlr4z](http://tinyurl.com/nshlr4z)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autoren  
[josef.thoman@akwien.at](mailto:josef.thoman@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

<sup>6</sup> World Energy Outlook (2013), S. 272.

<sup>7</sup> Neuhoff Karsten et al (DIW 2014): „Energie- und Klimapolitik: Europa ist nicht alleine – [tinyurl.com/nshlr4z](http://tinyurl.com/nshlr4z)“

<sup>8</sup> Eigene Berechnungen, Quelle: World Input-Output Database, Kosten für Gas, Elektrizität und Wasser, ohne Energiebranche.

<sup>9</sup> „Kurier“ vom 25.4.2014: USA rollen der Industrie den roten Teppich aus.

# Arbeit versus Umwelt?

*Bei der Energiewende wird ein Widerspruch zwischen sozialen und ökologischen Zielen konstruiert.*

Michaela Schmidt

Abteilung Wirtschaftspolitik  
der AK Salzburg

**A**ktuell werden in der öffentlichen und politischen Diskussion immer wieder soziale und ökologische Ziele gegeneinander ausgespielt – bei Lohnverhandlungen, bei der Klima- und Energiegesetzgebung und besonders bei der Gestaltung der Energiewende. Arbeitsplätze gegen Umweltschutz- oder Klimaschutzmaßnahmen, Wirtschaftswachstum gegen bewussten Ressourceneinsatz, höhere Energiepreise gegen Energiearmut, um nur einige dieser Konflikte zu nennen.

## Angstmacherei

Genauso wie soziale Standards geraten ökologische Ziele angesichts einer an neoliberalen Paradigmen ausgerichteten Wirtschaftspolitik stark unter Druck. Eingebettet in wiederkehrende Verlagerungsdrohungen und Angstmacherei durch große Konzerne und die Interessenvertretungen der Wirtschaft, sollen soziale und ökologische Ansprüche klein gehalten werden, um vermeintliche „Standortvorteile“ zu erzielen und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu steigern (siehe auch „Übertriebene Energiepreise“, S. 38–39). Es ist daher verständlich, dass die ArbeitnehmerInnen sehr verunsichert sind, immerhin stehen sie unter dem Druck zunehmender Weltmarktkonkurrenz. Zugleich werden jene, die auf eine gerechte Verteilung der anfallenden Kosten achten, immer wieder ins umweltverschmutzende Eck gestellt.

Dabei ist klar, dass sowohl der Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energien als auch die Bekämpfung des Klimawandels im Interesse der Beschäftigten sind. Die Energiewende ist aber auch mit beträchtlichen volkswirtschaftlichen Kosten verbunden, die Investition in die Zukunft muss vorfinanziert werden (siehe auch „Energiewende in den Kinderschuhen“, S. 36–37).

Obwohl die soziale Frage eng mit der ökologischen Frage zusammenhängt, funktioniert dieses Gegeneinander-Ausspielen erstaunlich gut. Die Ausbeutung von Mensch und Natur hat in der kapitalistisch-industriellen Produktions- und Lebensweise dieselbe Ursache. Umweltfragen dürfen aus ArbeitnehmerInnen-sicht genausowenig „dem Markt“ überlassen werden wie Lohn-, Arbeitszeit- oder Verteilungsfragen. Ökologische Fragen sind soziale Fragen, die für die Beschäftigten von großer Bedeutung sind. Hoher Arbeitsdruck, Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung sind Folgen eines brutaler werdenden Kapitalismus, sie können nur gemeinsam bekämpft werden.

## Strukturwandel

Angesichts der aktuellen Krise, die sich aus ökologischen Gesichtspunkten unter anderem darin zeigt, dass sich fossile Energieträger (Erdöl, Kohle, Gas) tendenziell erschöpfen und der Schadstoffausstoß zu hoch ist, wird ein Strukturwandel notwendig sein und auch geschehen. Dieser Umbau kann und darf aber nicht an den ArbeitnehmerInnen vorbei erfolgen. Die Gestaltung dieses Wandels

ist daher eine große Herausforderung, bietet aber auch die Chance, ein besseres, sozial- und umweltverträglicheres Produzieren, Arbeiten und Leben zu erreichen. Dies zeigt sich besonders bei der Gestaltung der Energiewende.

## Sackgassen

Unter sozialen *und* ökologischen Aspekten betrachtet, hält die derzeitige Diskussion einige Herausforderungen und Sackgassen bereit, die eine gerechte Gestaltung der Energiewende verhindern. Erstens werden ökologische Ziele wie die Verringerung der Treibhausgase, die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien oder Energieeinsparungen von manchen Unternehmen als „Gegenpol“ zu Löhnen und Preisen positioniert. So soll die Öffentlichkeit davon überzeugt werden, dass eine finanzielle Beteiligung der Unternehmen an den Kosten der Energiewende gar nicht beziehungsweise nur bei gleichzeitig stagnierenden Löhnen oder steigenden Preisen möglich ist. Die Aufgabe von AK und Gewerkschaften muss es sein, diesen Widerspruch zu entkräften und auf die Schieflage bei der Ertrags- und Kostenverteilung insbesondere zwischen Haushalten und Industrie hinzuweisen. Alle energiepolitischen Maßnahmen – beispielsweise Förderungen für erneuerbare Energien – müssen auf ihre Verteilungswirkung analysiert und gegebenenfalls angepasst werden. In bestimmten Fällen machen Ausnahmeregelungen für die energieintensive Industrie natürlich Sinn – es hilft weder den ArbeitnehmerInnen noch der Umwelt, wenn die energieintensive Industrie ihre





# CAPITALISM

Hoher Arbeitsdruck, Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung sind Folgen eines immer brutaler werdenden Kapitalismus.

Produktionsstandorte in Regionen verlagert, in denen es niedrigere Sozial- und Umweltstandards gibt. Ausnahmen sollten aber nur dann gemacht werden, wenn diese Unternehmen sonst nachweislich Wettbewerbsnachteile erleiden würden und trotz einer Produktion nach „Stand der Technik“ technologiebedingt überdurchschnittlich energieintensiv produzieren müssten.

Zweitens ist eine einseitige, profitorientierte „Green Economy“, die auf „Freiwilligkeit“ und Anreizwirkungen statt verbindlicher Regeln setzt, problematisch. Unser derzeitiges Wirtschaftssystem einfach „grün anzustreichen“ löst keines der existierenden Probleme (hohe Arbeitslosigkeit, Verteilungsschieflage, Klimawandel). Vielmehr schafft es sogar neue Probleme, weil es Verteilungswirkungen ignoriert. So wird das Konzept beispielsweise von AtomkraftwerksbetreiberInnen und Agrosprit-ProduzentInnen genutzt, um die eigenen Aktivitäten als umweltfreundlich und grün zu vermarkten, obwohl die Umwelteffekte tatsächlich negativ zu beurteilen sind<sup>1</sup>. Auch beim Europäischen Emissionshandel ist die Idee, den Schadstoffausstoß durch ein marktbasierendes Instrument in den Griff zu bekommen, gescheitert (siehe auch „Vertreibt Klimaschutz die Industrie?“, S. 20–21). Gleichzeitig belastet die Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung des Emissionspreises Investitionsentscheidungen.

<sup>1</sup> Sven Hergovich: Was taugt die Green Economy? In: *Wirtschaft & Umwelt* 2/2013.

<sup>2</sup> Hartmann, K. (2009): Ende der Märchenstunde: Wie die Industrie die Lohas und Lifestyle-Ökos vereinnahmt. München.

Drittens ist die politische Verantwortung der Gestaltung der Energiewende nicht auf einzelne KonsumentInnen übertragbar. Immer wieder werden aus umwelt- und klimapolitischer Sicht höhere Energiepreise gefordert, um den Anreiz für KonsumentInnen zu erhöhen, Energie einzusparen. Neben höheren Energiepreisen werden auch „bewusstseinsbildende Maßnahmen“ wie Energieberatungen gefordert. Auch hier werden Verteilungswirkungen ignoriert. Für viele ArbeitnehmerInnen sind Handlungsoptionen, die zu substantziellen Energieeinsparungen führen, aufgrund ihrer finanziellen Lage nicht leistbar. Während Haushalte mit hohem Einkommen und Vermögen bei steigenden Energiepreisen in Energieeffizienzmaßnahmen (thermische Sanierung, Heizungstausch oder sogar Eigenproduktion durch erneuerbare Energien) investieren können, müssen Haushalte mit wenig Einkommen und Vermögen ihr Verhalten ändern. Sie können beispielweise die Wohnräume nicht mehr ausreichend beheizen – sie werden energiearm (siehe auch „Essen oder heizen?“, S. 34–35).

## Zynische Moralisierung

Die Moralisierung des Energiesparens ist angesichts dieser Tatsachen schlicht zynisch. Auch unabhängig davon, dass die viel beschworene Macht der KonsumentInnen für Haushalte mit geringem Einkommen/Vermögen sicher nicht gilt, ist auch für Reiche(re) strategischer Konsum eine hochkomplexe Angelegenheit, da sich KonsumentInnen oftmals nur für ein Kri-

terium entscheiden können und damit andere ausschließen<sup>2</sup>. So kann zwar aus ökologischen Gesichtspunkten ein Zeichen gesetzt werden, wenn von einem Anbieter hundert Prozent erneuerbarer Strom bezogen wird, möglicherweise aber sind dort die Arbeitsbedingungen schlechter als bei konkurrierenden Energieunternehmen.

Die Transformation des Energiesystems ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Daher müssen einerseits Kosten und Nutzen der Energiewende gerecht verteilt werden. Andererseits braucht es klare politische Vorgaben und verbindliche Regeln anstelle einer auf Freiwilligkeit und Anreizwirkung basierenden „Green Economy“ oder der Übertragung der politischen Verantwortung auf einzelne KonsumentInnen. Aufgabe der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen wird es (weiterhin) sein, dies einzufordern und energiepolitische Maßnahmen auf ihre Verteilungswirkung zu überprüfen.

*Dieser Artikel basiert zu großen Teilen auf: Csoka, B./Lehner, R./Schmidt, M./Vorbach, J. (2012): AK-OÖ-Zukunftsforen „Fortschritt sozialökologisch gestalten“ – Eine Prozessbeschreibung. In: WISO 3/2012.*

Internet:

[tinyurl.com/p3eu477](http://tinyurl.com/p3eu477)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin

[michaela.schmidt@ak-salzburg.at](mailto:michaela.schmidt@ak-salzburg.at)

oder die Redaktion

[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Im Heimathafen der Logistik

*Nina Abraham war vier Wochen bei Deltalinqs am Rotterdamer Hafen in den Niederlanden.*

**Nina Abraham**  
SOZAK-Teilnehmerin  
des 63. Lehrgangs

**E**inen Blick hinter die „Kulissen“ einer der logistischen Meisterleistungen Europas werfen zu können: Das war das Ziel meines Praktikums. Für mich war von Anfang an klar, dass der Rotterdamer Hafen der Inbegriff von Logistik ist. Es war nicht einfach, Kontakte zu knüpfen, jedoch mithilfe des Netzwerkes meiner KollegInnen im Betrieb ist es gelungen, dass ich die Zeit bei Deltalinqs verbringen durfte, wo ich wiederum Kontakte zu anderen Firmen und Organisationen knüpfen konnte. Bei den vielen Besuchen wurde mir abseits vom Tourismus die Vielfalt dieses Hafens mit all seinen Stärken und Schwächen nähergebracht.

## Spannungsfeld Umweltschutz

Die Firma Deltalinqs betreibt Lobbying für rund 2.000 Hafenerbetriebe. Aufgabe ist es, die Interessen zwischen Groß- und Kleinunternehmen zu bündeln und diese zwischen den Betrieben zu optimieren. Deltalinqs vertritt dabei die Interessen der Unternehmensbereiche Industrie (Raffinerien) sowie jene der operativen Hafenerbetriebe (Container- und Schüttgutverladung, Transport und Lagerung). Ein interessantes Spannungsfeld ist der Umweltschutz. Dabei steht betriebsinternen Interessen das öffentliche Interesse gegenüber, zum Beispiel das nachhaltige Naturbewusstsein in Bezug auf die angrenzenden Wohngebiete. Der Hafen ist in der Stadt eingebettet und damit ist

die Lebensqualität der Menschen ein wichtiger Bestandteil in Umweltfragen. Rotterdam ist Mitglied der Climate Initiative, deren Aufgabe es ist, in allen Bereichen Energie zu sparen.

Bei den Hafenerweiterungen Maasvlakte 1 und 2 ist durch Aufschütten von Sand eine Insel entstanden. Es wurde dem Meer Land abgewonnen und natürlich gab es daher Debatten mit Den Haag und den Umweltorganisationen. Vor der Errichtung wurden 25 Jahre lang hohe Umweltauflagen gefordert (etwa die Schaffung von Ausgleichsgebieten oder Umweltauflagen für Lkws), die zu 100 Prozent umgesetzt wurden. Deltalinqs hat für den Gefahrgutbereich eine Art Universität eingerichtet, in der Kenntnisse und Informationen aller Firmen geteilt werden und Personal auf das Niveau von Sicherheitsstandards geschult wird.

Eine große Herausforderung ist es, neue Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen. Es stehen zu wenige Fachkräfte für den Hafen zur Verfügung, gleichzeitig wollen junge Menschen nicht mehr am Hafen arbeiten. Rund 80 Prozent der Jugendlichen unter 18 Jahre kennen den Hafenerbetrieb nicht und denken, man verrichtet dort nur schwere und schmutzige Arbeit. Deshalb versucht man gemeinsam mit dem Staat und vor allem mit der Stadt Rotterdam, neue Ausbildungswege zu finden. Die Kooperation mit den Schulen und die Werbung für Berufe wie zum Beispiel der des Prozessmanagers sind daher sehr wichtig. Nicht zu vergessen sind Aktivitäten, um Arbeitssuchende am Hafen einzusetzen.

Besonders eindrucksvoll war für mich das Treffen mit den Gewerkschaften. Niek Stam von der Fachgewerkschaft Bondgenoten (FNV), zuständig für die Häfen, hat mir im Detail den Ablauf von CAO-Verhandlungen, also von Kollektivvertragsverhandlungen geschildert. CAOs haben in den Niederlanden eine Gültigkeit von einem bis höchstens fünf Jahre. Es gibt sowohl CAOs für Branchen – wie zum Beispiel die Metallindustrie, in der ein CAO für mehr als 300.000 Beschäftigte gilt – als auch CAOs für Firmen. Letztere sind wegen der unterschiedlichen Anforderungen bei den Hafenerbetrieben gängig.

## KV auf Holländisch

Vorbereitungs- bzw. Verhandlungsschritte gleichen grundsätzlich jenen in Österreich. Der wesentliche Unterschied bei Firmen-CAOs besteht darin, dass nach Verhandlungserfolg die Ergebnisse den Mitgliedern verlautbart werden. Diese können dann abstimmen, ob sie mit dem Vorschlag einverstanden sind oder nicht. Falls die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder das Ergebnis für unzureichend befindet, wird neu verhandelt. Zudem ist eine automatische jährliche Inflationsanpassung der Entgelte festgeschrieben, die somit unabhängig von Verhandlungen durchgeführt wird.

---

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[nina.abraham@logserv.at](mailto:nina.abraham@logserv.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

## ZUR PERSON

**Peter Guijt**

Alter: 53

Wohnort: Rotterdam

Beruf: Personalmanagement

Firma: EMO, Hafen Rotterdam

Gewerkschaft: FNV, <http://www.fnv.nl/english>

Seit wann im (Euro-)BR? 1981–1993, erneut seit 2013



## BUCHTIPP

SOZAK (Hrsg.)

**Hinterm Horizont geht's weiter**

ÖGB-Verlag, 2012

304 Seiten, € 24,90

ISBN: 978-3-7035-1542-2

**Bestellung:**[www.besserewelt.at](http://www.besserewelt.at)**Wie ist dein Familienstand?**

Ich bin seit 30 Jahren verheiratet, meine Frau Lilly ist Assistenzärztin. Wir haben eine Tochter im Alter von 26 Jahren, die in Ausbildung ist.

**Was bedeutet dir Arbeit?**

Arbeit bedeutet mir eine Menge! Kurz gesagt: Ich muss Geld verdienen und meine Arbeit muss mir Spaß machen. Damit ich in meinem Job zufrieden bin, ist am wichtigsten, dass ich von Menschen umgeben bin.

**Deine Meinung über die Wirtschaft in den Niederlanden?**

Wir stecken immer noch in der Krise. Ich hoffe, dass sich das bald erholt.

**Wenn du den Begriff „Gewerkschaft“ hörst, woran denkst du?**

Sie verhandeln für uns die Kollektivverträge und setzen sich für unsere Grundrechte ein. Ich bin ein überzeugter sozialdemokratischer Gewerkschafter.

**Was bedeutet dir die EU?**

Derzeit kann ich dem EU-Gedanken nicht so viel abgewinnen. Ich glaube, wir sind mittlerweile zu viele Staaten. Was mich stört, ist, dass wir Europa sein wollen, es aber nicht sein können, weil wir zu unterschiedliche Konditionen, Vereinbarungen und Regelwerke haben.

**Dein Lieblingsland in Europa? Warum?**

Holland, es ist klein und grün.

**Was bringt der europäische Betriebsrat?**

Eine Menge Arbeit. Betriebsrat zu sein ist mir wichtig. Ich kann zur Entwicklung des Unternehmens beitragen und mich für meine KollegInnen einsetzen.

**Wie oft machst du Urlaub?**

3-mal im Jahr.

**Deine Wünsche für die Zukunft?**

Ich wünsche mir, dass sich die wirtschaftliche Lage verbessert und damit unsere Arbeitsplätze gesichert sind. Für mich persönlich wünsche ich mir, dass ich gesund bleibe, glücklich und mit viel Liebe sehr alt werden darf.

## INFO &amp; NEWS

**Niederlande**Fläche: 41.548 km<sup>2</sup>

EinwohnerInnen: 16,7 Millionen

Staatsform: Parlamentarische Monarchie

Staatsoberhaupt: König Willem-Alexander, ernannt offiziell Ministerpräsidenten oder -präsidentin und die MinisterInnen

Ministerpräsident: Mark Rutte (rechtsliberale VVD)

Regierung: Koalition zwischen VVD und sozialdemokratischer „Partij van de Arbeid“

EU-Kommission: Neelie Kroes (Vizepräsidentin, zuständig für die Digitale Agenda)

Währung: Euro

Die Niederlande gehören mit etwa 400 EinwohnerInnen pro Quadratkilometer Landfläche zu den am dichtesten besiedelten Flächenstaaten der Welt.

BIP pro Kopf 2012: € 47.634

**Aktuelle Durchschnittskosten**

1 Liter Benzin: Benzin € 1,80/Diesel € 1,47

1 Kilo Brot: je nachdem – rund € 2,30

1 Liter Milch: je nachdem – rund € 1,20

½ Liter Bier: € 3,00 bis € 5,00

1 Kilo Apfel: rund € 2,00

## blog.arbeit-wirtschaft.at

Der [blog.arbeit-wirtschaft.at](http://blog.arbeit-wirtschaft.at) ergänzt die Printausgabe der „A&W“ als digitales Informations- und Diskussionsforum.

Wir empfehlen:

- » Wie der Neoliberalismus die Hegemonie erlangte“ (Armin Thurnher)
- » Das Sparparadoxon“ (Sepp Zuckerstätter)
- » Skizze einer ökonomisch vernünftigen Budgetpolitik“ (Markus Marterbauer)

### NEOLIBERALISMUS UND HEGEMONIE DER ÖFFENTLICHEN MEINUNG

Der bekannte Journalist Armin Thurnher widmet sich in seinem Beitrag dem zentralen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Er beschreibt den Übergang vom „**embedded liberalism**“ keynesianischer Prägung bis Anfang der 1970er-Jahre hin zum entgrenzten Neoliberalismus, der die Welt in die tiefste Krise der Nachkriegszeit geführt hat.

Er zeigt dabei sehr anschaulich und informativ, wie aus einer „Sekte“ die dominante und (noch) unangefochtene Interpretation wirtschaftlicher Zusammenhänge werden konnte. Zentral aus Thurnhers Sicht ist dabei der Einfluss, der seit Beginn der 1970er-Jahre von Befürwortern einer freien, uneingeschränkten Marktwirtschaft auf die öffentliche Meinung ausgeübt wird. Er argumentiert, dass die Wirtschaft gelernt hat, sich als politische Klasse zu positionieren und mit ihren großen (finanziellen) Möglichkeiten die Politik in ihrem Sinn zu beeinflussen. Den entscheidenden Impuls lieferte der Anwalt Lewis Powell, als er ein vertrauliches Memo an die amerikanische Wirtschaftskammer richtete, so Thurnher „Die Chamber of Commerce steigerte ihre Mitgliederzahl innerhalb weniger Jahre von 60.000 auf eine Viertelmillion Firmen. Damit stieg ihre Finanzkraft. Bereits 1972 gab sie für ihre Propagandazwecke 900 Millionen Dollar

im Jahr aus (...). Sie gründete Think-Tanks, publizierte Bücher und beeinflusste Medien, Institutionen und Debatten in einem Ausmaß, das der europäischen Öffentlichkeit lange Zeit entging.“ Dabei zeigt sich klar, dass es nicht um einen hehren Wettstreit von Argumenten geht, sondern vielmehr um eine Frage von Macht und Einfluss. Dadurch kann Öffentlichkeit letztlich so gestaltet werden, dass die große Mehrheit gerade jenen ihre Gunst spendet, die entgegen den Mehrheitsinteressen handeln. Lesen Sie mehr: [tinyurl.com/p7dm9bj](http://tinyurl.com/p7dm9bj)

### WENN ALLE SPAREN, WERDEN AUCH ALLE ÄRMER

Sepp Zuckerstätter zeigt in seinem Beitrag auf, wie sich das Verhalten der fünf großen volkswirtschaftlichen Sektoren – Haushalte, Finanzsektor, Unternehmenssektor, Staat und Ausland – seit Beginn der Finanzkrise negativ auf die Gesamtwirtschaft auswirkt. Er argumentiert, dass – anders als vor der Krise – die Ersparnisse der privaten Haushalte von den Unternehmen nicht mehr für Investitionen genutzt werden. Stattdessen erwirtschaftet dieser Bereich seit 2009 regelmäßig Überschüsse, wodurch die Investitionsnachfrage und in der Folge die Nachfrage nach Arbeitskräften zurückgeht. Das senkt wiederum die Nachfrage der privaten Haushalte und damit die gesamtwirtschaftliche Dynamik.

Um diese Nachfragerücke zu füllen, wäre es entweder notwendig, dass der Staat bzw. die EU aktive Maßnahmen wie Investitionsprogramme durchführt oder sich der öffentliche Sektor (stärker) verschuldet – oder aber die Wirtschaft stabilisiert sich durch Außenhandelsüberschüsse. Letzteres wird derzeit in Europa als einzige Lösung angesehen, kann allerdings nur funktionieren, wenn die Handelspartner nicht genauso agieren. Genau das ist jedoch derzeit der Fall: Hoch verschuldete Länder wie Griechenland, Spanien oder Irland werden von der Troika aus IWF, EZB und EU-Kom-

mission unter Druck gesetzt, ihre Außenhandelsdefizite abzubauen. Somit sparen alle, zum Schaden aller.

Lesen Sie mehr: [tinyurl.com/owj8vow](http://tinyurl.com/owj8vow)

### PLÄDOYER FÜR EINE ANDERE BUDGETPOLITIK

Markus Marterbauer skizziert in seinem Beitrag Möglichkeiten, die vorhandenen Spielräume in der Verteilungs- und Beschäftigungspolitik so zu nutzen, dass die negativen Auswirkungen der derzeitigen Wirtschaftspolitik und der Finanzkrise überwunden oder zumindest abgemildert werden können. Gewohnt fundiert zeigt Marterbauer die Gründe auf, an denen sich das Scheitern der neoklassischen Wirtschafts- und Budgetpolitik ausmachen lässt – die Schwäche der allgemeinen Gleichgewichtstheorie, die unterschätzte Bedeutung gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen für den Budgetsaldo sowie die Instrumentalisierung der Theorie für die Interessen der Kapitaleseite. Er folgert daraus unter anderem, dass bewährte budgetpolitische Instrumente (wie die automatischen Stabilisatoren) adjustiert und neue (z. B. Regulierungen im Energiebereich) eingeführt werden müssen beziehungsweise alte ersetzen sollten. Sein Plädoyer umfasst auch und vor allem die Berücksichtigung des Zusammenspiels der Budgetpolitik mit anderen Instrumenten der Wirtschaftspolitik im Rahmen des „magischen Vielecks der Wirtschaftspolitik“.

Lesen Sie mehr: [tinyurl.com/p3u5jpv](http://tinyurl.com/p3u5jpv)

Wenn Ihnen ein Blogbeitrag gefällt, belohnen Sie uns und die Autorinnen und Autoren doch damit, dass Sie den Beitrag per Facebook, Twitter, E-Mail oder – ganz klassisch – per Mundpropaganda an interessierte Menschen weitergeben!

Wir freuen uns, wenn Sie uns abonnieren:  
[blog.arbeit-wirtschaft.at](http://blog.arbeit-wirtschaft.at)

Sie finden uns auch auf Facebook:  
[facebook.com/arbeit.wirtschaft](https://facebook.com/arbeit.wirtschaft)

## Wer finanziert die Energiewende?

**E**nergie wird – wie alle notwendigen Selbstverständlichkeiten unseres Lebens – täglich gebraucht und ebenso oft ignoriert. In letzter Zeit hat dieses sonst so wenig beachtete Thema allerdings Hochkonjunktur. Unternehmen beklagen sich lautstark über unzumutbar hohe Energiekosten und stellen auch gleich den Industriestandort infrage. Dabei werden viele Dinge in einen Topf geworfen. Diese sollten dringend entwirrt werden. Gerade vor großen Umwälzungen stellt sich die Frage: Wer sichert hier am effizientesten seine Interessen ab?

### Energiekosten als Standortfaktor?

Zu den Fakten: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung stellt fest, dass die Energiekosten „für 92 Prozent der Wertschöpfung im Industriebereich [...] im Durchschnitt 1,6 Prozent des Umsatzes“ betragen. Ähnliches gilt für Österreich, hier machten die Energiekosten der Industrie (Gas, Strom und Wasser) 2011 rund 2,1 Prozent des Bruttoumsatzes und rund 6,7 Prozent der Bruttowertschöpfung aus. Anders stellt sich die Situation natürlich in den tatsächlich energieintensiven Industriebetrieben dar. So beträgt etwa der durchschnittliche Energiekostenanteil an der Bruttowertschöpfung in der Papierindustrie rund 13 Prozent und in der Chemieindustrie rund 14 Prozent.

Freilich handelt es sich hierbei um Durchschnittsbetrachtungen, der Energiekostenanteil kann in einzelnen Produktionsschritten auch ein Vielfaches betragen. Dennoch: Energie macht erstens im Vergleich mit anderen Kosten nur einen überschaubaren Anteil aus, zweitens ist dieser stark branchenabhängig.

### Rahmenbedingungen

Als Folge der Krise hat in Europa die Industriepolitik ein Revival, während gleichzeitig die klima- und energiepolitischen Ziele neu festgelegt wurden und Änderungen im Emissionshandel anstehen. Zudem wurden die USA über die Förderung von Schiefergas günstiger in der Produktion. Tatsache ist, dass die Gaspreise in Europa deutlich höher sind als in den USA, allerdings schwächt sich auch hier der Hype ab. Aufgrund großzügiger Ausnahmeregelungen gilt dies für Strom nur bedingt. „Für Unternehmen gibt es kaum Unterschiede zwischen Österreich bzw. Deutschland und vergleichbaren Regionen (Bundesstaaten) in den USA.“ Tatsache ist aber auch, dass einige Länder Europas eine hohe Importabhängigkeit von Energie aufweisen. Zum überwiegenden Teil sind Ölimporte und damit auch der Verkehr für diese Entwicklung verantwortlich. All das spricht dafür, dass Europa sich intensiver mit dem Thema

„Energieeffizienz“ auseinandersetzt – und zwar in allen Sektoren mit einem verbindlichen Ziel.

### Das richtige Förderregime?

Gerade aufgrund klimapolitischer Zielvorgaben hat die Förderung erneuerbarer Energien in den letzten zehn Jahren europaweit extrem zugenommen. Viele Energieversorger machen mittlerweile die hohen Förderungen von Ökostrom für die Preisentwicklung auf dem Strommarkt mitverantwortlich. Diese habe zu einem Überangebot an Strom und damit zu sinkenden Großhandelspreisen geführt. In Kombination mit den niedrigen CO<sub>2</sub>-Preisen führt dies zu massiven Wettbewerbsverzerrungen, die auch klimapolitisch kontraproduktiv sind: Moderne Gaskraftwerke mit geringem CO<sub>2</sub>-Ausstoß werden von alten Kohlekraftwerken aus dem Markt gedrängt. Damit geraten jene Stromproduzenten unter Druck, die die Versorgungssicherheit garantieren, wenn weder der Wind weht, noch die Sonne scheint. Also wollen auch diese ihre Kosten abgedeckt wissen – eine Strategie, die wahrscheinlich wohl eher wieder die Haushalte und nicht die Unternehmen belastet.

Die Energiewirtschaft ist weltweit in einer Umbruchphase. Das ist an sich eine nicht unübliche Entwicklung, allerdings stellt sich die Frage, wer die Kosten dafür tragen wird?

**Additive Produktion:** Fertigungsmethode auf der Basis von digitalen 3-D-Konstruktionsdaten (3-D-Druck), bei der die Produkte Schicht für Schicht (additiv) entstehen. Werkstoffe sind je nach Bedarf Kunststoffe, Metalle oder Verbundstoffe in Pulverform, die mittels Laser geschmolzen und dann exakt auf die vorherige Schicht aufgetragen werden. (Seite 23)

**Aktuator (Aktor):** Antriebsselement, das elektrische Signale in mechanische Bewegung, Druck oder Temperatur umsetzt. (Seite 29)

**Badlands:** Bezeichnung für durch starke Erosionserscheinungen geprägte, unfruchtbare Landschaften in den USA. (Seite 18)

**Barrel (Fass):** Raumaß für Erdöl- und Brauereiprodukte; in der Erdöl-Industrie wird international das US-amerikanische Barrel mit 158,987 Litern verwendet. (Seite 18)

**Belarus:** amtliche Bezeichnung für Weißrussland, das 1991 nach der Auflösung der UdSSR entstanden ist. Seit 1994 wird das Land von Präsident Aleksander Lukaschenko autoritär regiert. (Seite 16)

**Blue Oceans:** metaphorische Bezeichnung für unberührte, neue Märkte oder Industriezweige, in denen es (noch) keine oder kaum Konkurrenz gibt. Als Rote Ozeane (Red Oceans) werden gesättigte Märkte bezeichnet, in denen die Fische bis aufs Blut gegeneinander kämpfen. (Seite 29)

**Datenschutz-Rat:** beim Bundeskanzleramt eingerichteter Beirat, der die Bundesregierung und die Landesregierungen in Fragen des Datenschutzes berät sowie Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen der Bundesministerien abgibt. Dem Datenschutzrat gehören (ehrenamtliche) Vertreter der politischen Parteien, der Arbeiterkammer, der Wirtschaftskammer, der Länder, des Gemeindebundes, des Städtebundes und ein vom Bundeskanzler ernannter Vertreter des Bundes an. (Seite 33)

**Draisine:** mit Muskelkraft oder Motor angetriebenes Hilfsfahrzeug zur Inspektion von Bahnstrecken sowie zum Transport von Werkzeug und/oder Arbeitern. (Seite 28)

**EEG-Umlage:** Das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG, eigentl.: Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien) regelt die bevorzugte Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Quellen ins Stromnetz und garantiert dessen Erzeugern feste Einspeisevergütungen. Die Differenz zwischen den Ausgaben für die Einspeisevergütungen und den Einnahmen aus den Stromverkäufen bildet die Grundlage für die EEG-Umlage, die von den EndverbraucherInnen zu zahlen ist. (Seite 38)

**Embedded liberalism:** von 1945 (Bretton-Woods-Abkommen) bis Anfang der 1970er-Jahre allgemeine Grundorientierung der Wirtschaftssysteme, die

sich durch die Einbettung liberaler Maßnahmen (Beseitigung von Handelsschranken etc.) in nationale politische Systeme auszeichnet. Damit sollten durch den Weltmarkt verursachte Schocks und Ungleichheiten abgefedert werden können. Innerhalb dieses Rahmens konnten sich sowohl liberale Demokratien wie die USA als auch demokratische Wohlfahrtsstaaten wie etwa Schweden ungestört entwickeln. (Seite 44)

**Emissionszertifikat:** Grenzüberschreitender Emissionshandel ist ein zentraler Baustein der EU-Klimapolitik gemäß dem Kyoto-Protokoll. Grundidee ist, dass vor allem die Gesamtsumme der Treibhausgasemissionen relevant ist und deren vereinbarte Reduktion mithilfe von marktwirtschaftlichen Instrumenten am schnellsten und kostengünstigsten erzielt werden kann. Bei einer erlaubten Obergrenze von beispielsweise 100 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr, werden entsprechend dieser Menge frei handelbare Zertifikate an die Unternehmen der betreffenden Region ausgegeben. Wer unter dieser Grenze bleibt, kann seine Zertifikate verkaufen. Emissionszertifikate werden entweder von der Regierung zugeteilt oder können ersteigert werden. (Seite 15)

**ENTSO-E:** Verband europäischer Übertragungsnetzbetreiber (European Transmission System Operators) mit Sitz in Brüssel, gegründet 1999. (Seite 30)

**Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA):** 1957 etabliertes beratendes EU-Organ, das sich als Brücke zwischen Europa und der organisierten Zivilgesellschaft versteht. Die 353 Mitglieder aus den 28 EU-Staaten, die entweder der Gruppe Arbeitgeber, Arbeitnehmer oder verschiedene Interessen angehören, vertreten eine breite Palette an wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen in ihren Mitgliedsstaaten. Die Mandatäre werden jeweils für fünf Jahre ernannt. (Seite 34)

**Fehlallokation:** hier: falsche Zuordnung knapper Produktionsfaktoren bzw. Ressourcen. (Seite 37)

**Gallium (Ga):** seltenes, silberweißes und leicht zu verflüssigendes Metall, aus dem der Halbleiter Galliumarsenid hergestellt wird, der vor allem in Leuchtdioden zum Einsatz kommt. In der Natur kommt es nur in gebundener Form vor – etwa in Bauxit, Hauptabbaugebiet ist Namibia. (Seite 29)

**HBI (Hot Briquetted Iron):** hochwertiges, besonders dichtes Roheisen, das in einem speziellen Verfahren aus Eisenerz-Schwämmen hergestellt und unter anderem zur Stahlerzeugung verwendet wird. (Seite 39)

**Indium (In):** seltenes, silberweißes und weiches Schwermetall, das vor allem in der Produktion von Flachbildschirmen und Touchscreens eingesetzt wird. Indium kommt meist in gebundener Form vor, hauptsächlich in Zinkerzen, in Kanada, China und Peru. (Seite 29)

**Internationale Energieagentur (IEA):** Kooperationsplattform zur Erforschung, Entwicklung, Markteinführung und Anwendung von Energietechnologien, Hauptsitz in Paris. Gegründet wurde sie von 16 Industrienationen zum gemeinsamen Vorgehen gegen die damalige Ölkrise. Sie wurde 1974 als autonome Einheit der OECD mit Sitz in Paris errichtet. Die IEA verfügt über strategische Ölreserven, mit denen sie in den Ölmarkt eingreifen kann. (Seite 38)

**Interkonnektor:** Bauelement, das mehrere kleine Einheiten zu einer leistungsfähigen Großeinheit verbindet. (Seite 17)

**Jazenjuk, Arsenij Petrowytsch:** ukrainischer Politiker, geb. 1974, seit Februar 2014 Ministerpräsident, davor war der studierte Ökonom unter anderem Wirtschafts- und Außenminister. Nachdem Jazenjuk und mehrere hochrangige Politiker aus der Vaterlandspartei von Julia Timoschenko ausgetreten sind und die neue Partei Volksfront gegründet haben, ist Jazenjuk seit Kurzem deren Vorsitzender. (Seite 17)

**Klimakonferenz 1997:** Die dritte Klimakonferenz, auf der sich die bis zu diesem Zeitpunkt 168 Vertragsstaaten der UN-Klimarahmenkonvention trafen, fand im Dezember 1997 in Kyoto statt. Ziel war es, Lösungen zu finden, die durch Menschen verursachte globale Erwärmung zu verlangsamen. Im dabei entstandenen Kyoto-Protokoll wurden erstmals verbindliche Ziele und Fristen für Treibhausgas-Emissionshöchstmenge für Industrienationen sowie Strategien und Maßnahmen festgelegt. (Seite 14)

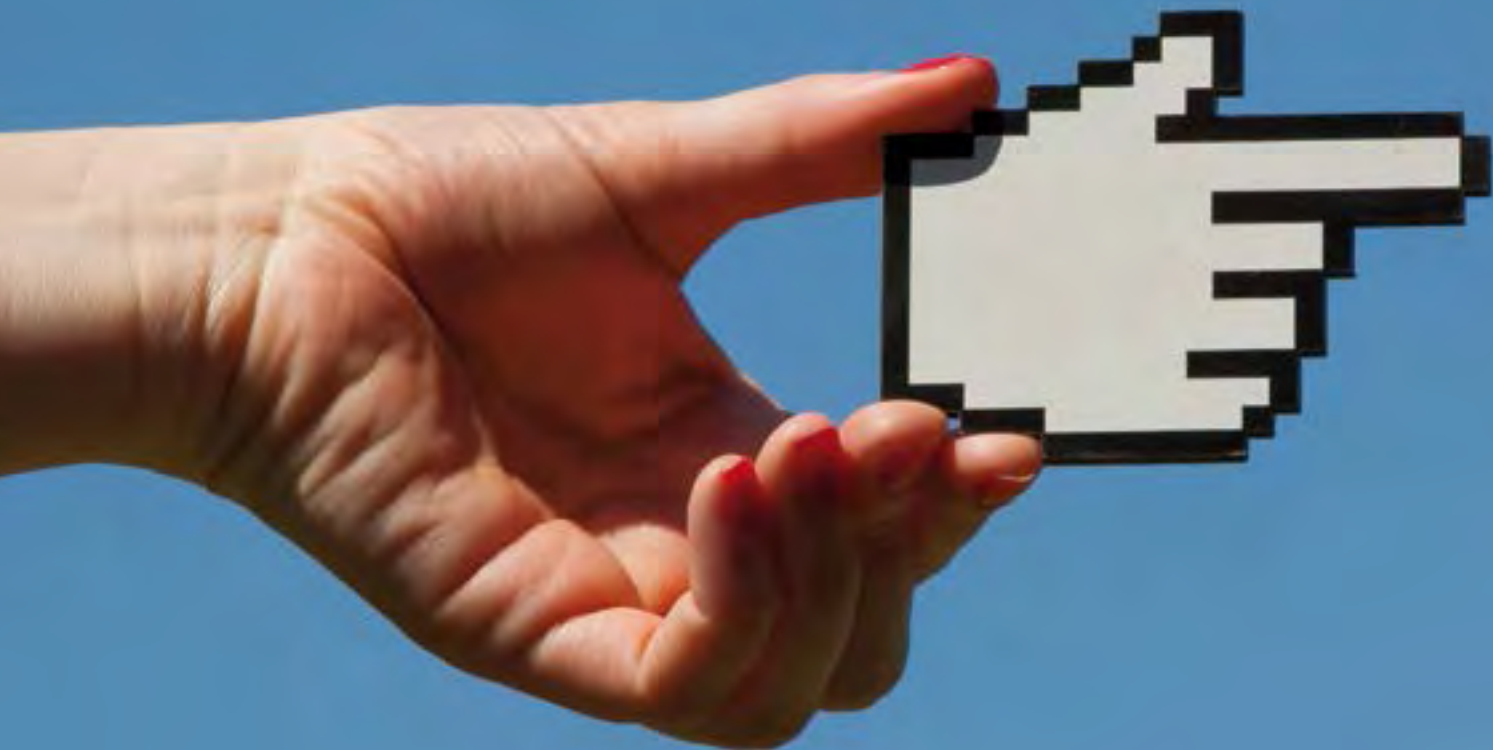
**Pik und Pagat:** nach Tarock-Karten benannte Comic-Figuren einer ÖGB-Plakatserie der 1950-er Jahre. Der kleine dicke Pik gibt die Stammtischmeinung wieder. Der große schlaue Gewerkschafter Pagat, benannt nach dem kleinsten Trumpf, der aber die anderen Karten überstechen kann, korrigiert und informiert ihn im Sinne der Gewerkschaft. (Seite 11)

**Verstaatlichungsgesetze:** Das erste Verstaatlichungsgesetz für österreichische Schlüsselbetriebe wurde 1946 erlassen und betraf vor allem Banken, aber auch die Eisen- und Stahlindustrie sowie die Erdöl und Chemieindustrie. Mit dem zweiten Verstaatlichungsgesetz kam 1947 die Elektrizitätswirtschaft in den Besitz der Republik. (Seite 26)

**World Economic Forum (WEF):** 1971 eingerichtete gemeinnützige Schweizer Stiftung mit Beobachterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen. Das Weltwirtschaftsforum ist vor allem bekannt durch seine Jahrestreffen in Davos, wo internationale Fachleute, PolitikerInnen und JournalistInnen über aktuelle globale Fragen diskutieren. (Seite 38)

# blog.arbeit-wirtschaft.at

[blog.arbeit-wirtschaft.at](http://blog.arbeit-wirtschaft.at) leuchtet Hintergründe aus, stößt Debatten an und hält mit Fakten dem Mainstream kritisch gegen. Der A&W Blog bezieht klar Position: Auf Seiten der arbeitenden Menschen. Dazu bringen engagierte Leute aus Wissenschaft, interessierter Öffentlichkeit und ArbeitnehmerInnenvertretung kurze Analysen und klare Argumente auf den Blog.



Anklicken:

[blog.arbeit-wirtschaft.at](http://blog.arbeit-wirtschaft.at)

 [twitter.com/AundW](https://twitter.com/AundW)

 [facebook.com/arbeit.wirtschaft](https://facebook.com/arbeit.wirtschaft)

# LOHNSTEUER RUNTER!

DAS ÖGB/AK-MODELL IST DA:  
JETZT LIEGT'S AN DER REGIERUNG!



**1.706 EURO MEHR  
FÜR CHRISTIAN.  
NETTO. IM JAHR.**

Geld, das der oberösterreichische Schichtarbeiter in einem Zementwerk gut gebrauchen könnte. „Um meinem Sohn den Traum vom großen Baumhaus zu erfüllen.“

Jetzt



**eigenen Vorteil ausrechnen!**  
[www.lohnsteuer-runter.at](http://www.lohnsteuer-runter.at)

**ÖGB** ÖSTERREICHISCHER  
GEWERKSCHAFTSBUND

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:  
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie  
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder  
richtige Anschrift mit

\_\_\_\_\_  
Straße/Gasse / Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür  
\_\_\_\_\_  
Postleitzahl / Ort

Besten Dank

AW